Dienstag, den 24. April 1928. Einzelnummer 10 Pfennig. 39. Jahrgang — Nr. 96

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Rundfunk", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend"

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neue Taschenstraße 11, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.42 Rmk. + 8 Pf Trägerlohn = 0.50 Rmk., monatlich 1.75 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn = 2.10 Rmk. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2.46 Rmk.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf., auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Die Wahlen in Frankreich.

Nicht ungünstiges Gesamtbild des ersten Wahlgangs.
Gute Aussichten für die Stichwahl.

Paris, 23. April. (Eigener Drahtbericht.) Im Laufe des Montag ist in der Beurteilung des Wahlergebnisses ein unverkennbarer Stimmungsumschwung eingetreten, der in allen Blättern von rechts bis links zum Ausdruck kommt. Der erste Eindruck in der Nacht vom Sonntag zum Montag stand im Zeichen der zunächst eingetroffenen Ergebnisse von Paris und Umgebung. Daher die Zufriedenheit auf der Rechten und die Gedrücktheit bei den Sozialisten, auf die vor allem das schlechte Abschneiden Leon Blums deprimierend wirkte. Inzwischen sind aber die Ergebnisse aus dem ganzen Lande eingetroffen, zuletzt die für die Partei sehr wichtigen Meldungen aus dem industriellen Norden und aus den ländlichen Gegenden Südfrankreichs. Es sind zwar dort fast ausschließlich Stichwahlen notwendig, aber in den meisten Fällen sind die Aussichten für die sozialistischen Kandidaten recht gut. Im Norden brauchen allerdings die Sozialisten wenigstens einen Teil der kommunistischen Stimmen, im Süden brauchen sie in vielen Fällen die radikalen Stimmen, um die reaktionären Kandidaten zu besiegen. In den meisten Fällen dürften sie diese Stimmen sowohl von der einen wie von der anderen Seite erhalten.

Die Parole Moskaus, die aussichtslosen kommunistischen Kandidaten aufrecht zu erhalten, ist einfach undurchführbar geworden, denn einmal würden sich die kommunistischen Wähler angesichts der drohenden reaktionären Gefahr zum großen Teil um diese Parole einfach nicht kümmern, **auf der anderen Seite brauchen die Kommunisten unbedingt die sozialistischen Stimmen, um überhaupt irgendwelche Kandidaten im zweiten Wahlgange durchzubringen.**

Da die führenden Kreise der Sozialistischen Partei sich in ihren Prognosen unzweifelhaft getäuscht haben, wie sie selbst offen zugeben und besonders in der Hauptstadt wesentlich schlechter abgeschnitten haben als sie es dachten, möchten wir diesmal nicht allzu fest auf den neuerdings wiedergekehrten Optimismus bauen, der sogar abermals die Möglichkeit eines sozialistischen Kandidatenzuwachses gegenüber der alten Kammer für gegeben hält. Aber noch charakteristischer sind die besorgten Kommentare der Rechtspresse, vor allem im „Intransigeant", über die Gefahr eines geschlossenen Vorgehens der Linksparteien, das heißt der Sozialisten mit den Kommunisten, und der Radikalen mit den Sozialisten am nächsten Sonntag.

Alle Blätter von rechts und links stimmen ebenfalls darin überein, daß man einstweilen noch gar nichts sagen kann, daß der erste Wahlgang das Land in einem Zustand der Konfusion und der Ungewißheit gelassen hat und erst der zweite Wahlgang für das künftige Antlitz des Parlaments und für die Regierungspolitik der nächsten Zeit den Ausschlag geben wird.

An den nächsten Tagen werden die sozialistischen Bezirksverbände zu den Ergebnissen des ersten Wahlganges Stellung nehmen und die Parole für den zweiten Wahlgang ausgeben. Nach den Beschlüssen des letzten Parteitages kann von einer einheitlichen Parole für ganz Frankreich nicht die Rede sein, vielmehr haben die einzelnen Bezirksverbände freie Hand. Auch innerhalb der einzelnen Bezirksverbände, namentlich im Seine-Departement, wird es keine einheitliche Taktik geben, sondern man wird sich von Fall zu Fall in jedem einzelnen Wahlkreis entscheiden.

Eine vorläufige Zählung der im ganzen Lande erzielten sozialistischen Stimmen ergibt ungefähr 1 600 000 Stimmen. Die Kommunisten bleiben mit etwa 1 100 000 Stimmen noch erheblich hinter den Sozialisten zurück, allerdings haben sie rund eine Viertelmillion Stimmen gewonnen. Das haben sie vor allem der Unzufriedenheit der Massen über die Teuerung und der Empörung über die Verfolgungen durch die Regierung und über die maßlosen Gefängnisurteile der militaristischen Gerichte zu verdanken. Außerdem ist nicht zu verkennen, daß die nicht immer konsequente Taktik der Sozialistischen Fraktion in den letzten vier Jahren dazu beigetragen hat, den Kommunisten einen Stimmenzuwachs zu verschaffen. Man hatte bei den letzten Wahlen das Linkskartell gebildet, zwar nicht überall, aber doch in den meisten Departements. Das war notwendig, um den Tücken des früheren Wahlrechts zu entgehen und auch, wie Leon Blum kürzlich mit Nachdruck betont hat, um durch eine Niederlage des nationalen Blocks eine Friedenspolitik der Linken zu ermöglichen. Die logische Folge dieser Wahlkoalition wäre eine offene Regierungskoalition gewesen. Vor dieser Konsequenz ist man jedoch zurückgewichen, weil man angesichts der ganzen Tradition der französischen Partei eine interne Krise befürchtete. Man hat aber die Unterstützungspolitik gegenüber den Regierungen Herriot und Painlevé 1½ Jahre lang getrieben. Als Poincaré ans Ruder kam, ging man zur Opposition über, aber es war eine „loyale Opposition", die sich auf sachliche Kritik der Finanzmaßnahmen Poincarés beschränkte. Vielen Arbeitern genügte die sachliche Kritik an den Handlungen der Regierung nicht. Die wilde Opposition der Kommunisten sagte vielen Proletariern mehr zu. Dazu kommt noch, daß die Partei durch die Haltung Paul Boncours in Genf und durch das Militärgesetz, das nach ihm benannt wird, kompromittiert wurde. Endlich gab es gerade in den letzten Monaten der verflossenen Parlamentssession wiederholt Fälle, in denen die Fraktion bei wichtigen Abstimmungen auseinanderfiel. Die Kommunisten hatten also verhältnismäßig leichtes Spiel, in den Wahlversammlungen die Sozialisten zu kritisieren. Sie mußten infolgedessen den größten Teil ihrer Zeit in den Versammlungen damit abgeben, die Taktik der Fraktion zu erklären und auch die Handlungen Paul Boncours zu entschuldigen. Das war nicht immer leicht.

So wird heute in führenden Kreisen der Sozialistischen Partei der kommunistische Stimmenzuwachs erklärt, der besonders in reinen Arbeitergegenden, zum Beispiel in Nordfrankreich und in der Gegend von Limoges, die bisher sozialistische Hochburgen waren, unbestreitbar ist. Aus alledem läßt sich unseres Erachtens die Lehre ziehen, daß es für die Sozialdemokratie nichts Ungünstigeres gibt, als eine Politik, die man weder als offene Koalition noch als rücksichtslose Opposition bezeichnen kann.

Gute Stimmenzahl für die Sozialisten.

Paris, 24. April. (Eigener Funkbericht.)

Die im sozialistischen Parteisekretariat vorgenommene Zählung der für die sozialistischen Kandidaten in ganz Frankreich abgegebenen Stimmen ergibt ein bemerkenswertes und erfreuliches Resultat. Bis jetzt sind 1 620 000 sozialistische Stimmen gezählt, das sind 25 000 Stimmen mehr als die Sozialistische Partei am 16. November 1919 bei den ersten Wahlen nach dem Kriege erzielt hat, als sie noch nicht durch die Bolschewisten gespalten war. Dabei ist die Zahl der Wahlberechtigten seit 1919 kaum gestiegen. Ein Vergleich mit 1924 ist deshalb nicht möglich, weil damals die Partei zum großen Teil gemeinsame Listen mit den bürgerlichen Linksparteien gebildet hatte.

Es fehlen noch einige Ergebnisse aus den überseeischen Kolonien, in denen sozialistische Kandidaten in mehreren Fällen aufgestellt wurden. Der auf der westindischen Insel Guadeloupe aufgestellte ehemalige Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Frossard, der seit etwa drei Jahren wieder der Sozialistischen Partei angehört und seit einigen Monaten Redakteur am „Populaire" ist, ist bereits gewählt.

Die Vorbereitungen der Stichwahl.

Paris, 24. April. (Eigener Funkbericht.)

Das Interesse aller politischen Kreise in Frankreich konzentriert sich schon jetzt auf die Frage, wie die Stichwahlen am nächsten Sonntag organisiert werden sollen. Es ist bezeichnend für die Ernüchterung, die nach dem ersten Jubelgeschrei im Lager der Rechten Platz gegriffen hat, daß auch dort heute die straffe Disziplin aller Parteien der Nationalen Einheit gefordert wird, um die Sozialisten und Kommunisten aus dem Felde zu schlagen. Die Tatsache, daß die Sozialisten mit insgesamt 1,62 Millionen Stimmen keinen Stimmenverlust und die Kommunisten mit rund einer Million Stimmen sogar einen beträchtlichen Stimmengewinn verzeichnen konnten, drückt die Hoffnungen der Reaktion auf den zweiten Wahlgang sehr wesentlich herab.

In verschiedenen Wahlkreisen sind bereits Verhandlungen angeknüpft worden, um das Bündnissystem des alten Linkskartells wieder in Gang zu bringen. Allerdings kann über die endgültige Gestaltung dieses Wahlbündnisses nichts gesagt werden, weil noch keine Entscheidung der Parteien vorliegt. Nur die Kommunisten sind sich heute schon klar über das, was geschehen soll. Sie wollen tatsächlich ihren ebenso unsinnigen wie arbeiterfeindlichen Kampf gegen die Sozialisten bis aufs Messer fortführen.

„Unsere Partei hält bei den Stichwahlen", so schreibt heute die „Humanité", alle Kandidaten gegen die Sozialisten aufrecht. Die Sozialisten wollten vom Wein der nationalen Einheit trinken. Jetzt sollen sie den bitteren Kelch bis zur Neige leeren."

Radikal-sozialistische Beschlüsse für die Stichwahlen.

Paris, 24. April. Der Vollzugsausschuß des radikal-sozialistischen Verbandes beschloß in seiner gestrigen Sitzung, in keinem Fall in der Stichwahl den Erfolg eines Kandidaten der Rechten oder der Kommunisten zu erleichtern und wenn möglich, mit der unabhängigen sozialistischen und der sozialistischen Partei eine Verständigung über gegenseitige Unterstützung herbeizuführen.

Das amtliche Wahlergebnis.

Paris, 23. April. In den Mittagsstunden liegt folgendes amtliches Ergebnis der Wahlen vor: Konservative 7, demokratische Republikaner 76, Linksrepublikaner 47, Radikale 13, sozialistische Radikale 16, republikanische Sozialisten 4, Sozialisten 14; insgesamt 177 Gewählte gegenüber 425 Stichwahlen, also Rechtspartei 130 Abgeordnete (Konservative, demokratische Republikaner, Linksrepublikaner), 13 Gemäßigte (Radikale) und 34 Abgeordnete der Linken (sozialistische Radikale, republikanische Sozialisten und Sozialisten).

Korinth verwüstet.

Ein neues furchtbares Erdbeben.

Ein furchtbares Erdbeben hat in der Nacht vom Montag die griechische Stadt Korinth fast völlig zerstört. Die großen Gebäude in Neu-Korinth sind fast alle eingestürzt. Die übrigen Häuser weisen große Risse und schwere Beschädigungen auf. Die ganze Neustadt gleicht einem Ruinenfeld. Der Katastrophe sind auch Menschenleben zum Opfer gefallen.

Die ersten, noch schwachen Stöße wurden schon in den Abendstunden des Sonntags wahrgenommen. Kurz vor 10 Uhr ereignete sich dann plötzlich ein außerordentlich starker Stoß, so daß die Einwohner aus den Häusern auf die Straße stürzten. Die Hauptstraße wimmelte von Menschen, die sich nur notdürftig bekleidet, hierher geflüchtet hatten. Entsetzensschreie wurden laut, dazwischen mischte sich das Krachen der einstürzenden Gebäude. Ein Telegraphist in Korinth, der Nachtdienst hatte, telegraphierte ununterbrochen: „Hilfe, Hilfe, Hilfe! Alles verloren!" Der Mann hielt bis zum letzten Augenblick in dem bereits wankenden Telegraphengebäude aus. Als das Haus einstürzte, wurde er unter den Trümmern begraben und getötet. Auch das Gefängnis stürzte infolge der schweren Erderschütterungen ein. Die unverletzt gebliebenen Gefangenen benutzten die Gelegenheit zur Flucht. Die Soldaten in der Kaserne verließen ihre Quartiere auch während des stärksten Bebens nicht und wurden zum großen Teil unter dem einstürzenden Gebäude begraben. Auch in Patras, in der Provinz Acheia, in Athen, im Badeort Lutraki, im Kanalort Istmia Kokonon, in Megara und in Eleusis wurden starke Erdstöße wahrgenommen. In Lutraki und in Kokonon stürzten ebenfalls zahlreiche Häuser ein. Die Bevölkerung flüchtete auf die Straßen und verbrachte die Nacht unter freiem Himmel.

Die Regierung hat sofort Hilfe in das Erdbebengebiet entsandt und Truppen abkommandiert, um die Ordnung aufrecht zu erhalten und Plünderungen zu vermeiden.

Philippopel ein Bild wilder Verwüstung.

Das Erdbeben vom Montag war, obgleich es nur kurze Zeit dauerte, furchtbar in seinen Folgen. Wiederum war es Philippopel, das besonders stark heimgesucht wurde. Die wenigen noch erhaltenen Häuser stürzten bis auf die Grundmauern ein, wobei nach den bisherigen Feststellungen acht Personen getötet und viele verwundet wurden. Die verhältnismäßig geringe Zahl der Todesopfer ist darauf zurückzuführen, daß die Bevölkerung noch immer im Freien kampiert. Die meisten Minister befinden sich im Erdbebengebiet. Die Hilfe, die das jugoslawische Rote Kreuz dem bulgarischen Volke zuteil werden läßt, wurde mit Freude und Genugtuung aufgenommen.

Das Oberhaupt der katholischen Kirche in Mexiko gestorben.

Das Oberhaupt der katholischen Kirchen Mexikos, Erzbischof Dr. Joseph Mora, ist, fern von seiner Heimat, am Sonntag gestorben. Mora ist der eigentliche Urheber des Kirchenkonfliktes in Mexiko. Er hat seinerzeit die Priester aufgefordert, den Verfügungen der mexikanischen Regierung nicht Folge zu leisten und die Kirchen zu schließen.

Zweieinhalb Milliarden

Steuererleichterungen
hat der von der deutschnationalen Partei geführte Bürgerblock
dem großen Besitz
in Industrie und Landwirtschaft gebracht. Darum fort mit dieser kapitalistischen Klassenpolitik!

Wählt sozialdemokratisch!

Aus Schlesien.

Nationale Kandidatenfragen.

Der „Bauer" Richthofen Spitzenkandidat der Deutschnationalen — Absplitterung des Gesangvereins von der „heiteren Lerche".

Die Schlesische Provinz-Korrespondenz meldet:

Die Unstimmigkeiten, welche seit einiger Zeit zwischen Landbund, Konservativen und Deutschnationalen zu beobachten waren, haben durch die Aufstellung der deutschnationalen Kandidaten für den Wahlkreis Breslau ihre vorläufige Lösung gefunden. Spitzenkandidat ist der bekannte Baron Richthofen-Bugoslawitz (Schlesischer Landbund). Ihm folgen Landarbeiter-Sekretär Hülser, Professor v. Freytag-Loringhoven, Syndikus Lejeune-Jung.

Unter dem Namen christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei hat sich der radikale Flügel des Landbundes abgespalten, dessen Spitzenkandidat für den Reichstag Rittergutspächter v. Schimpff und für den Landtag Krahl-Urban aus Briesnitz bei Wartha sind. Diese Partei wird von deutschnationaler Seite als schädlicher Zersplitterungsversuch bekämpft.

* * *

Die Einigkeit über die „nationalen Belange" (sprich: wie Orange) scheint demnach auch in den Kreisen des patentierten Nationalbewußtseins nicht sehr groß zu sein. Erheiternd wirkt es jedenfalls, wenn der Vorsitzende des bekannten Gesangvereins zur „heiteren Lerche", von Schimpff (unter dieser Firme putschte er bekanntlich die Nimptscher Bevölkerung in Inseraten vor den Langenölser Vorgängen auf), und Herr Richthofen-Boguslawitz, der tapfere Bekämpfer sozialdemokratischer „Perversitäten" (Erwerbslosenversicherung und dergleichen), sich um die Führung — der Bauern streiten.

Das Verlangen nach parlamentarischer Immunität können wir bei Herrn von Schimpff allerdings gut verstehen. Gegen ihn wurden nach den Langenölser Vorgängen nur fünf Anzeigen wegen Vergehens gegen die §§ 110, 185 und 186 des Strafgesetzbuches erstattet. Wird er rechtzeitig gewählt, dann braucht er seinen Mannesmut nicht weiter strapazieren und nach Ablauf der Tagungsperiode sind die Akten sicher schon etwas vergilbt.

Ja, es geht wirklich nichts über christlich-nationalen Mannesmut.

Wahlversammlungen unserer Spitzenkandidaten.

Seit Montag der vergangenen Woche hat Genosse Paul Löbe in einer Reihe von sieben öffentlichen Wählerversammlungen gesprochen, die sich durchweg eines ungewöhnlich starken Besuches erfreuten. Die Tournee begann Montag abend in Dyhernfurth, wo sich ungemein viel Gäste aus den benachbarten Ortschaften und auch die Mittelständler aus der Stadt eingefunden hatten. Den beifällig aufgenommenen Ausführungen unseres Redners folgte keine Diskussion, da von den anwesenden Gegnern niemand das Wort nahm.

Am Dienstag und Mittwoch folgten drei Versammlungen in der Grafschaft Glatz, in Rückers, Bad Landeck und Seitenberg. In ersterem und letzterem Ort stellten die Glasschleifer, Holzarbeiter und kleinen Landwirte den Hauptanteil der Zuhörer, in Landeck hatte sich auch das gesamte Bürgertum eingefunden. Genosse Löbe setzte sich in allen Orten auch mit der „Not der Landwirtschaft" auseinander und gab Herrn v. Richthofen, dem freiherrlichen „Bauern"führer, die passende Antwort auf seine Hetze. In Landeck wurde ein von Lügen strotzendes nationalsozialistisches Zeitungsblatt verteilt, dessen Unwahrhaftigkeiten aufzudecken, für unseren Redner eine Kleinigkeit war. Auch ein Postinspektor, der das Pamphlet retten wollte, fiel dabei gründlich herein. Die Versammlung wurde von Gesang und Musik eingerahmt.

In Strehlen war der Andrang so groß, daß die Versammlung schon eine halbe Stunde vor Beginn polizeilich gesperrt werden mußte und Hunderte auf der Straße umkehrten. Hier hatten sich zu den 700—800 Zuhörern auch 40—50 Kommunisten mit einem Breslauer Diskussionsredner gesellt. Die Versammlung gewährte ihnen zwar nur eine Viertelstunde Redezeit, dieselbe wurde aber auf Wunsch des Genossen Löbe auf ½ Stunde erweitert. Wenn auch der Redner Wollweber sachlich blieb, so waren seine Beweismittel doch so alt und abgerabt, daß sie keinen Eindruck auf die Versammlung machten. Er fing wieder von den Kriegskrediten aus dem Jahre 1914 an, obwohl seitdem die russischen Kommunisten für ihre Kriege fünfmal Kredite bewillig. haben und sprach von den Verfolgungen Noskes, wo die Verfolgung Trotzkis und seiner Gesinnungsgenossen doch viel näher liegen. Immerhin war ein Teil der mitgebrachten jugendlichen Kommunisten politisch noch viel unreifer, das zeigte sich vor allem in einem gänzlich unproletarischen Zwischenrufer, der nicht einmal Bauer und Barmat unterscheiden konnte und einem zweiten, der entrüstet ausrief, ob vielleicht die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaftsordnung noch zehn Jahre dauern sollte! Er hatte also von den Versuchen seiner eigenen Leute in Rußland keinen blauen Dunst. So wurde es dem Genossen Löbe ein Leichtes, die Zersplitterer der Arbeiterbewegung abzuweisen, drei andere krampe Diskussionsredner stimmten ihm zu.

Glänzend verlief auch die Versammlung in Obernigk, trotzdem der deutschnationale Herr Dr. Koning in seinem Sanatorium schnell einen Hausball veranstaltet hatte, zu dem er alle Fleischer und Bäcker und Gewerbetreibenden eingeladen hatte, damit sie unseren Genossen Löbe nicht hörten. Die Versammlung war trotzdem zum Erdrücken voll, die Rede des Genossen Löbe fand stürmischen Beifall. Gegner blieben hier aus, doch sprach ein Mitglied des Ostbundes und vertriebener Ostflüchtlinge dem Genossen Löbe den Dank der Geschädigten für die Erledigung des Kriegsbeschädigtenschlußgesetzes aus.

Am Sonnabend fand in Groß-Wartenberg die vorläufig letzte der Versammlungen statt, in denen Genosse Löbe sprach, da er zunächst eine Reihe von Versammlungen in Bayern, im Rheinland, in Nord- und Mitteldeutschland übernommen hat, ehe er die Wahlpropaganda hier fortsetzen wird, die überall bisher einen prächtigen Widerhall gefunden hat.

Die Wahlleiter in Schlesien.

Zum Verbandswahlleiter des Wahlkreisverbandes Schlesien für die Reichstags- und Landtagswahlen ist vom Oberpräsidenten der Provinz Niederschlesien der Breslauer Verwaltungsgerichtsdirektor Dr. Bochalli ernannt worden. Sein Vertreter ist Regierungsdirektor Wagner, Direktor des Oberversicherungsamtes in Breslau.

Zum Kreiswahlleiter für Oberschlesien hat der Oberpräsident für die Landtags- und Reichstagswahlen Verwaltungsgerichtsdirektor Dr. Melcher, in Vertretung Regierungsrat Dr. Hauck, Oppeln, ernannt.

Für Aufklärung und Werbung der Wählermassen

empfiehlt das Bezirks-Sekretariat Breslau allen Partei-Ortsgruppen den

Wahlfilm: „Dein Schicksal"
und die Wahlrevue der „Roten Blusen"

Achtung! Augen rechts!

Kosten entstehen nicht! Bald anfordern bei Fritz Ohlig, Breslau 1, Margaretenstraße 17, Zimmer 43a.

Die Stellvertreter des Präsidenten des Landesarbeitsamtes Schlesien.

Zu ständigen Stellvertretern des Präsidenten des Landesarbeitsamtes Schlesien in Breslau sind Stadtrat Gen. Wagner-Görlitz unter gleichzeitiger Ernennung zum Oberregierungsrat und Geschäftsführer des Arbeitsnachweises für den Kreis Glatz, Buschmann, unter gleichzeitiger Ernennung zum Regierungsrat ernannt worden. Letzterem ist die Leitung der Zweigstelle Oberschlesien des Landesarbeitsamtes Schlesien in Gleiwitz übertragen worden, während Oberregierungsrat Wagner beim Landesarbeitsamt Schlesien in Breslau selbst tätig ist.

Hirschberg ist gerettet!

Es bleibt Garnison.

Das Reichswehrministerium hat, wie die Telegraphen-Union meldet, dem Magistrat Hirschberg schriftlich mitgeteilt, daß die zurzeit hier in Garnison befindlichen Teile des Gebirgs-Jägerbataillons (2. Bataillon des Infanterieregiments 7) verbleiben werden. Zugleich spricht der Reichswehrminister den städtischen Körperschaften für ihr Entgegenkommen Dank aus (wozu er auch alle Ursache hat. Red.), und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß das vorzügliche Einvernehmen zwischen der Bürgerschaft und der Garnison auch weiterhin erhalten bleiben möge.

Ein Vorsitzender des Militärvereins als Betrüger.

Vor der Glatzer Strafkammer hatte sich der Flußbaumeister Teichert wegen Urkundenfälschung, Unterschlagung und Betrug zu verantworten. Seit Jahren fälschte er Lohnlisten und setzte Arbeiter ein, die überhaupt nicht beschäftigt waren. Das Gericht nahm einen Betrag von 2400 Mark an, während T. nur den Betrag von 1600 Mark eingestehen wollte. Zur Verteidigung führte er bei der Verhandlung an, daß dieses Verfahren — bei den meisten öffentlichen Betrieben „üblich" sei. Er wurde zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahr verurteilt. Teichert war jahrelang Vorsitzender des Militärvereins und hat dieses Amt, trotzdem das Verfahren schon längere Zeit anhängig war, erst einige Tage vor seiner Verurteilung niedergelegt.

Oels. Seine Frau sucht ihn steckbrieflich. Merkwürdige Wünsche erregt mitunter der Alkohol. So versuchte am Donnerstag vormittag ein älterer Mann unbedingt Zutritt zum Gerichtsgebäude zu erlangen, mit der Motivierung, der Staatsanwalt müsse ihn verhaften, da seine Frau ihn steckbrieflich suche. Erst als man gewahr wurde, daß der Alkohol die Ursache dieses Wunsches war, setzte man den Betrunkenen auf die Straße, wo er sich heftig über die Polizei, die ihn nicht eingesperrt hatte, beklagte.

Oels. Die Stadt baut Schulen und Wohnhäuser. In der am 17. April stattgefundenen außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung wurde beschlossen, an die evgl. Knabenschule in der Kronprinzenstraße neun Klassenzimmer anzubauen. Dieser Schulerweiterungsbau soll mit einem Kostenaufwand von 160 000 Mark durchgeführt werden. Ferner wurde die Vorlage auf Erweiterung der Wohnhausgruppe auf dem Hönisch-Grundstück angenommen. Dort sollen zwei weitere Wohnhäuser mit zusammen dreizehn Mittelwohnungen errichtet werden. Die Baukosten sind auf 159 000 Mark veranschlagt.

Nimptsch. Durch Ueberschwemmung schwer geschädigt. Das Hochwasser im vergangenen Jahre hat besonders in den Niederungen des Nimptscher Ländchens, vor allem den kleinen Landwirten, schweren Schaden zugefügt. Diese Besitzer wurden jetzt erneut heimgesucht und nach der Schneeschmelze sind allein bei Groß-Kniegnitz 70 Morgen Ackerland überschwemmt worden. In Senitz wurde vom Wasser das Wehr der Mühle mit fortgerissen, die Chaussee überschwemmt und erheblicher Schaden angerichtet.

Frankenstein. Die Finger durch die Fleischmaschine gedreht. Auf recht eigenartige Weise kam die siebenjährige Tochter eines hiesigen Wirtschaftsbesitzers um die Fingerspitzen ihrer rechten Hand. Das Kind spielte mit der Fleischmaschine und steckte die Hand in die Maschine, während ein anderes Kind die Kurbel in Bewegung setzte. Im Nu war das Unglück geschehen.

Grunwald, Kr. Glatz. Eröffnung der Hindenburgbaude. Der Wirtschaftsbetrieb in der Hindenburgbaude wird am 1. Mai aufgenommen. Der Termin der Einweihung steht noch nicht fest. Er wird erst nach Fertigstellung der Inneneinrichtung festgelegt werden.

Reichenberg. Am 1. Mai Arbeitsruhe in den städtischen Betrieben. Auf Antrag der Sozialdemokraten und Kommunisten beschloß das Stadtparlament mit Mehrheit, am 1. Mai die Arbeit in den städtischen Betrieben und Verwaltungen ruhen zu lassen und diesen Tag nicht auf die Ferien der Arbeiter, Angestellten und Beamten anzurechnen.

Schweidnitz. Jäher Tod. Auf der Fahrt von Croischwitz nach Schweidnitz wurde der Versorgungsanwärter Bruno Saletzky aus Neustadt OS., der sich vorübergehend bei Bekannten aufhielt, von einem Herzschlag betroffen. Straßenpassanten hielten das Gespann an und nahmen sich des bewußtlosen Mannes an, brachten ihn ins Krankenhaus, wo er bald darauf verstarb.

Wohlau. Tödlicher Ausgang einer irrsinnigen Wette. Im benachbarten Groß-Schmograu trank ein Vater von vier Kindern infolge einer Wette einen Liter Schnaps in wenigen Zügen aus und war nach einer Stunde an Alkoholvergiftung gestorben.

Glogau. Großflugtag. Ein Großflugtag ist für den 29. April oder 6. Mai geplant. Die Deutsche Flugsport-Vereinigung will hierzu eine Staffel von fünf Maschinen entsenden. Zur Mitwirkung am Flugtag ist auch der bekannte Fallschirmpilot Köster-Gleiwitz gewonnen worden.

Neusalz a. O. Fast ein Wunder. Aus einem Hause am Hüttenweg sprang ein sechsjähriges Kind aus dem ersten Stock in den Hof. Wie durch ein Wunder blieb es vor schwerem Schaden bewahrt. Die Eltern hatten das Kind abends allein gelassen.

Freiwaldau, Kr. Sagan. Die verschwundene Brieftasche. Als der Landwirt Behnisch im Geschäft eines Fleischermeisters Einkäufe machte, ließ er seine Brieftasche mit 100 Mark auf dem Ladentisch liegen, ohne daß es im Drange der Arbeit vom Geschäftsinhaber bemerkt wurde. Kurze Zeit darauf merkte der kleine Landwirt den Verlust seines ganzen Barvermögens und kehrte zurück. Die Brieftasche aber war schon verschwunden.

Rauscha, Kreis Görlitz. Schadenfeuer. Am Donnerstag in der Mittagstunde brannte das massive Stallgebäude des Gärtners Wünsch mit größeren Heu- und Futtervorräten bis auf die Umfassungsmauern nieder. Der Schaden ist erheblich. Die Entstehungsursache ist noch unbekannt.

Ujest, Groß-Strehlitz. Totgerädert. Von einem schrecklichen Unglück wurde die Familie des Oberlandjägers Cegla heimgesucht. Der achtjährige Sohn stürzte bei einer Wagenfahrt so unglücklich aus dem Gefährt, daß die über ihn hinweggehenden Räder ihm den Brustkasten eindrückten. Der Tod war sofort eingetreten.

Landkreis Breslau/Neumarkt.

Herrnprotsch. Orchesterkonzert in der Heilstätte. Man schreibt uns: Als vor Jahresfrist Oberstadtsekretär Freitag eine Vereinigung gründete, die das Ziel hatte, auf dem Lande gute Musik zu pflegen, standen viele dieser Neugründung skeptisch gegenüber. Heute ist diese Skepsis überwunden, denn das nun auf 25 Mann angewachsene Orchester findet allgemeine Anerkennung, insbesondere auch von den Insassen der Heilstätte, denen es sich kürzlich auf Anregung des Direktors Opolka zur Verfügung stellte. Das Konzert in der Heilstätte war „gut besucht" und fand allgemeinen Beifall der durch die Musik für kurze Zeit ihren Leiden entrückten Kranken.

Neumarkt. Zentralverband der Arbeits-Invaliden und Witwen Deutschlands. Die letzte Monatsversammlung, welche einen guten Besuch aufzuweisen hatte, gab Aufklärung über die zu erwartende Rentenerhöhung. Der Vorsitzende, Kollege Wagner, erteilte nach Bekanntgabe der Tagesordnung das Wort der Kollegin Majunke-Breslau zu ihrem Vortrag: „Die Not der Sozialrentner und die neue Rentenerhöhung". Am Schlusse des einstündigen Vortrages gab die Referentin der Versammlung kund, daß man zwar für die Ruhrindustriellen und Großagrarier Millionen von Mark übrig hat, für die Rentner dagegen niemals Geld vorhanden wäre. Die Aussprache ergab eine scharfe Kritik der Bürgerblockregierung gegenüber den in Not und Elend lebenden Sozialrentnern. Anfragen und Auskünfte bildeten den Schluß der anregend verlaufenen Versammlung.

— Die Ausschußvertreter der Orts-, Betriebs- und Landkrankenkassen im Bezirk des Versicherungsamtes Neumarkt müssen mit ihren Stimmzetteln für die Wahl der Versicherungsvertreter solange warten, bis die Bekanntmachung im hiesigen Kreisblatt erfolgt ist. Alles Nähere wird später an dieser Stelle bekanntgegeben.

Neumarkt. Stadtverordnetensitzung. In der Stadtverordnetensitzung vom 17. April waren fünf Magistratsmitglieder und 13 Stadtverordnete anwesend. Unter Mitteilungen wurde bekanntgegeben, daß die Bebesserung des Zugverkehrs durch die Reichsbahndirektion zugestanden wurde. Ab 15. Mai geht ein Zug von Breslau 16,03 Uhr, an Neumarkt 17,08 Uhr und ab Neumarkt nach Breslau 17,21 Uhr. Die gewünschte Nachtverbindung von Breslau ist jedoch nicht bewilligt worden. Der von dem Betriebswerkausschuß beantragte Einbau einer zweiten Tiefbrunnenpumpe für das städtische Wasserwerk wird nach kurzem Referat vom Bürgermeister und Stadv. Gen. Ottilige bewilligt. Ein Fahrradstand auf dem Ringe wird genehmigt und an den Schlossermeister Herkner verpachtet. Der vom Magistrat beantragte Erweiterungsbau der Wohnungen auf dem städtischen Schlachthof wird dem Schlachthofausschuß überwiesen. Die Pachtsumme des städtischen Gartenrestaurants „Sanssouci" wird wegen dem Küchenanbau um 50 Mark erhöht. Die Kosten für die Instandsetzung der Schützenstraße, rund 375 Mark, werden anerkannt. Der Zinsfestsetzung für Hauszinssteuerhypotheken und der Erhöhung des Betriebskapitals der Kommunalbank um 2306 Mark wird zugestimmt. Weiter wurde dem Vorschlag des Magistrats, 500 Mark als Aufwertungssumme für den Lindenhof der Kreis- und Stadtbank anzubieten, zugestimmt. Zu dem vom Kreise über den Rahmen der allgemeinen Fürsorge hinausgehenden Leistung für Hilfsbedürftige wurden weiter 40 Prozent von der Versammlung bewilligt. Stadtv. Genosse Ottilige hob hierbei hervor, daß diese Bewilligung bisher alljährlich vom Kreisausschuß erfolgt sei und nicht etwa durch die Arbeitslosendemonstration ausgelöst wurde. Stadtv. Genosse Navroth ersuchte den Magistrat, möglichst für Arbeitsbeschaffung zu sorgen, da dieses die durchgreifendste Hilfe für die Arbeitslosen bedeutet. Nach der kurzen öffentlichen Sitzung fand eine längere geheime Sitzung statt.

SPD., Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt.

(Hier finden lediglich Mitteilungen Aufnahme, die der Redaktion über das Sekretariat des Unterbezirks Breslau-Land zugehen.)

Deutsch-Lissa. Mittwoch, den 25. April, abends 7 Uhr, bei Folgner, Zusammenkunft sämtlicher Funktionäre der SPD., der freien Gewerkschaften, sämtlicher Sportvereine und des Reichsbanners. Es wird erwartet, daß sämtliche Funktionäre an der Sitzung teilnehmen.
J. Jenohr, erster Vorsitzender.

Eßt mehr Früchte,
und Ihr bleibt gesund!

KIPKE-BIER seit 1844

5179

Dienstag, den 24. April 1928. Einzelnummer 10 Pfennig. 39. Jahrgang — Nr. 96

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung". „Rundfunk". „Sozialistische Literatur-Rundschau". „Für die Frauen". „Arbeiter-Sportbewegung" u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend"

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neue Taschenstraße 11, sowie durch alle Austräger zu beziehen, — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.42 Rmk. + 8 Pf Trägerlohn = 0.50 Rmk., monatlich 1.75 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn = 2.10 Rmk. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2.46 Rmk.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Die Wahlen in Frankreich.

Nicht ungünstiges Gesamtbild des ersten Wahlgangs.
Gute Aussichten für die Stichwahl.

Paris, 23. April. (Eigener Drahtbericht.) Im Laufe des Montag ist in der Beurteilung des Wahlergebnisses ein unverkennbarer Stimmungsumschwung eingetreten, der in allen Blättern von rechts bis links zum Ausdruck kommt. Der erste Eindruck in der Nacht vom Sonntag zum Montag stand im Zeichen der zunächst eingetroffenen Ergebnisse von Paris und Umgebung. Daher die Zufriedenheit auf der Rechten und die Gedrücktheit bei den Sozialisten, auf die vor allem das schlechte Abschneiden Leon Blums deprimierend wirkte. Inzwischen sind aber die Ergebnisse aus dem ganzen Lande eingetroffen, zuletzt die für die Partei sehr wichtigen Meldungen aus dem industriellen Norden und aus den ländlichen Gegenden Südfrankreichs. Es sind zwar dort fast ausschließlich Stichwahlen notwendig, aber in den meisten Fällen sind die Aussichten für die sozialistischen Kandidaten recht gut. Im Norden brauchen allerdings die Sozialisten wenigstens einen Teil der kommunistischen Stimmen, im Süden brauchen sie in vielen Fällen die radikalen Stimmen, um die reaktionären Kandidaten zu besiegen. In den meisten Fällen dürften sie diese Stimmen sowohl von der einen wie von der anderen Seite erhalten.

Die Parole Moskaus, die aussichtslosen kommunistischen Kandidaten aufrecht zu erhalten, ist einfach undurchführbar geworden, denn einmal würden sich die kommunistischen Wähler angesichts der drohenden reaktionären Gefahr zum großen Teil um diese Parole einfach nicht kümmern, **auf der anderen Seite brauchen die Kommunisten unbedingt die sozialistischen Stimmen, um überhaupt irgendwelche Kandidaten im zweiten Wahlgange durchzubringen.**

Da die führenden Kreise der Sozialistischen Partei sich in ihren Prognosen unzweifelhaft getäuscht haben, wie sie selbst offen zugeben und besonders in der Hauptstadt wesentlich schlechter abgeschnitten haben als sie es dachten, möchten wir diesmal nicht allzu fest auf den neuerdings wiedergekehrten Optimismus bauen, der sogar abermals die Möglichkeit eines sozialistischen Kandidatenzuwachses gegenüber der alten Kammer für gegeben hält. Aber noch charakteristischer sind die besorgten Kommentare der Rechtspresse, vor allem im „Intransigeant", über die Gefahr eines geschlossenen Vorgehens der Linksparteien, das heißt der Sozialisten mit den Kommunisten, und der Radikalen mit den Sozialisten am nächsten Sonntag.

Alle Blätter von rechts und links stimmen ebenfalls darin überein, daß man einstweilen noch gar nichts sagen kann, daß der erste Wahlgang das Land in einem Zustand der Konfusion und der Ungewißheit gelassen hat und erst der zweite Wahlgang für das künftige Antlitz des Parlaments und für die Regierungspolitik der nächsten Zeit den Ausschlag geben wird.

An den nächsten Tagen werden die sozialistischen Bezirksverbände zu den Ergebnissen des ersten Wahlganges Stellung nehmen und die Parole für den zweiten Wahlgang ausgeben. Nach den Beschlüssen des letzten Parteitages kann von einer einheitlichen Parole für ganz Frankreich nicht die Rede sein, vielmehr haben die einzelnen Bezirksverbände freie Hand. Auch innerhalb der einzelnen Bezirksverbände, namentlich im Seine-Departement, wird es keine einheitliche Taktik geben, sondern man wird sich von Fall zu Fall in jedem einzelnen Wahlkreis entscheiden.

Eine vorläufige Zählung der im ganzen Lande erzielten sozialistischen Stimmen ergibt ungefähr 1 600 000 Stimmen. Die Kommunisten bleiben mit etwa 1 100 000 Stimmen noch erheblich hinter den Sozialisten zurück, allerdings haben sie rund eine Viertelmillion Stimmen gewonnen. Das haben sie vor allem der Unzufriedenheit der Massen über die Teuerung und der Empörung über die Verfolgungen durch die Regierung und über die maßlosen Gefängnisurteile der militaristischen Gerichte zu verdanken. Außerdem ist nicht zu verkennen, daß die nicht immer konsequente Taktik der Sozialistischen Fraktion in den letzten vier Jahren dazu beigetragen hat, den Kommunisten einen Stimmenzuwachs zu verschaffen. Man hatte bei den letzten Wahlen das Linkskartell gebildet, zwar nicht überall, aber doch in den meisten Departements. Das war notwendig, um den Tücken des früheren Wahlrechts zu entgehen und auch, wie Leon Blum kürzlich mit Nachdruck betont hat, um durch eine Niederlage des nationalen Blocks eine Friedenspolitik der Linken zu ermöglichen. Die logische Folge dieser Wahlkoalition wäre eine offene Regierungskoalition gewesen. Vor dieser Konsequenz ist man jedoch zurückgewichen, weil man angesichts der ganzen Tradition der französischen Partei eine interne Krise befürchtete. Man hat aber die Unterstützungspolitik gegenüber den Regierungen Herriot und Painlevé 1½ Jahre lang getrieben. Als Poincaré ans Ruder kam, ging man zur Opposition über, aber es war eine „loyale Opposition", die sich auf sachliche Kritik der Finanzmaßnahmen Poincarés beschränkte. Vielen Arbeitern genügte die sachliche Kritik an den Handlungen der Regierung nicht. Die wilde Opposition der Kommunisten sagte vielen Proletariern mehr zu. Dazu kommt noch, daß die Partei durch die Haltung Paul Boncours in Genf und durch das Militärgesetz, das nach ihm benannt wird, kompromittiert wurde. Endlich gab es gerade in den letzten Monaten der verflossenen Parlamentssession wiederholt Fälle, in denen die Fraktion bei wichtigen Abstimmungen auseinanderfiel. Die Kommunisten hatten also verhältnismäßig leichtes Spiel, in den Wahlversammlungen die Sozialisten zu kritisieren. Sie mußten infolgedessen den größten Teil ihrer Zeit in den Versammlungen damit abgeben, die Taktik der Fraktion zu erklären und auch die Handlungen Paul Boncours zu entschuldigen. Das war nicht immer leicht.

So wird heute in führenden Kreisen der Sozialistischen Partei der kommunistische Stimmenzuwachs erklärt, der besonders in reinen Arbeitergegenden, zum Beispiel in Nordfrankreich und in der Gegend von Limoges, die bisher sozialistische Hochburgen waren, unbestreitbar ist. Aus alledem läßt sich unseres Erachtens die Lehre ziehen, daß es für die Sozialdemokratie nichts Ungünstigeres gibt, als eine Politik, die man weder als offene Koalition noch als rücksichtslose Opposition bezeichnen kann.

Gute Stimmenzahl für die Sozialisten.

Paris, 24. April. (Eigener Funkbericht.)

Die im sozialistischen Parteisekretariat vorgenommene Zählung der für die sozialistischen Kandidaten in ganz Frankreich abgegebenen Stimmen ergibt ein bemerkenswertes und erfreuliches Resultat. Bis jetzt sind 1 620 000 sozialistische Stimmen gezählt, das sind 25 000 Stimmen mehr als die Sozialistische Partei am 16. November 1919 bei den ersten Wahlen nach dem Kriege erzielt hat, als sie noch nicht durch die Bolschewisten gespalten war. Dabei ist die Zahl der Wahlberechtigten seit 1919 kaum gestiegen. Ein Vergleich mit 1924 ist deshalb nicht möglich, weil damals die Partei zum großen Teil gemeinsame Listen mit den bürgerlichen Linksparteien gebildet hatte.

Es fehlen noch einige Ergebnisse aus den überseeischen Kolonien, in denen sozialistische Kandidaten in mehreren Fällen aufgestellt wurden. Der auf der westindischen Insel Guadeloupe aufgestellte ehemalige Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Frossard, der seit etwa drei Jahren wieder der Sozialistischen Partei angehört und seit einigen Monaten Redakteur am „Populaire" ist, ist bereits gewählt.

Die Vorbereitungen der Stichwahl.

Paris, 24. April. (Eigener Funkbericht.)

Das Interesse aller politischen Kreise in Frankreich konzentriert sich schon jetzt auf die Frage, wie die Stichwahlen am nächsten Sonntag organisiert werden sollen. Es ist bezeichnend für die Ernüchterung, die nach dem ersten Jubelgeschrei im Lager der Rechten Platz gegriffen hat, daß auch dort heute die straffe Disziplin aller Parteien der Nationalen Einheit gefordert wird, um die Sozialisten und Kommunisten aus dem Felde zu schlagen. Die Tatsache, daß die Sozialisten mit insgesamt 1,62 Millionen Stimmen keinen Stimmenverlust und die Kommunisten mit rund einer Million Stimmen sogar einen beträchtlichen Stimmengewinn verzeichnen konnten, drückt die Hoffnungen der Reaktion auf den zweiten Wahlgang sehr wesentlich herab.

In verschiedenen Wahlkreisen sind bereits Verhandlungen angeknüpft worden, um das Bündnissystem des alten Linkskartells wieder in Gang zu bringen. Allerdings kann über die endgültige Gestaltung dieses Wahlbündnisses nichts gesagt werden, weil noch keine Entscheidung der Parteien vorliegt. Nur die Kommunisten sind sich heute schon klar über das, was geschehen soll. Sie wollen tatsächlich ihren ebenso unsinnigen wie arbeiterfeindlichen Kampf gegen die Sozialisten bis aufs Messer fortführen.

„Unsere Partei hält bei den Stichwahlen", so schreibt heute die „Humanité", alle Kandidaten gegen die Sozialisten aufrecht. Die Sozialisten wollten vom Wein der nationalen Einheit trinken. Jetzt sollen sie den bitteren Kelch bis zur Neige leeren."

Radikal-sozialistische Beschlüsse für die Stichwahlen.

Paris, 24. April. Der Vollzugsausschuß des radikal-sozialistischen Verbandes beschloß in seiner gestrigen Sitzung, in keinem Fall in der Stichwahl den Erfolg eines Kandidaten der Rechten oder der Kommunisten zu erleichtern und wenn möglich, mit der unabhängigen sozialistischen und der sozialistischen Partei eine Verständigung über gegenseitige Unterstützung herbeizuführen.

Das amtliche Wahlergebnis.

Paris, 23. April. In den Mittagsstunden liegt folgendes amtliches Ergebnis der Wahlen vor: Konservative 7, demokratische Republikaner 76, Linksrepublikaner 47, Radikale 13, sozialistische Radikale 16, republikanische Sozialisten 4, Sozialisten 14; insgesamt 177 Gewählte gegenüber 425 Stichwahlen, also Rechtspartei 130 Abgeordnete (Konservative, demokratische Republikaner, Linksrepublikaner), 13 Gemäßigte (Radikale) und 34 Abgeordnete der Linken (sozialistische Radikale, republikanische Sozialisten und Sozialisten).

Korinth verwüstet.

Ein neues furchtbares Erdbeben.

Ein furchtbares Erdbeben hat in der Nacht vom Montag die griechische Stadt Korinth fast völlig zerstört. Die großen Gebäude in Neu-Korinth sind fast alle eingestürzt. Die übrigen Häuser weisen große Risse und schwere Beschädigungen auf. Die ganze Neustadt gleicht einem Ruinenfeld. Der Katastrophe sind auch Menschenleben zum Opfer gefallen.

Die ersten, noch schwachen Stöße wurden schon in den Abendstunden des Sonntags wahrgenommen. Kurz vor 10 Uhr ereignete sich dann plötzlich ein außerordentlich starker Stoß, so daß die Einwohner aus den Häusern auf die Straße stürzten. Die Hauptstraße wimmelte von Menschen, die sich, nur notdürftig bekleidet, hierher geflüchtet hatten. Entsetzensschreie wurden laut, dazwischen mischte sich das Krachen der einstürzenden Gebäude. Ein Telegraphist in Korinth, der Nachtdienst hatte, telegraphierte ununterbrochen: „Hilfe, Hilfe, Hilfe! Alles verloren!" Der Mann hielt bis zum letzten Augenblick in dem bereits wankenden Telegraphengebäude aus. Als das Haus einstürzte, wurde er unter den Trümmern begraben und getötet. Auch das Gefängnis stürzte infolge der schweren Erderschütterungen ein. Die unverletzt gebliebenen Gefangenen benutzten die Gelegenheit zur Flucht. Die Soldaten in der Kaserne verließen ihre Quartiere auch während des stärksten Bebens nicht und wurden zum großen Teil unter dem einstürzenden Gebäude begraben. Auch in Patras, in der Provinz Acheia, in Athen, im Badeort Lutraki, im Kanalort Istmia Kokonon, in Megara und in Eleusis wurden starke Erdstöße wahrgenommen. In Lutraki und in Kokonon stürzten ebenfalls zahlreiche Häuser ein. Die Bevölkerung flüchtete auf die Straßen und verbrachte die Nacht unter freiem Himmel.

Die Regierung hat sofort Hilfe in das Erdbebengebiet entsandt und Truppen abkommandiert, um die Ordnung aufrecht zu erhalten und Plünderungen zu vermeiden.

Philippopel ein Bild wilder Verwüstung.

Das Erdbeben vom Montag war, obgleich es nur kurze Zeit dauerte, furchtbar in seinen Folgen. Wiederum war es Philippopel, das besonders stark heimgesucht wurde. Die wenigen noch erhaltenen Häuser stürzten bis auf die Grundmauern ein, wobei nach den bisherigen Feststellungen acht Personen getötet und viele verwundet wurden. Die verhältnismäßig geringe Zahl der Todesopfer ist darauf zurückzuführen, daß die Bevölkerung noch immer im Freien kampiert. Die meisten Minister befinden sich im Erdbebengebiet. Die Hilfe, die das jugoslawische Rote Kreuz dem bulgarischen Volke zuteil werden läßt, wurde mit Freude und Genugtuung aufgenommen.

Das Oberhaupt der katholischen Kirche in Mexiko gestorben.

Das Oberhaupt der katholischen Kirchen Mexikos, Erzbischof Dr. Joseph Mora, ist, fern von seiner Heimat, am Sonntag gestorben. Mora ist der eigentliche Urheber des Kirchenkonflikts in Mexiko. Er hat seinerzeit die Priester aufgefordert, den Verfügungen der mexikanischen Regierung nicht Folge zu leisten und die Kirchen zu schließen.

Zweieinhalb Milliarden

Steuererleichterungen
hat der von der deutschnationalen Partei geführte Bürgerblock
dem großen Besitz
in Industrie und Landwirtschaft gebracht. Darum fort mit dieser kapitalistischen Klassenpolitik!

Wählt sozialdemokratisch!

Wie der Reichstag betrogen wurde

Der Waffenhandel der Reichswehroffiziere.

Der „Montag Morgen" meldet:

Berlin, 22. April.

„Vor einigen Tagen hat der pazifistische Journalist Berthold Jacob Gerüchte über eine geheime Preiskonvention zwischen der Reichswehr und ihren Waffenlieferanten wiedergegeben, die so phantastisch erschienen, daß sie in der Oeffentlichkeit nicht ernsthaft beachtet wurden.

Da jedoch die Lohmann-Phöbus-Affäre bewiesen hat, daß in der Aera Geßler auch die unwahrscheinlichsten Dinge möglich waren, ist der „Montag Morgen" diesen Gerüchten nachgegangen. Auf Grund von Angaben, die uns von bestunterrichteter und absolut glaubwürdiger Seite zugegangen sind, müssen wir nunmehr feststellen, daß die Mitteilungen Berthold Jacobs in vollem Umfang der Wahrheit entsprochen haben.

Es steht einwandfrei fest, daß zwischen der Leitung des Heereswaffenamts und dem Leiter der Abteilung IV beim Reichsverband der Deutschen Industrie eine Vereinbarung folgenden Inhalts bestanden hat:

Die Firmen, die an die Reichswehr Waffen und Munition liefern, setzen in ihre Rechnungen Beträge ein, die — jeweils nach vorheriger Vereinbarung — den Wert der gelieferten Materialien um 40 bis 60 Prozent übersteigen.

Nach Begleichung der Rechnungen werden die fingierten Beträge von den Firmen an eine bestimmte Kasse überwiesen, die zur Verfügung der diversen „schwarzen" Stellen im Reichswehrministerium steht.

Durch diese Konvention ist endlich eines der geheimnisvollsten Rätsel der letztjährigen Reichswehretats gelöst.

Immer wieder hatten die Kritiker des Reichswehretats betont, daß die riesigen Beträge, die für Beschaffung von Waffen und Munition angefordert wurden, für das Doppelte des Reichswehrbedarfs ausreichen müßten. Herr Geßler hat dagegen eine Kürzung dieser Beträge geradezu als eine Katastrophe für die Reichswehr bezeichnet und die übermäßigen Preise, die von ihm der Rüstungsindustrie bewilligt wurden, mit — dem Versailler Friedensvertrag zu erklären versucht.

Jetzt endlich ist festgestellt, was man früher nur vermuten konnte, daß der Reichstag fortgesetzt belogen und sein Etatsrecht durch die Schleichwege der verantwortlichen Reichswehrinstanzen illusorisch gemacht wurde.

Von diesen Schiebungen müssen übrigens auch bestimmte Stellen des Reichsfinanzministeriums Kenntnis erhalten haben. Auf ihre Anweisung hin sind nämlich die Steuererklärungen der an die Reichswehr liefernden Firmen von den Präsidenten der Landesfinanzämter persönlich bearbeitet worden. Dieser Weg wurde gewählt, da die Reichswehrlieferanten die von ihnen heimlich zurückgezahlten Beträge selbstverständlich nicht versteuern wollten. Das Geheimnis der Rechnungen sollte aber den untergeordneten Beamten der Steuerämter nicht anvertraut werden.

Nach unseren Informationen hat Reichswehrminister Groener erst durch die Veröffentlichungen Jacobs von den Vereinbarungen zwischen Reichswehr und Reichswehrlieferanten Kenntnis erhalten. Angeblich ist ihm von den zuständigen Abteilungsleitern versichert worden, daß der unter Geßler errichtete Fonds bereits aufgebraucht sei. Vermutlich sind die Gelder nach Lohmannschen Rezepten vergeudet worden.

Damit kann aber der Fall nicht abgetan sein. Wie wir hören, wird unmittelbar nach Zusammentritt des neuen Reichstages Aufschluß über die geheimnisvolle Preiskonvention gefordert werden. Es ist zu hoffen, daß der Reichswehrminister Groener nicht erst die parlamentarische Anfrage abwartet, um den ganzen Komplex gründlich zu untersuchen und der Oeffentlichkeit Aufschluß zu geben. Die Reichswehr kann nicht gesunden, bevor nicht mit den Ungesetzlichkeiten der Aera Geßler restlos aufgeräumt wird und alle Schuldigen zur Verantwortung gezogen sind."

Handelspolitische Demagogie.

Uns wird geschrieben:

Auf zwei Dinge muß die Demagogie spekulieren, wenn sie hofft, wirksam werden zu können: auf die Gutgläubigkeit und auf die Vergeßlichkeit. Keine Partei aber setzt diese beiden Eigenschaften bei ihren Wählern in höherem Maße voraus als die Deutschnationale Volkspartei. Sie macht Versprechungen, deren Unerfüllbarkeit für jeden, der des Denkens nicht völlig entwöhnt ist, klar zutage liegt und sie übt an der Politik der letzten Jahre eine Kritik, zu der sie nur denen gegenüber ein Recht hat, die mit vollständig geschlossenen Augen an den Taten und Unterlassungen der Deutschnationalen während der letzten Legislaturperiode vorübergegangen sind.

Sie rechnet wohl damit, daß sowohl ihre allgemeinen Verheißungen, die sie 1924 dem deutschen Volke über seinen Aufstieg und seine Befreiung gemacht hat, wie auch die Zusagen, mit denen sie einzelne Stände, wie die Sparer und Kleinrentner, die Landwirtschaft und die Kriegsopfer begeisterte, dem Gedächtnis entschwunden sind. Sie greift die Außenpolitik an, obwohl jeden Augenblick der Nachweis erbracht werden kann, daß sie für all die „Enttäuschungen", die sie jetzt beklagt, die volle Mitverantwortung trägt. Vergessen, so hofft sie, ist das naive Bekenntnis, das ihrem Abgeordneten Budjuhn entschlüpfte, der, an die Anträge erinnert, die seine Partei in der Opposition gestellt hatte, ausrief: „Ja, bedenken Sie doch, daß alle diese Anträge von uns gestellt worden sind zu einer Zeit, zu der noch kein Mensch daran dachte, daß eine Regierungskoalition unter Beteiligung der Deutschnationalen Volkspartei zustande kommen würde."

Wer jetzt die deutschnationalen Wahlaufrufe durchliest, muß feststellen, daß die Demagogie von 1924 hinter der von 1928 noch weit zurückgeblieben ist. Wir greifen zunächst nur ein Beispiel heraus, nämlich das handelspolitische Programm. Es heißt da:

„Grundsätzliche Abkehr vom gegenwärtig noch maßgebenden handelspolitischen System mit dem Ziel eines tatsächlichen Ausgleichs der Handels- und Zahlungsbilanz. Rückkehr zu autonomen Regelung der landwirtschaftlichen Zollsätze; beschleunigte Vorbereitung eines dem zollpolitischen Rüstzeug anderer Staaten angepaßten neuen Zolltarifs; in der Zwischenzeit Ablehnung jeden neuen Handelsvertrages, der der Landwirtschaft neue Opfer auferlegt und keine internationalen Bindungen, die die Freiheit unserer Handelspolitik beengen."

Das will mit anderen Worten besagen: weitere Erhöhung der Zollsätze in erster Linie natürlich für die landwirtschaftlichen Produkte; keine Handelsverträge, durch die die Sätze im Austausch gegen Zugeständnisse des Vertragspartners ermäßigt werden. Das soll dann der Weg sein, um die Handels- und Zahlungsbilanz auszugleichen.

Auf die Begründung dieses Programms gehen wir nicht näher ein. Wenn von der Anpassung der deutschen Zölle an die Rüstungen der anderen geredet wird, so brauchen wir nur daran zu erinnern, daß bei der Schaffung des Tarifs von 1925 ebenso argumentiert wurde, und wenn inzwischen andere Staaten ihre Zölle in die Höhe geschraubt haben, so ist das zum guten Teil unter Hinweis auf das deutsche Beispiel geschehen. Das Wettrüsten soll fortgeführt werden, bis es ähnlich wie seinerzeit auf dem militärischen Gebiet zur Katastrophe führt. So will man dann die für Deutschland ungünstige Handels- und Zahlungsbilanz in ihr Gegenteil verkehren.

Wir haben in den Monaten Januar und Februar, für die die abschließenden Ziffern vorliegen, eingeführt: Lebende Tiere für 26 Millionen Mark, Lebensmittel und Getränke für 772 Millionen Mark. Das sind Ziffern, die auch uns reichlich hoch erscheinen. Auch die Sozialdemokratie möchte diese Einfuhr beschränkt sehen. Sie ist bereit, eine Politik zu unterstützen, die der deutschen Landwirtschaft eine stärkere Beteiligung an der Ernährung des deutschen Volkes sichert. Der völlige Verzicht auf den Import fremder Lebensmittel ist eine Utopie, aber auch um seine Verringerung herbeizuführen, sind Zölle und gar Zollerhöhungen das denkbar ungeeignetste Mittel, weil sie die notwendige Intensivierung der Bebauung des Bodens verhindern. Sie steigern außerdem die Preise und verringern die Kaufkraft der breiten Massen gerade für diejenigen Produkte, die mit Aussicht auf Gewinn auf deutschem Boden erzeugt werden können.

Sie verringern aber auch durch die Verteuerung der industriellen Produktionskosten die Möglichkeit der Ausfuhr. Wir haben im Januar und Februar für 1322 Millionen Mark Fertigwaren exportiert. Wir könnten den Absatz ans Ausland nicht auf dieser Höhe halten, wenn die landwirtschaftlichen Zölle weiter emporgeschraubt würden. Gar nicht zu reden davon, daß der deutschen Industrie günstige Handelsverträge bei der Festsetzung hoher autonomer Zölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse nicht mehr abzuschließen wären. Wie soll da ein Ausgleich der Handelsbilanz zustandekommen, und wie sollen wir in der Lage sein, die Reparationsschulden an die Siegerstaaten abzutragen? Vergessen wir endlich auch nicht, daß sich in der deutschen Einfuhr Roh- und Halbfertigwaren (ebenfalls im Januar und Februar) im Betrage von 1389 Millionen befinden, und daß in dieser Einfuhr zum Teil die Anleihen stecken, die das Ausland uns zum Wiederaufbau und zur Rationalisierung unserer Wirtschaft gewährt. Das alles wissen die Deutschnationalen so gut wie wir. Aber sie rechnen eben mit der Leichtgläubigkeit ihres Publikums. Dann aber protestieren sie weiter gegen internationale Bindungen, die die Freiheit unserer Handelspolitik beengen können, und hier setzen sie wieder die Vergeßlichkeit des Volkes in ihre Rechnung. Im Mai 1927 hat in Genf die Internationale Wirtschaftskonferenz getagt. Sie schloß mit einer Reihe von Empfehlungen an die beteiligten Staaten. Wir erwähnen nur die, die uns in diesem Zusammenhang in erster Linie interessieren. Die Nationen, so hieß es da, sollten alsbald Maßnahmen treffen, um Zollschranken zu beseitigen oder zu senken, die den Handel ernstlich beeinträchtigen. Sie sollten Handelsverträge abschließen und zwar unter Bedingungen, die darauf berechnet sind, die Erreichung der hier erwähnten Ziele zu gewährleisten. Die Handelsverträge sollten langfristig sein und sollten die gegenseitige Gewährung unbeschränkter Meistbegünstigung enthalten. Der Brauch, vor den Verhandlungen überhohe Zollsätze in Kraft zu setzen, sollte künftig abgeschafft werden usw. Die deutschen Delegierten haben diesen Empfehlungen zugestimmt, und diese Delegierten waren von der Bürgerblockregierung ernannt.

Mehr als das. Im Juni 1927 erklärte sich in der Sitzung des Völkerbundsrats Herr Dr. Stresemann mit den Entschließungen einverstanden und wünschte ihre allgemeine Durchführung. „Meine Regierung gibt den Beschlüssen der Wirtschaftskonferenz ihre volle vorbehaltlose Zustimmung." Er war dazu berechtigt, denn am 9. Juni hatte das Reichskabinett eine Entschließung angenommen, in der es sich bereit erklärte, an der Verwirklichung der Empfehlungen und Anregungen der Wirtschaftskonferenz tatkräftig mitzuwirken, da in ihrer Durchführung eine wesentliche Voraussetzung für die wirtschaftliche Gesundung Europas, für den Fortschritt der Zivilisation und die Erhaltung des Friedens liege.

In diesem Reichskabinett waren die Deutschnationalen mit vier Ministern, darunter Herrn Schiele, vertreten. Dieselben Deutschnationalen, die jetzt die Ablehnung internationaler Bindungen fordern, durch die die autonome Handelspolitik beengt werden könnte. Gibt es eine naivere Spekulation auf die Vergeßlichkeit der Wähler? Gibt es eine frivolere Demagogie?

Leere Versprechungen.

Der Wahlaufruf der Deutschen Volkspartei.

Als letzte der großen Parteien des Bürgerblocks hat jetzt auch die Deutsche Volkspartei ihren Wahlaufruf herausgebracht. Es besteht von der ersten bis zur letzten Zeile aus Versprechungen, von denen kein Mensch annehmen kann, daß die Volkspartei sie jemals halten wird. Nach einer ruhmredigen Einleitung über „die Außenpolitik des Führers der Deutschen Volkspartei", über die sich die Volkspartei in ihrer Gesamtheit vor vier Jahren noch nicht einmal selbst klar war, wird in einem kurzen Abschnitt über die Finanz- und Steuerpolitik davon gesprochen, daß der schwer auf dem Volke lastende Steuerdruck gemindert und für eine gerechtere Verteilung der Steuerlasten gesorgt werden müsse. Das steht im Wahlaufruf der Volkspartei, die sich mit allen Kräften gegen die Senkung der Lohnsteuer gewendet hat und die alles getan hat, um die Steuerlast der Besitzenden herabzusetzen. Vor den Wahlen entdeckt die Volkspartei auch ihr mittelstandsfreundliches Herz und redet davon, daß die soziale Gesetzgebung eine der wichtigsten Grundlagen der Volksgesundheit sei. Die Einsicht kommt zu spät. Die Volkspartei ist es gewesen, die sich gegen die gesetzliche Anerkennung des Achtstundentages gesträubt hat und die darüber hinaus alles getan hat, um die Arbeitszeit auf neun und mehr Stunden zu verlängern. Parallel mit diesen Bestrebungen der Volkspartei sind jene gegangen, die eine Erhöhung der Zölle und indirekten Steuern auf Nahrungsmittel gelegt haben, deren reichlicher Genuß Vorbedingung der Hebung der Volksgesundheit ist. Und während im Reichstag und in der Reichsregierung die Führer der Volkspartei die Arbeitszeit verlängerten und die Preise erhöhten, haben sich die Zeitungen der Deutschen Volkspartei und die führenden industriellen Unternehmer, die zu ihr gehören, gegen jede Erhöhung der Löhne ausgesprochen, die den Arbeitern eine erträgliche Existenz ermöglicht.

Das sind die „sozialen Taten" der Deutschen Volkspartei. Gedenkt man dann noch der Intrigen, die im Reich und in Preußen von volksparteilichen Führern, zum Teil mit Erfolg, gesponnen worden sind, um die Sozialdemokratie als Regierungspartei auszuschalten und dadurch die Arbeiterschaft wieder zum bloßen Objekt der Gesetzgebung zu machen, so rundet sich das Bild. Die Volkspartei ist Vertreterin krassester großkapitalistischer Besitzinteressen und ändert daran auch nichts, wenn sie den Schluß des Aufrufs mit Wendungen von „nationaler Gesinnung" und „liberaler Weltanschauung" drapiert.

Berufung im Lichterfelder Landfriedensbruchprozeß.

Berlin, 23. April. In dem Lichterfelder Landfriedensbruchprozeß haben die Angeklagten, soweit sie vom Schöffengericht Lichterfelde verurteilt worden sind, sowie die Nebenkläger mit Ausnahme von Hinkelmann, der bekanntlich in das nationalistische Lager übergegangen ist, Berufung eingelegt. Nachträglich hat auch die Staatsanwaltschaft das Urteil durch Berufung angefochten.

Der sozialistische Wahlsieg in Kärnten.

Wien, 24. April. (Eigener Funkbericht.)

Der Erfolg der Sozialisten bei den Gemeindewahlen in Kärnten ist noch größer als man anfänglich annahm. Insgesamt wurden 88 Mandate neu gewonnen und 5 Bürgermeisterämter neu errungen.

Petroleum.

Roman von Upton Sinclair.

Copyrigth 1927 by Malik-Verlag A.-G., Berlin W. 50.

118 (Nachdruck verboten.)

Es handelte sich um eine Operette, aus der ein Film gemacht werden sollte. Paschuli war ein kleines Balkankönigreich, das mit dem Wien der Straußschen Walzer große Aehnlichkeit besaß. Ein junger amerikanischer Ingenieur kam hin, um eine Eisenbahn zu bauen, wurde aber für einen Verschwörer gehalten. Nein, nicht für einen Bolschewiken, sondern für einen aristokratischen Würdenträger, so daß Bunny sich nicht verletzt zu fühlen brauchte. Selbstverständlich heiratete der Held die Prinzessin, aus reiner Liebe, und erhielt obendrein noch das Königreich; — die Bankiers, die die Eisenbahn finanzierten, kauften es für ihn.

Nun spielte Vi überall die Prinzessin. Bunny beobachtete sie staunend und erkannte, daß sie ihren Erfolg nicht nur dem Geld und ihren weiblichen Reizen verdankte. Sie stürzte sich wie eine Tigerkatze auf die neue Rolle; die ganze übrige Welt hörte für sie zu existieren auf, insofern sie sie nicht als Hintergrund benützen konnte. „Vater, jetzt bist du der König. Du kommst dort herein. Um Gotteswillen langsamer, Könige gehen nicht so schnell! Ich falle dir zu Füßen und flehe um sein Leben. ‚Erbarmen, Sire, und so weiter, und so weiter ....'"

Zu den Eigenheiten des Films gehört, daß es einerlei ist, was gesprochen wird. Vi [illegible]: „Und so weiter, und so weiter ..." Oder flüsterte in leidenschaftlichen Liebesszenen: „Und so, so so", entweder zu Bunny, oder zu Eppie, und in plötzlicher Angst vor dem Henker mit der Axt schrie sie auch: „Und ja, und ja!" Spielte der Partner nicht richtig, so ergänzte Vi das Liebeslied: „[illegible]" Oder: „Fort die Hand, du schmutziges Tier; laß mich doch nicht los, Schaf. So, das ist besser, Mörder und nicht [illegible]."

[illegible]

beiden Freunden vom Baden zurück, — und plötzlich fiel ihr ein, man müsse den königlichen Festzug proben, sie mimte im Badekostüm, barfuß, einen Fichtennadelteppich unter sich, die Prinzessin.

Herr Appelton Laurente hatte zwar nie Prinzessinnen gekannt, doch hatte er viel Geschichte und Gedichte gelesen und war daher eine Autorität. Er wagte Vis Gang, ihre Gebärden und ihr Verhalten dem schönen jungen amerikanischen Ingenieur gegenüber kritisieren. „Stellen Sie sich vor, daß Sie in mich verliebt sind, Eppie", sprach sie, und nun, da seine Gefühle zur Kunst sublimiert waren, konnte er ihnen vor Bunny, Herrn Roß, Herrn Roß' Sekretär, sowie den Indianern freien Lauf lassen. „Sie spielen weit besser als Bunny", meinte Vi. „Der hat sich [illegible] an mich gewöhnt, es ist fast so arg, wie wenn wir verheiratet wären."

So verging ihnen die Zeit aufs angenehmste. Vi fühlte bereits leise Ungeduld; sie wollte die Dekorationen des Films sehen, und [illegible] unter Händen. Bunny seinerseits war vollgestopft mit Antworten auf alle möglichen Prüfungsfragen, bereit, vor den Professoren sein Wissen auszukramen. Der Vater war nach Toronto gefahren, um die letzten Papiere für die kanadische Körperschaft zu unterzeichnen. Er erhielt fast täglich von Verne Telegramme: Die Streiker, die fast vier Monate durchgehalten hatten, waren endlich klein geworden, und der Schlichtungsausschuß hatte ihnen geraten, an die Arbeit zurückzukehren, und versprochen, auch die Gewerkschaftsmitglieder würden wieder eingestellt.

Eines Tages brachte der Dampfer ein Telegramm [illegible] an Bunny: „[illegible] auf dem Tisch, kommt heim". Er erklärte, was dies bedeute: der Streik ist beendet. [illegible] Appelton Laurente kehrte [illegible] zurück, Kummer im Herzen und einen Stoß [illegible] Sonette im Koffer. Vi Tracy, Bunny, der Vater, und der Sekretär machten es sich in einem Abteil der Kanadisch-Pazifischen Bahn bequem.

Sechzehntes Kapitel.

Die Hochschule.

1.

[illegible]

bei einer kommunistischen Versammlung eine Razzia veranstaltet, alle Redner, Organisatoren, Flugblattverteiler, ja jeden, der im Knopfloch ein rotes Abzeichen trug, verhaftet. Dann kam das kommunistische Hauptquartier an die Reihe: jeder Agent Moskaus sollte, so berichteten die Zeitungen, aus der Stadt vertrieben werden. Die Gefangenen wurden „sortiert", einige mit Geldstrafen entlassen, andere zurückbehalten. Unter letzteren befanden sich die Menzies-Jungens. Die Anklage lautete auf „Verdacht des Syndikalismus".

„Die dummen Burschen sind selbst daran schuld", meinte Rachel, „aber es ist trotzdem eine Gemeinheit, Leute wegen ihrer Ueberzeugung einzusperren, und es quält einen, wenn das eigene Fleisch und Blut in diesen abscheulichen Käfigen sitzt." Bunny erkundigte sich nach der Höhe der Kaution; sie betrug für jeden der Brüder zweitausend Dollars.

Bunny erklärte seine Ohnmacht, die Schwierigkeiten, die er mit dem Vater habe. „Ich verstehe", erwiderte Rachel. „Wir können nicht erwarten, daß Sie für die ganze radikale Bewegung die Kautionen erlegen." Aber ihre Worte gaben Bunny den Seelenfrieden nicht zurück.

Harry Seagers Handelsschule war gescheitert, durch den Boykott gegen die Schüler ruiniert, und Harry versuchte gerade, die kläglichen Reste seines Unternehmens loszuschlagen. Er wollte eine Walnußplantage kaufen; es sei schwerer, Walnüsse zu boykottieren und bei ihnen die weißen von den roten zu unterscheiden.

Dann Irvings Arbeiterhochschule ging es fast ebenso schlecht. Die Verhaftungsorgie hatte die alten Arbeiterführer völlig eingeschüchtert. Die Hochschule arbeitete zwar noch immer, doch war sie sehr verschuldet, und ihr Leiter hat seit Monaten kein Gehalt bekommen. Bunny stellte sofort einen Scheck auf zweihundert Dollar aus, — auf dem Heimweg jedoch quälte ihn wieder die ewige Frage: wie weit durfte er den Vater zugunsten seiner Feinde ausplündern?

Von Dan Irving erfuhr er auch, daß Paul wieder frei und mit Ruth in Angel City sei. „Die Petroleumarbeiter sind gemein behandelt worden", erklärte Irving. „Die Unternehmer haben noch einmal den Schlichtungsausschuß benützt, um die Arbeiter durch Betrug zum Nachgeben zu bewegen. Zwar haben die Unternehmer dem Ausschuß versprochen die Gewerkschaftsmitglieder nicht zu maßregeln, denken aber nicht daran, ihr Versprechen zu halten. Sie haben alle Streikbrecher behalten und von den Streikern nur so viele eingestellt, wie sie benötigten. Die aktiven Gewerkschaftsmitglieder liegen auf der Straße, die Petroleumindustrie ist ein Sklavenstall der offenen Werkstatt geworden."

(Fortsetzung folgt.)

Wann verbietet Keudell den Landbund?

Wilde Hetz- und Brandreden der Landbündler.

Der Rote Frontkämpferbund stellt nach den Ansichten des deutschnationalen Reichsinnenministers eine Gefahr für den Staat und für den ruhigen Verlauf der Wahlbewegung dar. Keudell stützt diese Auffassung auf Vorkommnisse der letzten Zeit und auf Brandreden kommunistischer Welt- revolutionäre bzw. revolutionäre Redensarten der kommunistischen Presse. Wir wollen uns mit diesen Phrasen nicht näher befassen. Aber wenn sie schon eine Gefahr für den Staat und den ruhigen Verlauf der Wahlbewegung darstellen und zu deren Unterbindung der Rote Frontkämpferbund verboten werden soll, dann hätten die Deutschnationale Partei und der Reichslandbund längst verboten werden müssen. Was sie sich in den letzten Wochen an unverantwortlicher Hetze gegenüber dem Staat geleistet haben, ist nicht mehr zu überbieten. Hier einige Proben:

In einer Generalversammlung des Landbundes des Kreises Delitzsch sagte der deutschnationale Rittergutsbesitzer von Alvensleben-Neugattersleben im Februar 1928: „Und wenn es sein muß, so werden wir uns auch nicht nur der geistigen Waffen bedienen . . .“ „Dann kämpfen wir mit anderen Mitteln, wie sie der Herrgott in unsere Hand gelegt hat.“

Im gleichen Monat erklärte der bekannte Stahlhelmführer Düsterberg auf einer Tagung des Landbundes des Saalekreises in Halle: „Gehen Sie mit Hunderttausenden von uns auf die Straße, um Ihre Forderungen durchzudrücken, und wenn auch einige liegen bleiben. Sie werden hier viel erreichen.“

Der Landbund der Ostprignitz ließ kürzlich einen Aufruf an den Berliner Anschlagsäulen plakatieren, in dem gesagt wurde: „Gnade euch Gott, ihr Volksverderber, wenn der Bauer aufsteht im Lande!“ — Weiter heißt es dann: „Werdet aber auch geistig bereit, mit euren Leibern den Kampf zu führen.“

Im März sagte der deutschnationale „königliche Landrat“ a. D. von Hertzberg-Lottin nach der „Norddeutschen Presse“ in Neustettin: „. . . dann werden wir noch irgendwo im Walde einen Stock finden, dann werden wir geschlossen zu Hunderttausenden nach Berlin ziehen, um dort, wie einst die schwedischen Bauern, unser Recht zu vertreten.“

Der „Oberbarnimer Landbund“ faßte am 5. März 1928 in Wriezen eine Entschließung mit folgenden Kernsätzen: „In allen Ortschaften ist der Kampf zu organisieren, insbesondere durch Sicherstellung der Nachrichtenübermittelung und der Marschbereitschaft aller 16- bis 60jährigen. Schriftliche Bereiterklärung ist zu fordern. Wir sind nicht gewillt, Zwangsmaßnahmen weiter zu ertragen. „Die Kuh bleibt im Stalle, der Stall bleibt unser.“ Das System dieses Staates wird an der Dorfgemeinschaft scheitern.“

Auf einer Tagung des Hannoverschen Landbundes in Göttingen sagte der Vorsitzende Cordes, ebenfalls deutschnational, nach einem Bericht der „Frankfurter Zeitung vom 10. März 1928: „Wir lassen uns nicht von unserer Scholle treiben. Wenn befohlen wird: „Das Gewehr über, die weiße Armee steht bei Göttingen,“ dann hat alles zu gehorchen.“

An diese Hetze von deutschnationaler Seite reichen Kommunisten mit ihren blutrünstigen Phrasen nicht einmal heran. Trotzdem hat der deutschnationale Innenminister die Hetzer nicht einmal gewarnt. Den Roten Frontkämpferbund aber will er verbieten, obwohl Mitglieder dieser Organisation sich nicht mehr und nicht weniger haben zuschulden kommen lassen als viele Anhänger der Deutschnationalen Partei und des Stahlhelms. Drastischer kann u. E. die „Objektivität“ des deutschnationalen Parteiministers v. Keudell kaum beleuchtet werden.

Keudell in Nöten.

Jetzt sollen die Rechte des Ueberwachungsausschusses beschränkt werden.

Berlin, 23. April. (Eigener Bericht.) Am Dienstag nachmittag tritt unter dem Vorsitz des sozialdemokratischen Abgeordneten Henke der Ueberwachungsausschuß des Reichstages zusammen. Rechte und Pflichten dieses Ausschusses ergeben sich aus § 35 Absatz 2 der Reichsverfassung. Er lautet:

„Der Reichstag bestellt zur Wahrnehmung der Rechte der Volksvertretung gegenüber der Reichsregierung für die Zeit außerhalb der Tagung und nach Beendigung einer Wahlperiode einen ständigen Ausschuß. Dieser Ausschuß hat das Recht von Untersuchungsausschüssen.“

Diese Formulierung ist klar und eindeutig. Sie verpflichtet den Ueberwachungsausschuß, die Rechte der Volksvertretung gegenüber der Reichsregierung wahrzunehmen und um das in jeder Beziehung zu ermöglichen, gibt sie ihm gleichzeitig das Recht von Untersuchungsausschüssen, d. h. er kann Zeugen vernehmen und im Notfall vorladen lassen. Die Rechte der Volksvertretung sind aber nur wahrzunehmen, wenn dem Untersuchungsausschuß auch die Rechte des Parlamentes zustehen. Das ist u. E. so selbstverständlich wie zwei mal zwei vier, und weil es so selbstverständlich ist, hat die Nationalversammlung davon Abstand genommen, es in der Verfassung noch ausdrücklich festzulegen. **Insofern kann der Ausschuß den Reichsinnenminister verbindlich auffordern, sein Ersuchen an die Landesregierungen zurückzuziehen.** Alle Auslegungen der Rechtspresse, als ob der Ueberwachungsausschuß lediglich die Reichsregierung auffordern könnte, ihm Rede und Antwort zu stehen, **ohne verbindliche Beschlüsse zu fassen, entspreche keineswegs dem Sinn des § 35.**

Antrag auf Aufhebung von Keudells Verbot.

Berlin, 24. April. (Eigener Funkbericht.)

Die kommunistischen Mitglieder des Ueberwachungsausschusses des Reichstages haben bei dem Vorsitzenden dieses Ausschusses für die heutige Sitzung folgenden Antrag eingebracht:

Der Ausschuß wolle beschließen, die Reichsregierung aufzufordern, das Ersuchen des Reichsinnenministers an die Länderregierungen zwecks Verbot des Roten Frontkämpferbundes mit sofortiger Wirkung wieder aufzuheben.

Die Berufung im Fall Hoffmann-Kölling.

Berlin, 24. April. (Eigener Funkbericht.)

Vor dem Großen Disziplinarsenat beim Kammergericht beginnt heute die Berufungsverhandlung in dem Verfahren gegen die Magdeburger Richter Hoffmann und Kölling. Den Vorsitz der Beratungen führt Kammerpräsident Tigges. Die Anklage vertritt Generalstaatsanwalt Rahde. Im Gegensatz zu der ersten Instanz findet der Prozeß diesmal in voller Oeffentlichkeit statt. Er beschränkt sich im wesentlichen auf Verlesung des Urteils und der Zeugenaussagen. Es verlautet, daß die Begründung des ersten Urteils scharfe Angriffe gegen leitende Persönlichkeiten des preußischen Innenministeriums enthält. — Die Verhandlungen dürften voraussichtlich sechs Tage in Anspruch nehmen.

Der Krach bei den Deutschnationalen.

Ein bisheriger Abgeordneter aus der Partei ausgetreten.

Berlin, 24. April. (Eigener Funkbericht.)

Der bisherige deutschnationale Landtagsabgeordnete Rektor Hackenberg hat, wie die „Germania“ zuverlässig erfahren haben will, die ihm für die bevorstehende Wahl auf den deutschnationalen Wahlvorschlag des Wahlkreises Berlin angebotene Kandidatur sowie die Kandidatur auf der deutschnationalen Landesliste abgelehnt. Er soll außerdem den Vorsitz im deutschnationalen Katholikenausschuß Groß-Berlin niedergelegt haben und **aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgetreten** sein. Weiter verlautet, daß Hackenberg in einem Schreiben an den Landesverband der Deutschnationalen Volkspartei die Gründe für seinen auffallenden Schritt dargelegt hat. Sie sind vorläufig nicht bekannt.

Von den eigenen Leuten entlarvt.

Die Jungdeutschen über die Deutschnationalen.

Die Jungdeutschen schlagen den Deutschnationalen gegenüber eine immer schärfere Tonart an. In einer Versammlung in Dresden führte der Pressewart des Jungdeutschen Ordens, Abel, Berlin, unter anderem aus:

„Mögen sich die Deutschnationalen noch so schwarz-weiß-rot gebärden, wir lehnen es ab, uns von zwölf anonymen Herren, wie es Hugenberg will, regieren zu lassen, bei denen wir nicht die geringste Garantie haben, daß sie uns nicht ans Ausland verschachern.“

Drastischer können Leute, die auf der gleichen politischen Linie kämpfen, die Deutschnationale Partei wirklich nicht charakterisieren.

Zweierlei Recht in Deutschland.

Braunschweig, 23. April. (Eigener Drahtbericht.) In dem Stettiner Fememordprozeß hat General v. Pawelsz immer wieder erklärt, daß die Reichswehr niemals Waffen an die Freikorps geliefert habe. Die Reichswehr in Goslar am Harz hat seinerzeit aber Maschinengewehre und Gewehre an den Stahlhelm und ähnliche Rechtsverbände ausgehändigt. Als der sozialistische „Volksfreund“ in Braunschweig diese Zustände aufdeckte, wurde der verantwortliche Redakteur mit einem Landesverratsverfahren bedacht.

Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Nationalisten in Greiz.

Greiz, 23. April. (Telunion.) Hier kam es am Sonntag gelegentlich der Tagung der Nationalsozialisten zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, als letztere einen Umzug durch die Straßen der Stadt unternahmen. Bei den Zusammenstößen wurden zwei Führer der Kommunisten verletzt. Die gesamte Greizer Polizei mußte aufgeboten werden, um die Ruhe wieder herzustellen. Bei festgenommenen Umzugsteilnehmern wurden dolchartige Messer beschlagnahmt. Die Verhafteten wurden später wieder auf freien Fuß gesetzt.

Wahlsieg der englischen Arbeiterpartei.

London, 24. April. (Eigener Funkbericht.)

Das Ergebnis zur Nachwahl zum Unterhaus in Hanley (Staffordshire) übertrifft die kühnsten Erwartungen der Arbeiterpartei. Der sozialistische Kandidat **Hollins** wurde mit 15 136 Stimmen gewählt, während nur 6604 konservative und 3390 liberale Stimmen abgegeben wurden. Bei den allgemeinen Wahlen im Jahre 1924 brachten die Konservativen allein 12 000 Stimmen auf. Sie haben also die Hälfte ihrer Stimmen verloren.

Die Hetze und Stimmungsmache in Rußland.

Die Verhandlung gegen die deutschen Ingenieure erneut verschoben

Der Prozeß gegen die deutschen Ingenieure in Moskau, der ursprünglich für Mitte April angekündigt war, ist neuerdings hinausgeschoben worden. Inzwischen wird in der russischen Oeffentlichkeit eine scharfe Agitation gegen die verhafteten nichtkommunistischen Ingenieure geführt, aus der sich die politischen Hintergründe der ganzen Aktion ohne weiteres ergeben. Nach Rykow und Woroschylow hat nunmehr auch Bucharin in Leningrad eine Rede gehalten, die von der Voraussetzung ausgeht, daß eine planmäßige staatsfeindliche Sabotage vorliegt, die ebenso planmäßig bekämpft werden müßte. In diesen Reden und dementsprechenden Artikeln der Sowjetpresse fehlt es auch nicht an Unfreundlichkeiten gegen Deutschland. U. a. wird der Besuch Lord Birkenheads als neues Beweismittel dafür angeführt, daß Deutschland die immer wieder behauptete Schwenkung gegen Sowjetrußland nun endlich vorzunehmen im Begriff sei. Andererseits sucht man vergeblich eine ernsthafte Würdigung der Hilfe, die Deutschland der Sowjetunion auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet bis in die jüngste Zeit hinein, beispielsweise erst wieder bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen, geleistet hat.

Diese Erhitzung der politischen Atmosphäre ist für den Prozeßverlauf zweifellos sehr bedauerlich. Das Strafrecht der Sowjetunion ist an sich seinem Wesen und seiner Bestimmung nach Klassenjustiz; bei der großen im vorigen Jahre abgeschlossenen Reform ist sogar der Begriff der Notwehr des Staates in das Strafgesetzbuch eingeführt worden. Wenn nun in der Rede eines politischen Führers wie Bucharin von vornherein hervorgehoben wird, daß einige fremde Ingenieure dem Stahlhelm angehören — und das soll in der Tat für einen der verhafteten deutschen Techniker zutreffen, ein anderer ist angeblich Kommunist von reinstem Wasser —, so wird von vornherein der Eindruck erweckt, daß noch vor Beginn des Verfahrens gegen die Angeklagten offiziell Stimmung gemacht werden soll. Die Objektivität des Gerichtsverfahrens muß darunter außerordentlich leiden. Auch der deutsche Verteidiger, der inzwischen von der AEG. bestellt worden ist, kann daran wenig ändern und wird den Angeklagten wenig helfen können, weil er vor Gericht nicht etwa plädieren, sondern nur als Rechtsberater auftreten kann.

Der durch die Verhaftungen hervorgerufene Zwischenfall hat an sich zwar nicht die politische Bedeutung, die man ihm jetzt in Sowjetrußland im Zusammenhang mit Vorkommnissen der letzten Zeit in Deutschland zu geben versucht, aber er hat ohne Zweifel den deutsch-russischen Beziehungen geschadet. Um so unverständlicher ist es, daß man in Moskau daran geht, für eine unverantwortliche Agitation vor dem Prozeß weitere Schwierigkeiten und Reibungsflächen zu schaffen. Offenbar sind die Außenpolitiker der Sowjetunion nach wie vor gegenüber der innenpolitischen Demagogie ohnmächtig. Aber man sollte in Moskau wenigstens nicht Deutschland fortgesetzt für das zerschlagene Porzellan verantwortlich machen.

Die neue Königsberger Konferenz.

Die Königsberger Konferenz zwischen Polen und Litauen führte am 30. März zu der Einsetzung von drei Kommissionen. Diese Ausschüsse sollen Sicherheits- und Entschädigungsfragen, die von Litauen in Königsberg angeschnitten wurden, ferner Wirtschafts- und Verkehrsfragen und die Frage des kleinen Grenzverkehrs behandeln. Die Vorsitzenden dieser Kommissionen haben sich am 20. und 21. April in Berlin mit dem künftigen Arbeitsplan befaßt. Man hat in wesentlichen die Termine für den Zusammentritt im Laufe des Mai festgesetzt. Die Ergebnisse der Berliner Besprechungen wurden in einem Protokoll festgehalten.

Die Besprechungen haben also nicht die sachliche Erledigung von Streitfragen zum Gegenstand gehabt, sondern im wesentlichen nur der formellen Bestimmung von Terminen und dergleichen gedient. Die sachlichen Auseinandersetzungen sollen erst in den betreffenden Kommissionen selbst stattfinden. Für diese Beratungen gilt, was über alle polnisch-litauischen Verhandlungen zu sagen ist, daß kaum mit einem raschen Fortschritt und mit bedeutsamen Ergebnissen gerechnet werden kann. Der unüberbrückbare Konflikt in der Wilna-Frage dürfte Litauen wie bisher veranlassen, eine Verständigung mit Polen nur insoweit einzugehen, als es im Hinblick auf das Drängen des Völkerbundes und der Großmächte unvermeidlich ist.

Der Oelschieber freigesprochen.

London, 23. April. (Eigener Bericht.) Wie aus Newyork berichtet wird, ist der Oelmagnat Harry Sinclair von der Anklage des Betruges bei der Erwerbung der Oel-Lizenzen freigesprochen worden, obwohl man allgemein mit einer Verurteilung Sinclairs gerechnet hat. Der Wahrspruch der Geschworenen, auf den hin der Freispruch erfolgte, lautete im wesentlichen: Die Transaktion von 233 000 Dollar in Liberty-Bons und 35 000 Dollar Bargeld, die der Oelmagnat Sinclair dem damaligen Innenminister Fall auslieh, stehe nicht im Zusammenhang mit der Verpachtung der Petroleumreserven der Marine in Wyeming an Sinclair. Verabredung zum Betruge habe nicht vorgelegen.

Wirtschaft.

Die neue Gefrierfleischverordnung.

Die am Freitag dem Reichsrat zugeleitete neue Gefrierfleisch-Verordnung sieht, wie der „Sozialdemokratische Pressedienst“ erfährt, die zollfreie Belieferung für folgende Bezirke vor: Berlin, Stettin, Breslau, Magdeburg, die Gemeinden des Regierungsbezirkes Merseburg, Altona, Kiel, Wandsbeck, Hannover, Harburg, Wilhelmsburg, Wilhelmshaven, Wesermünde, die Gemeinden des Regierungsbezirks Arnsberg (mit Ausnahme der Kreise Lippstadt, Meshede, Soest, Wittgenstein und Brilon), die Gemeinden des Regierungsbezirkes Münster (mit Ausnahme der Kreise Ahaus, Beckum, Borken, Coesfeld, Münster-Land, Steinfurt, Tecklenburg und Warendorf), Frankfurt, Höchst, Hanau, Wiesbaden, die Gemeinden des Regierungsbezirkes Düsseldorf (mit Ausnahme der Kreise Cleve, Geldern, Neuß-Stadt und -Land), Köln, Bonn, die Gemeinden des Siegkreises, Aachen, Düren, München, Nürnberg, Fürth, Ludwigshafen, Dresden, Leipzig, die Gemeinoen der Kreishauptmannschaften Chemnitz und Zwickau, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim, Pforzheim, die Gemeinden der Stadt- und Landkreise Altenburg, Gera und Greiz, Mainz, Offenbach, Stadtbezirk Hamburg, Küstringen und Stadtbezirk Bremen.

Schiele hat also durch die Verminderung der Kontingente große Teile der deutschen Industriearbeiterschaft um die Möglichkeit gebracht, billiges Fleisch einzukaufen, obwohl es auf der Hand liegt, daß die Arbeiterschaft in den ländlichen Gebieten gerade so unter dem Fleischwucher leidet wie die großstädtische Arbeiterschaft. Hier muß so bald wie möglich eine Aenderung erfolgen. Diese ist nur möglich, wenn die Wahlen einen Sieg der Sozialdemokratie ergeben, die sich von Anfang an Schieles Plänen widersetzte.

Die Verordnung bestimmt weiter, daß den Konsumvereinen die Berechtigungsscheine grundsätzlich in der Höhe zugeteilt werden, in der sie im vierten Vierteljahr 1927 die oben genannten Gebiete mit zollfreiem Gefrierfleisch beliefert haben. Der Kritik der Sozialdemokratie ist es auch gelungen, einige aus der alten Verordnung übernommene Bestimmungen zu verschärfen, um die Schiebungen mit Gefrierfleisch unmöglich zu machen. So heißt es in der Verordnung, daß zollfreies Gefrierfleisch nur in Verkaufsstellen abgesetzt werden darf, die von dem Vorstand der Gemeinde bestimmt und überwacht werden. Es ist auch verboten, in derselben Verkaufsstelle, in der zollfreies Gefrierfleisch feilgehalten wird, verzolltes Gefrierfleisch anzubieten. Zollfreies Gefrierfleisch darf auch nicht zur Wurst verarbeitet oder an Fleischwarenfabriken oder Gast- und Schankwirtschaften abgesetzt werden.

Besonders wichtig ist eine Bestimmung, die ebenfalls die Sozialdemokraten durchsetzen konnte. Sie ordnet an, daß die obersten Landesbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen weitere Anordnungen darüber treffen können, in welcher Weise das Gefrierfleisch den Minderbemittelten zuzuführen ist.

Wie die rheinischen Bauern von der Landwirtschaftskammer in Bonn übers Ohr gehauen werden.

Vor einiger Zeit machten wir bereits auf recht seltsame Kartoffelgeschäfte aufmerksam, die die Landwirtschaftskammer in Bonn seit längerer Zeit mit französischen Großabnehmern macht. Es handelt sich dabei um eine angeblich gemeinnützige Saatkartoffelstelle, die von Beamten der Landwirtschaftskammer Bonn, einem Freiherrn von Lüningk, einem Dr. Müller und einem Dr. Schneider, im Nebenamt geleitet wird. Die Landwirtschaftskammer in Bonn wird von den rheinischen Landwirten unterhalten. Deshalb interessiert auf jeden Fall die Frage, ob die rheinische Landwirtschaft auch an den großen Gewinnen, die von dieser Kartoffelstelle gemacht werden, beteiligt ist. Davon hat man bis jetzt noch nichts gehört, wohl aber davon, daß die genannten Beamten besondere Gehälter beziehen. So sollen Freiherr von Lüningk 8000 Mark und Dr. Schneider 3000 Mark für ihre Nebenbeschäftigung erhalten. Im Interesse der Kartoffel- und anderen Geschäfte wurden von den genannten Beamten unter anderem auch Fahrten (natürlich erster Klasse) nach Paris gemacht. Sie haben den rheinischen Bauern volle 25 000 Mark gekostet.

Dafür sind die deutschnationalen Herren bemüht, Geschäftsverbindungen mit französischen Wein- und Käseexporteuren anzuknüpfen und französischen Käse und Wein nach Deutschland einzuführen.

Der Landwirtschaftskammer in Bonn stehen Kreise des Reichslandbundes nahe, die bei Gelegenheit des Abschlusses des deutsch-französischen Handelsvertrages Zeter und Mordio über die von Deutschland zugestandenen Weinkontingente geschrien haben. Was sagen die deutschen Weinbauern jetzt angesichts der Tatsache, daß diese Reichslandbündler das Treiben der Landwirtschaftskammer in Bonn zum mindesten dulden?

Vermischtes.

Drei Tote bei einem Grubenunglück.

Auf einer Grube in Ipswich sind die beiden leitenden Direktoren und ein Begleiter während eines Rundganges durch in Brand geratene Grubengase eingeschlossen worden. Nach mühseligen Rettungsarbeiten konnten die Verunglückten nur als Leichen geborgen werden.

Nach Genuß von Tee erkrankt.

In Lutry in der Westschweiz sind sieben Personen nach dem Genuß von Tee erkrankt. Zwei sind bereits an den Folgen gestorben.

Gattenmord.

In Montpellier hat eine Frau im Rausch ihren Mann erschossen und sich dann der Polizei gestellt. Als sie am nächsten Morgen vernommen wurde, konnte sie sich an nichts mehr erinnern.

Die Breslauer Sozialdemokratie steht trauernd an der Bahre eines ihrer Besten, des

Oberpräsidenten

Hermann Zimmer

Der Name Hermann Zimmer ist mit der Geschichte des Aufstiegs der Breslauer Arbeiterschaft aufs innigste verknüpft. Was er als bescheidener Funktionär der Partei, als Mitglied der Pressekommission, als Stadtverordneter, als Reichstagskandidat, als Abgeordneter der preußischen Landesversammlung und als Oberpräsident für die Sozialdemokratie in Breslau und in ganz Schlesien geleistet hat, das zu schildern, mangelt Zeit und Raum. Immer ist er all denen, die ihm nahestanden, ein treuer Freund, allen Kampfesgenossen ein unerschrockener Kamerad, allen, die mit ihm arbeiteten, ein leuchtendes Vorbild der Pflichterfüllung gewesen. Die Sozialdemokratische Partei wird ihn nie vergessen, der künftige Geschichtsschreiber der Breslauer Parteibewegung wird seinen Namen unter den Besten nennen.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

2352

In der Nacht vom 22. zum 23. April verschied in Breslau der

Oberpräsident der Provinz Niederschlesien

Herr Hermann Zimmer

Durch den Heimgang des Verstorbenen hat die Schlesische Funkstunde A.-G. einen besonders schweren Verlust erlitten. Als Mitglied und zeitweilig stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates stellte er seit Bestehen unserer Gesellschaft seine großen organisatorischen Fähigkeiten in den Dienst des Rundfunks, dessen in die Zukunft weisende Bedeutung für Volk und Staat, insbesondere für das Grenzland Schlesien, er frühzeitig erkannt hat.

Unvergänglich wird sein Name mit der Geschichte der Schlesischen Funkstunde verbunden sein.

Aufsichtsrat und Direktion der Schlesischen Funkstunde A.-G., Breslau

5449

Am 22. April, früh 5 Uhr, verstarb nach langem und schwerem Leiden meine liebe Frau und gute Mutter, Großmutter, Tante und Schwägerin

Frau Luise Münzer

geb. **Kittlaus**

im besten Alter von 44 Jahren.

Um stille Teilnahme bittend, zeigt dies tiefbetrübt an

Breslau, den 24. April 1928.

Rudolf Münzer nebst Angehörigen.

Beerdigung: Mittwoch, den 25 April, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Freireligiösen Friedhofes, Bunzlauer Straße, aus. — Trauerhaus: Steinauer Straße 6.

5450

Nach langem, schwerem Leiden verschied unsere Vereinswirtin

Frau Luise Münzer.

Ihr Andenken wird stets in Ehren halten

Lotterie-Verein „Hoffnung".

Beerdigung Mittwoch, den 25. April, nachm. 3 Uhr, von der Halle des Freireligiösen Friedhofes, Bunzlauer Str.

Am 22. April verschied nach langem Leiden unser Mitglied

Frau Luise Münzer

geb. Kittlaus

im Alter von 44 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Ortsverein Breslau.

Beerdigung: Mittwoch, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Freireligiösen Friedhofes, Bunzlauer Straße. Trauerhaus: Steinauer Straße 6. Distrikt 14

Verbesserte elegante

Frack-Anzüge

Herm. Mohaupt

Karlstraße 1, I. Tel. 51390

nähe Albrechtsstraße.

Gut verzinsen kann

19 Mk. an Sonntagsfeld. Nur persönlich kommen.

Reste

in Trage, Kittel, Schmuck, Kunstseiden • Stoffen Garn, Kinder, Bettwäsche, Futter, alles sehr billig, reiner Wert • Detail und Engros

Berthold Lippert

Seitenstraße 48 am Ring

Filialen: Ohlauer 17 und Weißgerberstraße 41

Bekleidungs-Kaufhaus

Moderner Aufgeweist

Reihe 1 bis Reihe 5

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Am Sonntag, den 22. April, verstarb unsere Kollegin

Luise Münzer

im Alter von 44 Jahren. 2357

Ein ehrendes Andenken werden ihr bewahren

Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau.

Beerdigung: Mittwoch, 25 April, 17 Uhr, von der Leichenhalle d. Freireligiösen Friedhofes, Bunzlauer Str.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Am 22 April verstarb unsere Kollegin

Elise Babe

im Alter von 36 Jahren. 2356

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung Breslau.

Beerdigung Mittwoch, 25. April nachm. 3 Uhr von der Halle III (Krematorium) in Grabschen.

Am 22. April verschied nach langem, schwerem Leiden unser Mitglied

Frau Elise Babe

im Alter von 36 Jahren.

Ehre ihrem Andenken! 2355

S.P.D. Ortsverein Breslau.

Beerdigung: Mittwoch, 25 April, nachm. 3 Uhr von der Halle III (Krematorium) in Gräbschen. Trauerhaus Renschestr. 20/21. Distrikt 9.

Das Haus der

billigen Preise!

*

Das Haus der

guten

Stapelqualitäten!

*

5445

In dieser Woche:

Tägliche Bedarfsartikel

mit

vielen billigen

Ausnahmepreisen

Konzerthaus

WAPPENHOF

Heute ab 4 Uhr:

Gr. heit. Nachmittag

Anschließend: 5447

Der beliebte Wappenhofball

Morgen Mittwoch

2 Vorstellungen

4 und 8 Uhr. Eintritt 25 Pf.

Die beste

Geschichte der Weltliteratur erzählt

von Paul Wiegler

mit zahlreichen Illustrationen

in den

Volkswacht-Buchhandlungen

Neue Graupenstr. 5, Neue Taschenstr. 11

zum Preise von M. **4.50**

Warum der Bergmann Sunlicht Seife schätzt:

Nur der unter Tag arbeitet weiss Licht, Sonne und Reinheit in vollem Maße zu schätzen.

Nichts hilft ihm so sehr wie die gute Sunlicht Seife; ihr reicher, wohliger Schaum löst im Nu selbst den ärgsten Schmutz. Er macht die schmierigste Arbeitswäsche duftig rein und weiss. Sunlicht Seife ist frei von allem Scharfen. Und wie prächtig reinigt und erfrischt sie den von Staub und Schweiss der Arbeit beschmutzten Körper! Auch deshalb ist Sunlicht Seife für die Gesundheit und das Wohlbefinden des Bergmannes unentbehrlich.

Sunlicht Seife ist die Seife des arbeitenden Mannes. Sie ist in jedem guten Geschäft erhältlich, denn sie ist für jedes Heim unentbehrlich.

Das Handstück zu 15 Pfg. — der große Würfel zu 35 Pfg, das Doppelstück zu 40 Pfg.

Teppiche Läufer, Divan- u. Steppdecken

ohne Anzahlung in 10 Monatsraten liefern

Agay & Glück, Frankfurt a. M. A. 133

Größtes Teppichversandhaus Deutschlands.

Schreiben Sie sofort! 11806

Die „**Frauenwelt**" den Frauen

Zum Lesen, Denken und Schauen!

„Frauenwelt"

eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes Preis 30 Pf

Zu bestellen b. allen Zeitungsträgern

Stadttheater

(Opernhaus)

Dienstag

20 bis 22.45 Uhr:

18. Abonn.-Vorstell.

Serie A

Die lustigen Weiber von Windsor.

Mittwoch

20 bis nach 22 Uhr

18. Abonn.-Vorstell.

Serie B 5432

„Josua"

Donnerstag

20 bis gegen 23 Uhr

18. Abonn.-Vorstell.

Serie E

Gastspiel

Elsa Kochmann

Die Fledermaus.

Lobe-Theater

Tel.: Ring 6774.

Dienstag 20 Uhr und täglich:

TOBOGGAN

Drama

von Gerhard Menzel.

Thalia-Theater

Tel.: Ring 6700.

Dienstag 20 Uhr und täglich:

Schwarz und Weiß

Komödie

von Sacha Guitry.

5434

Liebich-Theater

Tel.: Stephan 54646

Täglich 20 Uhr

Das internationale

Varieté-Progr.

Freitags Sensation

Schauspielhaus.

Opernstraße. 5433

Tel. Stephan 38300

Dienstag u. Freitag 20 Uhr:

Der Zarewitsch

Mittwoch 20 Uhr:

Eine Frau von Format.

Donnerstag 20 Uhr:

„Drei arme kleine Mädels"

Samstag 20 Uhr:

Zum 1. Male!

„Eine einzige Nacht"

Musik von Robert Stolz.

Sonntag nachm. 15½ Uhr:

„Die Zirkusprinzessin"

Sonntag u. täglich 20 Uhr:

„Eine einzige Nacht"

Wohnungen

Tausche

sonniges, 2fenstriges Zimmer, Küche und Entree, im Westen, gegen größere. Ohlauertor bevorzugt. Offerten unter Nr. 153 an die Volkswachtbuchhandlg. R. Graupenstr. 5.

Arbeitsmarkt

2 Korbmacher

(Mattenarbeiter) sucht

Paul Pilz, Stahl Jauer

Tragen Sie Qualitäts-Hüte

von

Schönfeld & Co.

größtes Spezialhaus Schlesiens für

Herrenhüte Mützen

vom einfachst bis zum allerfeinsten Genre.

Hauptgeschäft:

Schmiedebrücke 17/18

Ecke

Kupferschmiedestraße

Filialen:

„Hut-Palast"

Ohlauer Straße 20

Neue Schweidnitzer Straße 17

neb. Leipziger u. Kessler

Graupenstraße 12

vis-à-vis Börse

Bohrauer Straße 45

11613

In der „Volkswacht" haben

Stellen-Angebote

Erfolge ihrer großen Verbreitung in Arbeiterkreisen beste Erfolge

15

Für die Redaktion verantwortlich: Fritz Karsten, Breslau. — Anzeigenleiter: Gustav Fritsch, Breslau. — Anzeigenpreise: Tarif 4. — Druck u. Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., Breslau.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 24. April 1928.

Zum Tode des Oberpräsidenten.

Der Preußische Ministerpräsident hat an die Gattin des Verstorbenen folgendes Beileidstelegramm gerichtet:

„Zu dem schweren Verlust, den Sie durch den frühen Heimgang Ihres von mir hochgeschätzten Gatten erlitten haben, spreche ich Ihnen meine herzlichste Teilnahme aus.“

Der Preußische Innenminister richtete an Frau Zimmer folgende Beileidskundgebung:

„Auf die Nachricht vom Tode Ihres von mir hochgeschätzten Gatten spreche ich Ihnen namens der Staatsregierung mein tiefempfundenes Beileid aus.“

* * *

Die Beerdigung des Genossen Zimmer findet Donnerstag statt. Nach einer feierlichen Aufbahrung, mittags 1 Uhr im Oberpräsidium, erfolgt die Ueberführung nach dem Oswitzer Kommunalfriedhof. Innenminister Genosse Grzesinski wird im Auftrage der Preußischen Regierung an der Trauerfeier teilnehmen.

* * *

Die Familie des Oberpräsidenten Genossen Zimmer bittet, von Beileidsbesuchen Abstand nehmen zu wollen. Dafür ist Gelegenheit gegeben, sich im Oberpräsidium in ein Kondolenzbuch einzutragen. Das Buch liegt im Wartezimmer des Oberpräsidenten, Eingang Neumarkt, im 2. Stock, Zimmer 91, aus.

Achtung, Distriktsführer.

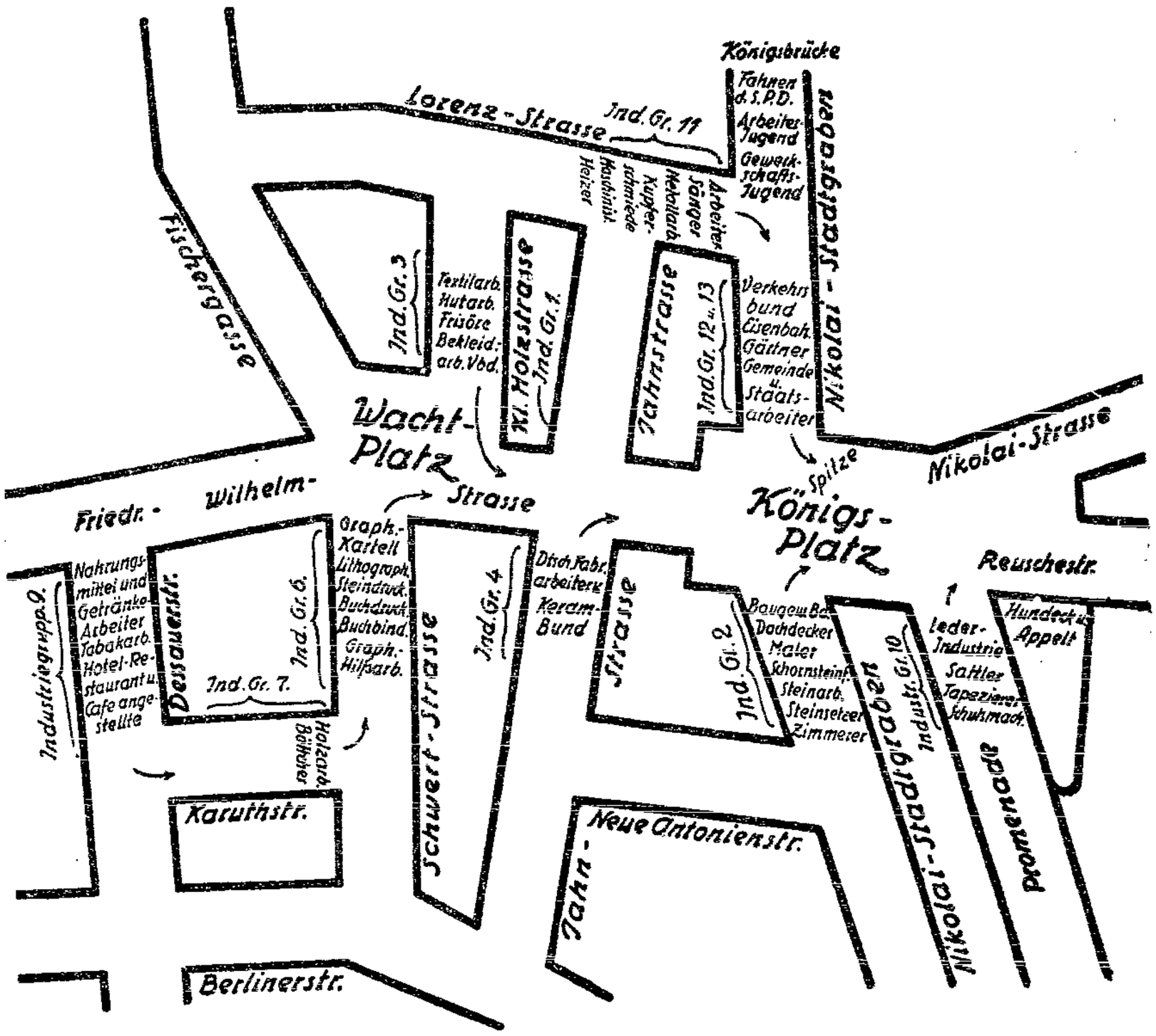
Donnerstag, mittags 1¾ Uhr, stellen sich alle Fahnendeputationen, die an der Beerdigung des verstorbenen Oberpräsidenten, Genossen Hermann Zimmer, teilzunehmen haben, an der Albrechtstraße von Lange-Holz-Gasse bis zur Schuhbrücke auf. Alle Parteigenossinnen und Parteigenossen, die sich irgendwie freimachen können, nehmen geschlossen an der Beerdigung teil.

Ein guter Auftakt zur Wahl

war der Frauenabend des Distrikts 32 am Sonntag bei Stanek, Neudorfstraße 99. Die Versammlung war so gut besucht, daß leider nicht alle Platz finden konnten. Oberpräsident Genosse Philipp sprach über: Die Wahl am 20. Mai, wobei er ganz besonders auf die schwere Arbeit der Sozialdemokratie vom Jahre 1918 hinwies, wo keiner den festgefahrenen Karren aus dem Dreck herausholen wollte. Zu diesen Lasten, die die Sozialdemokraten übernommen hatten, kam noch die Zersplitterung der Arbeiterschaft, so daß wir gegen zwei Fronten zu kämpfen hatten. Die maßlose Hetze von allen Seiten gegen uns brachte 1924 einen Rückschlag, der sich nun aber wieder zu unseren Gunsten wendet. Das beweisen die letzten Wahlen. Genosse Philipp wies auch nach, wie die Frauen zum großen Teile den Bürgerlichen nachlaufen. Die Zollpolitik, die jetzt vom Bürgerblock betrieben wurde, muß doch den Frauen zu denken geben, und am 20. Mai müssen alle der Sozialdemokratie ihre Stimmen geben. Dem Redner wurde starker Beifall gezollt. Hierauf folgten ernste und heitere Rezitationen, die einen genußreichen Abend auslösten. Die Distriktsleitung dankt hiermit allen, die zur Verschönerung des Abends beigetragen haben.

Aufstellungsplan der Gewerkschaftsgruppen

zum 1. Mai für den Umzug zum Messehof, 9½ Uhr.



Gewerkschafts- und Arbeiterjugend, Fahnen der SPD.: Nikolai-Stadtgraben hinter Verkehrsbund und setzen sich beim Abmarsch mit der Kindergruppe an die Spitze des Zuges.

1. **Industriegruppen 12 und 13** (am Nikolai-Stadtgraben):
   Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Gärtner, Eisenbahner, Verkehrsbund.
2. **Arbeitersänger.** (Reihen sich vor den Metallarbeitern ein.)
3. **Industriegruppe 11** (Lorenzgasse):
   Metallarbeiter, Kupferschmiede, Maschinisten und Heizer.
4. **Industriegruppe 1, Afabund.** Aufstellung wie in früheren Jahren an der Konditorei Hundeck & Appelt, vor der Lederindustrie.
5. **Industriegruppe 2** (Nikolai-Stadtgraben, südlich des Königsplatzes):
   Baugewerksbund, Dachdecker, Maler, Schornsteinfeger, Steinarbeiter, Steinsetzer, Zimmerer.
6. **Industriegruppe 3** (Kleine Holzstraße):
   Bekleidungsarbeiter, Friseure, Hutarbeiter, Textilarbeiter.
7. **Industriegruppe 4** (Jahnstraße, südlich der Friedrich-Wilhelm-Straße):
   Deutscher Fabrikarbeiterverband, Keramischer Bund.
8. **Industriegruppe 6** (Schwertstraße):
   Graphisches Kartell, Lithographen und Steindrucker, Buchdrucker, Buchbinder, Graphische Hilfsarbeiter.
9. **Industriegruppe 7** (Karuthstraße):
   Holzarbeiter, Böttcher.
10. **Industriegruppe 9** (Dessauerstraße):
    Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, Tabakarbeiter, Hotel-, Restaurant- und Caféangestellte.
11. **Industriegruppe 10** (Promenade, bei Hundeck & Appelt):
    Lederindustrie, Sattler, Tapezierer, Schuhmacher.

Die Kapellen reihen sich bei den Organisationen ein, die sie bestellt haben.

Die verbotene Wurst.

Eine Errungenschaft der Bürgerblockregierung.

Das Hauptzollamt Breslau-Süd schreibt uns:

Die Einfuhr von Wurst und sonstigen Gemengen aus zerkleinertem Fleisch, ferner von Fleisch in luftdicht verschlossenen Büchsen oder ähnlichen Gefäßen mit Ausnahme von Corned beef und La blanca lunch beef aus dem Auslande ist seit dem 1. April 1928 verboten. Gehen derartige Sendungen dennoch ein, so müssen sie entweder vernichtet oder zurückgesandt werden. Die Zollbehörde ist in keinem Falle in der Lage, dem Verbote zuwider Ausnahmen zuzulassen. Zur Vermeidung der sich hieraus für die Empfänger solcher Sendungen ergebenden Aergernisse empfiehlt es sich, den Personen im Auslande, die als Absender in Betracht kommen könnten, von dem Einfuhrverbot Kenntnis zu geben und sie zu bitten, von Wurst- usw. Sendungen abzusehen.

Wer ist Künstler?
Wer ist Aufhäuser?

Künstler ist der Vorsitzende der Berliner Parteiorganisation, der Reichswehr-Spezialist der Sozialdemokratie.

Aufhäuser ist der führende Sozialpolitiker des Reichstages, der Führer der Angestelltenverbände.

Kommt alle in ihre Versammlungen!

Rote Fahnen heraus!

Rüstet zur Maifeier! Laßt am 1. Mai an euren Häusern rote Fahnen wehen. Im Wahljahre 1928 gilt es, stärker als je am 1. Mai für unsere Ideale zu werben!

Oeffentliche Wählerversammlung in Zimpel.

Mittwoch, den 25. April, 20 Uhr, findet im Lokal Wittke, Zimpler Weg, eine öffentliche Wählerversammlung statt, in der Genosse Dr. Hamburger, M. d. L., über das Thema: „Des deutschen Volkes Schicksalsstunde“ sprechen wird. Alle Einwohner von Zimpel sind eingeladen.

Zur Nachahmung empfohlen!

Die Sektion der Tabakarbeiter (Zigarettenarbeiter) der Firma Halpaus beschlossen einstimmig, für den Wahlfonds der SPD. bis zur Wahl pro Woche 25 Pf. zu spenden.

Wer machts nach!

Einlaßkarten in den Zuhörerraum

zur Stadtverordneten-Versammlung sind im Parteisekretariat, Zimmer 37, gegen Vorzeigung des Parteimitgliedsbuches zu haben.

Die Schalmeien-Kapelle der Jungordner

marschiert heute Dienstag geschlossen in den Zentral-Ballsaal. Sammeln pünktlich 19,15 Uhr, Abmarsch am Mädchen 19,30 Uhr. Alle, die mitmarschieren wollen, müssen sich pünktlich einfinden.

Zwei Reichstagsabgeordnete

die Genossen Siegfried Aufhäuser u. Franz Künstler

sprechen heut abend 8 Uhr im Gewerkschaftshause und in den Zentralballsälen

7. Gautag des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen.

Am Sonnabend und Sonntag hielt der Reichsbund der Kriegsbeschädigten im Gewerkschaftshause zu Breslau seine diesjährige Gautagung ab. Transparent und Ehrenpforte, von schwarz-rot-goldenen Fahnen umweht, bewillkommneten die Delegierten am Eingang des Gewerkschaftshauses; in einem festlich geschmückten Saal fanden die Vertreter der Kriegsopfer für ihre zweitägigen Beratungen freundliche Aufnahme.

Nach Eröffnung der Tagung durch den Vorsitzenden Kamerad **Vogel**, der in kurzen Worten die zurückliegende Zeit vom letzten, 1926 abgehaltenen Gautag bis jetzt überblickte, überbrachte Kamerad **Pfänder** die Grüße des Bundesvorstandes, Kollege **Ruffert** begrüßte im Namen des Orts- und Bezirksausschusses des ADGB. und Kollege **Fuhrmeister** im Namen des ADBB. die erschienenen Delegierten.

Gauleiter, Kamerad **Praetel**, gab für die beiden zurückliegenden Jahre den **Geschäftsbericht des Gaues Schlesien**, aus dem eine außerordentliche Tätigkeit dieser Organisation zu entnehmen ist. Der Bestand an Spruchverfahren beim Versorgungsgericht beträgt 49 098 Anträge, 6330 Neuanträge sind hinzugekommen, 3754 Berufungsschriften sind ausgefertigt, 5596 Berufungen vertreten worden. 359 569 Mark konnten an Rentennachzahlungen, für manchen Kameraden oft mehrere tausend Mark, erzielt werden. Der Bestand an Rekursen (Berufungen) an das Reichsversorgungsgericht beträgt 11 172 mit einem Zugang von 2407 Neuanträgen; 1773 Berufungen wurden hier vertreten und 96 002 Mark Rentennachzahlungen herausgeholt. Aber auch bei den verschiedensten anderen Behörden fanden die Mitglieder geeignete Vertretungen durch die Bundesangestellten. Persönliche Auskünfte wurden in 23 Monaten in nicht weniger als 28 804 Fällen erteilt. Diese Zahlen geben ein Bild intensivster Arbeit, die in 54 Kreis- und 435 Ortsgruppen in Schlesien mit Hilfe einer nicht unbeträchtlichen Zahl ehrenamtlicher Mitarbeit geleistet wurde.

Gaukassierer, Kamerad **Stope** gab an Hand des **Kassenberichtes** ein ähnliches Bild von der großen Bedeutung des Bundes. Gegen 35 000 Mitglieder mustert der Bund allein hier in Schlesien, wovon allen in den letzten zwei Jahren 5000 hinzugekommen sind. Auch die Kassenverhältnisse sind als äußerst gesund zu bezeichnen. Nachdem der Berichterstatter noch ausführlich über die Abrechnungsverhältnisse im Gau gesprochen, gibt er seiner Ehrenpflicht Ausdruck, den besonderen Dank der Organisation und ihrer großen Zahl an ehrenamtlichen Funktionären auszusprechen, die durch ihre unermüdliche und uneigennützige Mitarbeit das ihrige dazu beigetragen haben, daß auch in der jetzigen Berichtszeit eine gute Entwicklung und ein weiteres Wachstum in der schlesischen Organisation festgestellt werden konnte.

Nach einer kurzen Nachmittagspause wurde die Tagung mit der Aussprache über die Berichte fortgesetzt. Hier wurden die verschiedensten Wünsche und Anregungen gegeben, die Zeugnis von dem lebendigen Geist, der diese Organisation beherrscht, ablegten. Aber auch die mannigfaltigen Nöte der Kriegsopfer und ihr oft schwerer Kampf mit den Behörden kam in dieser Diskussion zum Ausdruck. Eine lebhafte Debatte entspann sich über die Frage der religiösen und politischen Neutralität des Bundes. Wenn man auch die politische Neutralität auch weiterhin wahren will, so wird man sich doch auch in Zukunft an die Parteien zu halten wissen, bei denen die Interessen der Organisation am besten wahrgenommen werden.

Reichstagspräsident Genosse **Löbe** hatte es sich nicht nehmen lassen, an diesem Nachmittag der Tagung einen kurzen Besuch abzustatten und die Stellung des bisherigen Reichstages zu den Forderungen der Kriegsopfer in kurzen Ausführungen darzulegen. Durch einen bessergewählten Reichstag werden sie größere Beachtung und Unterstützung finden. Lebhafter Beifall bekräftigte diese Auffassung.

Die vorgenommenen Wahlen ergaben die Wiederwahl der Kameraden **Vogel**, erster Vorsitzender, **Praetel**, zweiter Vorsitzender, **Stope**, Gaukassierer und **Rogoll**, Schriftführer. Als Beisitzer wurden gewählt: Frau **Heilig**-Breslau, **Gallasch**-Brieg, **Schulz**-Glogau, Frau **Winkler**-Friedland, **Hauschild**-Ratibor, Frau **Drobek**-Oppeln und **Springer**-Liegnitz.

Zu Beginn des zweiten Tages nahmen zu kurzen Begrüßungen zunächst die Vertreter der einzelnen Behörden das Wort. Oberregierungsrat **Gerstenberg**, das Hauptversorgungsamt vertretend, bekundete das Vertrauen des Bundes zu den Versorgungsämtern. Landesrat, Genosse **Tilch**, der für den Landeshauptmann erschienen war, wünscht, daß der Kampfwille der Kriegsopfer nicht erlahme, damit die Fürsorge, insbesondere in ländlichen Kreisen noch weiter ausgebaut werde. Ein erfreuliches Bild zeigte die Zusammenarbeit der Kriegsbeschädigtenorganisation mit der Stadt Breslau; diese Gemeinde gewährt nunmehr die kostenlose unbegrenzte Heilbehandlung für Kriegsbeschädigte. Für die drei schlesischen Bezirksorganisationen der Sozialdemokratie begrüßte Genosse **Mache** diese Tagung, und wünscht, daß der „Dank des Vaterlandes“ in einer besser zusammengesetzten Regierung in wirksamerer Weise als bisher den Kriegsbeschädigten gezollt werden möge.

Anschließend nahm dann Bundesvorsitzender, Kamerad **Pfändner**, das Wort zu einem groß angelegten Referat über „Unsere Forderungen für die weitere Ausgestaltung der Versorgung und Fürsorge“. Wohl ist ein Teil der Forderungen des Bundes erfüllt, ein anderer aber durch die Inflation wieder zunichte gemacht worden, während noch ein großer Teil der Forderungen zu erkämpfen ist. Die Absicht der Regierung, die Versorgungsstellen ihrer Selbständigkeit zu entkleiden und sie der Reichsfinanzverwaltung zu unterstellen, ist bisher dank der Initiative des Bundes verhindert worden. Die **Versorgung und Fürsorge der Kriegsopfer** wird heute noch immer als eine drückende Last, am allerwenigsten als soziale Pflicht, angesehen. Zu dieser Auffassung tragen die industriellen Kreise einen wesentlichen Teil mit bei, wenn sie mit nicht mißzuverstehender Betonung immer vom „Wohlfahrtsstaat“ sprechen. Den **Hinterbliebenen** konnte diese Reichsregierung keine Aufbesserung der Bezüge bringen, wenige Prozent Zulage wurden sehr rasch durch Mieten- und Preissteigerungen wieder illusorisch gemacht. Recht merkwürdig zeigt sich die Versorgung der Kriegsopfer im Lichte des Reichsetats. Auf der einen Seite die hohen Pensionen der gesunden Offiziere, während für die verletzten, schwerbeschädigten und kranken Kriegsteilnehmer keine größeren Mittel vorhanden sind. Der Antrag der Sozialdemokratie, die Offizierspensionen auf höchstens 12 000 Mark zu begrenzen, wurde abgelehnt. Heute sind diejenigen, die im Kriege die letzten waren, die ersten. Die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen fordern kein Faulenzerleben, sie wollen nur eine der heutigen Lebenshaltung angepaßte Unterstützung. Dazu ist aber notwendig, daß mit der heutigen [illegible] Schluß gemacht wird. Wenn der frühere Reichswehrminister Geßler die Traditionen des alten Heeres hochhalten will, so wäre die erste Pflicht eines solchen Gedenkens die ausreichende Versorgung der **Kriegsopfer**. Wie weit man aber davon heute entfernt ist, zeigt allerdeutlichst der Reichswehretat. Viele Millionen für Panzerkreuzer und Erweiterungen, für soziale Zwecke fehlen angeblich immer die Mittel.

In der ganzen **Rentengesetzgebung** herrscht keine solche starke **Kürzungstendenz**, als bei den Zuwendungen der Hinterbliebenen. Dabei erhält eine Hinterbliebenen-Witwe nur monatlich [illegible] Mark mit [illegible] Mark Zusatzrente; ein Elternpaar [illegible] Mark mit [illegible] Mark Zusatzrente. Es ist falsch, die heranwachsenden Kinder aus der Rentenversorgung auszuschalten; der Standpunkt, daß der Gefallene der Ernährer der Familie gewesen, muß bestehen bleiben. Für die Zukunft ist eine **erweiternde Altersversorgung** zu fordern, [illegible] **Teilung von Rente und Zusatzrente** ist ungerecht und erfordert nur unnötige Verwaltungskosten. Hieraus [illegible]

besser Mittel für die individuelle, vorsorgende Fürsorge freigemacht werden. Die Entscheidung der Fürsorgestellen sind oftmals unverständlich; Mitbestimmung und Mitverantwortung der Kriegsbeschädigten-Organisation ist darum zu fordern. Es ist ein unerträglicher Zustand, wenn es noch so viele unbeschäftigte Kriegsverletzte und Schwerbeschädigte gibt, und andererseits soviel von „sozialer Belastung“ gesprochen wird. Diese Opfer des Krieges treiben keine Rentenschinderei, sondern wollen Arbeit. Der **Kündigungsschutz** und die **Schwerbeschädigtenfürsorge** muß auch Ausdehnung auf Kriegsverletzte unter 50 Prozent Anwendung finden. Im Reichsetat stehen für **Ansiedlung** von Kriegsbeschädigten nur 5 Millionen zur Verfügung, es würde 322 Jahre dauern, bis alle 40 000 tuberkulose rentenberechtigte Kriegsbeschädigte mit diesen Mitteln untergebracht wären. Noch vieles ist ausbesserungsfähig und gilt es durchzusetzen. Das kann aber erreicht werden, da wir heute die Möglichkeit haben, im Staate mitzuwirken; wir müssen alle Möglichkeiten und Kräfte in Anspruch nehmen, um der Weimarer Verfassung zu einer sozialen Macht zu verhelfen und unsere Gesetze im Reichstag zur Durchsetzung zu bringen. Mit einem wuchtigen Appell, bei Wahlen nur den Linksrepublikanern und nicht den sogenannten Vernunftrepublikanern die Stimme zu geben, um mit ihrer Hilfe der heutigen Staatsform sozialen Inhalt zu geben, schloß der Redner seine inhaltsreichen, mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Dem Referate folgte eine kurze Aussprache, die sich hauptsächlich mit Fragestellungen befaßten, auf die der Redner in einem Schlußwort noch näher eingehen konnte.

Der übrige Teil des Tages wurde mit der Regelung der organisatorischen Fragen ausgefüllt, wie auch die Satzung des Gaues angenommen. Auch hier zeigte sich trotz verschiedener Meinungen der echt kameradschaftliche Geist, in dem all diese Dinge geführt wurden, und der auch dieser Tagung einen äußerst erfreulichen Verlauf sicherte. Mit solcher Feststellung und einem dreifachen Hoch auf den Bund konnte Kamerad **Praetel** den diesjährigen Gautag schließen. Und die Vertreter der Kriegsopfer — wievielen sah man schon äußerlich ihre Kriegsbeschädigung an — gingen mit dem Bewußtsein auseinander, daß wohl wieder ein Stück Arbeit geleistet worden war, aber noch viel zu schaffen übrig bleibt; denn letztlich muß ihre Selbsthilfe sich das erringen, was ihnen als „Dank des Vaterlandes“ wohl leichtfertig versprochen, aber nicht gehalten wurde.

Am 20. Mai

vereinigen sich die Stimmen der Wähler, die für die

Sozialdemokratie

abgegeben werden und den Bürgerblock zerschlagen wollen, auf die

Liste Nr. 1

Das „Bruderblatt“ an der Quasselstrippe.

In großer Aufmachung befaßt sich die sogenannte „Arbeiter-Zeitung“ mit einer Lohndifferenz in unserem Betriebe, bei der die Buchdrucker kurze Zeit die Arbeit ruhen ließen. Sie schwindelt: „Während die Gehälter der Redakteure und Geschäftsführer um Hunderte von Mark erhöht wurden, wagt man es, nicht einmal die bescheidenen Forderungen der Belegschaft zu erfüllen“.

Wirklichkeit ist, daß Redakteure und Geschäftsführer nach den Bestimmungen des Vereins Arbeiterpresse bezahlt werden und ihre Gehaltsfragen seit Jahr und Tag nicht zur Verhandlung gestanden haben. Was uns aber veranlaßt, auf das Geschreibsel des Kommunistenblattes einzugehen, das von uns in der Regel verdientermaßen unbeachtet bleibt, ist folgendes: Dieser Tage läutete das Telephon und der Geschäftsführer der sogenannten „Arbeiter-Zeitung“ ließ sich so vernehmen: „Sagen Sie, Genosse (!) Dittmann, wir sind doch jetzt in wirtschaftlicher Hinsicht durch die Lohnerhöhungen sehr belastet. Wie stellen Sie sich zur Frage einer Erhöhung der Bezugspreise?“

Die „Volkswacht“ muß es natürlich ablehnen, mit dem „Bruderblatt“ irgendwelche wirtschaftliche Vereinbarungen zu treffen.

Der faschistische Konsul berichtete,

wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, sehr eingehend über unseren Reisebericht und seinen „Berichtigungserfolg“ an seine Regierung. Wahrscheinlich hofft er auf diese Weise seine noch nicht allzu alte faschistische Ueberzeugung — es gibt einen bekannten italienischen Gewerkschaftler, der hierüber Näheres zu berichten in der Lage ist — zu demonstrieren und unter Umständen befördert zu werden. Er betrachtete schon seine Berufung nach Breslau als Avancement und war sehr böse, als wir dies bezweifelten. Aber eine weitere und erkennbarere Beförderung wäre ihm bzw. seiner Frau sicher nicht unangenehm. Einmal, als **Giolitti** noch nicht zum einsamen Vertreter eines Rumpfparlaments geworden war, schrieb Herr **Chiusane** ein Buch, in dem er diesen von Faschisten gehaßten Staatsmann des italienischen Liberalismus feierte und sich alsdann „Dichter“ nannte. Das war einmal, wie es im Märchen heißt, zu jener Zeit, als der faschistische Konsul noch mit Eifer die sozialistische „Critica Soziale“ las. Die Zeiten ändern sich und wir mit ihnen — daher auch der amüsante Bericht nach Rom.

Achtung! **Achtung!**

Hoppla, wir wählen!

Die Wahlrevue der Jung-Sozialisten. Uraufführung im großen Saal des Gewerkschaftshauses, am 1. Mai 1928, 20 Uhr.

Vorspiel:

1. Bild: Bürgerblock-Hochzeit.
2. Bild: Der Krach.
3. Bild: Schulidyll.
4. Bild: Justitia, die Göttin.
5. Bild: Phöbus, der Sonnengott.
6. Bild: Wer will unter die Soldaten?

Drei Minuten Gehör.

7. Bild: Des Pudels Kern.
8. Bild: Achtung, Achtung, hier SPD.!

* * *

Im Anschluß daran der große Russenfilm: „**Panzerkreuzer Potemkin**“.

Neue Prospekte beim Verkehrsverein Breslau.

In der letzten Woche sind beim Verkehrsverein neue Prospekte von nachstehenden Orten eingegangen: aus Schlesien: Münsterberg, aus dem übrigen Deutschland: Finsterbergen in Thüringen, Bad Salzelmen, Schonach, Tegernsee, Rudolstadt, Lenzkirch, Binz, Chiemgau, Nürburg-Ring, Rottweil a. Neckar, Neckertal, Bäder und Kurorte im Schwabenland, Biberach an der Rieß, Gasthöfe usw. in Württemberg und Hohenzollern, Bad Oldesloe, Frankfurt a. M., Ostseebad Lauterbach, Harz, Schmalkalden, Ulm, Pressa Köln, Oberstdorf, Paderborn, Ostseebad Thiessow, Bad Aibling, Bad Soden, Kochel a. d. Mosel, Bad Harzburg, aus dem Ausland: Oesterreich: Wörthersee, vier Tage in Wien, Millstadt a. See, Tschecho-Slowakei: Gräfenberg-Freiwaldau, Bad Pistyan, Schweiz: Montreux, Ragaz, Vulpera, Bürgenstock, Croix-Les Rasses, Bönigen, Wengeralp, Engelburg, Schweizer Jura, Martigny, Stanserhorn, Appenzellerland, Rigi, Genf, Gotthardbahn, Luzern, Pilatus, Braunwald, Axenstein, Meiringen, Andermatt, Leukerbad, Seewis, Grindelwald, Weggis, Mürren, Lausanne, Flims, das Bergell, Klosters Zinal.

Die Prospekte sind in den beiden Auskunftsstellen des Verkehrsvereins im Hauptbahnhof und Am Hauptbahnhof 1, I, erhältlich.

Gemeinnützige Baugenossenschaft der Polizeibeamten Breslau-Krietern.

In der **Generalversammlung** gab der Vorsitzende **Schlesinger** den Geschäftsbericht über das Geschäftsjahr 1927. Die Entwickelung der Genossenschaft sei als sehr günstig zu bezeichnen, denn 79,73 Prozent der Mitglieder sind mit Wohnungen bedacht worden. Leider mußte die Genossenschaft den Gedanken: „Jedem sein eigenes Heim auf eigener Scholle“ zu schaffen, zurückstellen. Leider sind 90 Prozent der Mitglieder in den unteren Besoldungsgruppen nicht in der Lage, so viel Eigenkapital aufzubringen, wie zum Bau eines Eigenheims erforderlich ist. Das enorme Emporschnellen der Preise für die einzelnen Baustoffe droht die gesamte Bautätigkeit zu erdrosseln. Ziegeln sind innerhalb eines Jahres von 36,50 Mark auf 55 Mark, Holz ist von 48 Mark auf 75 Mark bis 80 Mark in die Höhe gegangen. Die anderen Baustoffpreise haben sich dieser Aufwärtsbewegung angeschlossen, sodaß der Gestehungspreis einer Wohnung in den bescheidensten Grenzen von Jahr zu Jahr teurer wird, sodaß sämtliche Genossenschaften, so auch unsere, der Geldbeschaffung mit großer Sorge entgegensehen.

Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt und besteht aus dem Vorsitzenden **Schlesinger**, dem Schatzmeister **Feldewart** und dem Schriftführer **Krischowski**. In den Aufsichtsrat gewählt wurden die Genossen **Walter**, **Klein**, **Kahl**, **Bittner**, **Albrecht**, **Gottschling**, **Nitschke** Wilhelm, **Golenhofen**, **Sassin**, **Kaliwoda**, **Heptner**, **Dehmel** und Regierungs- und Baurat **Dungi**. Der Vorstand wurde ermächtigt, die für die im Baujahr 1928 zu errichtenden 53 Wohnungen erforderlichen Anleihen aufzunehmen.

Lustspielwoche

in den

Gewerkschaftshaus-Lichtspielen

Morgen Mittwoch, den 25., Donnerstag, den 26. und Freitag, den 27. April, 5 und 8 Uhr:

Moral

Der Sittlichkeitsverein in der Kleinstadt

Auf vielfachen Wunsch bringen wir diesen Film noch einmal.

Dazu:

Der keusche Josef

und

Oswald und die Straßenbahn

Sie lachen sich krank bei diesem Filmprogramm!

Für Jugend verboten!

Arbeiter-Sportkartell e. V.

Theater und Musik.

Stadttheater.

„Mona Lisa.“

Gastspiel **Max von Schillings** und **Barbara Kemp**.

In der allgemeinen Geburtstagsfeier des sechzigjährigen Max von Schillings beteiligte sich auch unsere Oper mit einer Aufführung der „Mona Lisa“, an der der zu Gast geladene Komponist und seine Gattin mitwirkend teilnahmen. Im Schaffen Schillings' stellt die „Mona Lisa“ einen bedeutenden Wendepunkt dar; der in seinen musikalischen Mitteln und in seiner Ausdrucksweise ganz und gar vom Wagner abhängige Nachläufer macht sich durch Erzeugung eines [illegible] Stiles mit einem Mal frei und selbständig, aber auch seine dramatische Einstellung ändert sich mit dem von Beatrice Dovsky bearbeiteten neuen Stoff. Weiche, verschwommene Spiel macht zugleich einer robusten Kinodramatik Platz. Mit der „Mona Lisa“, an deren noch nicht verminderter Bühnenwirksamkeit der Komponist [illegible] Anteil hat, machte sich Schillings erst einen Namen.

Der Erfolg dieses Werkes hängt hauptsächlich von der Vertreterin der Titelpartie ab. **Barbara Kemp**, die sie schon unzählige Male sang, ist mit dieser Rolle auf das engste verwachsen. In einer Gestaltungsweise wirkt sich das aus, mit der sie dem [illegible] Wesen der [illegible] Dame eine ganze Reihe reizvoller Momente abgewinnt, besonders aufregend, als sie zur [illegible] Helden und [illegible] Gatten mit [illegible] Gebärde in den sicheren Tod expediert. Aber dieses [illegible] Spiel ist nicht mehr frei von abgespielter Geste, [illegible] bereits der Routine. Auch der [illegible] Ausdruck [illegible] des [illegible]. Immerhin [illegible] Sie an mehr als einer Stelle Triumphe. Frau Kemp hatte zwei [illegible] Gegenspieler. In **Karl** [illegible] ein ausgezeichneter Francesco, der den nach einem Lächeln, nach einem einzigen liebevollen Wort seiner wächsernen Gattin gierenden Ehemann spannend und überzeugend nachzeichnet, so bleibt **Peter Unkel** als Nebenbuhler Giovanni leider blaß und unbedeutend und selbst stimmlich unzureichend. Im Liebesduett, dem musikalischen Höhepunkt des ganzen Werkes, versagte er völlig und war gezwungen, sich auf ein recht jammervolles Falsettieren zu verlegen. — Die musikalische Leitung hatte der Komponist inne, der seine bedeutenden Führereigenschaften auch hier von neuem bewährte und mit dem sehr elastischen Orchester selbst über die Klippe des versagenden Tenors hinwegsteuerte. — Die beiden Gäste wurden vom ausverkauften Hause mit Beifall überschüttet.

„Die Walküre.“

Auch der szenisch ebenfalls nicht neueingerichteten zweiten Aufführung des „Ring“-Zyklus hat sich in Vertretung des erkrankten Herrn Cortolezis **Helmut Seidelmann** angenommen. Seiner energischen musikalischen Leitung war der Wille anzumerken, trotz der plastischen Hervorhebung des Melodischen den klanglichen Fluß nicht leiden zu lassen. Walter **Wartchs** Wotan hatte schon etwas mehr Farbe als sein an sich weniger hervortretender „Rheingold“-Gott, Mimik und Gebärdenspiel sind aber immer noch zu knapp, um die Dialog- und Monologlängen abschwächen zu können. So bleibt sein Hauptwirkungsmittel die Stimmentfaltung, die ihm auch, dank seiner gesunden Stimmmittel bei sparsamerer Haushaltung bis zum Schluß möglich gewesen wäre. Eine außergewöhnlich starke, eindrucksvolle und durchweg persönlich gefärbte Brünnhilde gab Klara **Kleppe-Schönfeld**, in tonlicher und gesanglicher Formung gleich bedeutend. **Unkels** Siegmund, die Sieglinde der **Geyersbach**, **Wittekopfs** Hunding und Herta **Böhlkes** Fricka sind wiederholt gehörte und gewürdigte Besetzungen. Das Ensemble der Walküren wird noch einer Prüfung zu unterziehen sein, in der neuesten Zusammensetzung ist das Stimmenmaterial weder im Klang noch im Ausdruck verschmolzen.

W. S—der.

Der Motorradunfall auf der Landstraße.

Der Schachtmeister Hermann Bergunder aus Klein-Mochbern hatte im Oktober v. J. mit seinem neuerworbenen Motorrad seine erste Spazierfahrt von Klein-Mochbern nach Groß-Mochbern gemacht. Auf dem Soziussitz hatte er einen Freund mitgenommen. In der Nähe der Lohebrücke kam der Motorradfahrer plötzlich auf den Sommerweg, wo gerade in dem Augenblick die Radfahrerin Frau Böhm vorüber kam. Er stieß an deren Fahrrad, so daß Frau B. zur Erde stürzte. Sie erlitt eine schwere Gehirnerschütterung, so daß sie drei Wochen im Krankenhause zubringen mußte. Noch jetzt hat sie erheblich unter den Nachwirkungen des Sturzes zu leiden. Gegen Bergunder wurde Anklage wegen fahrlässiger Körperverletzung erhoben. Am Montag vor dem Kleinen Schöffengericht erklärte er den Unfall damit, daß er an der Unfallstelle über irgendein Hindernis gefahren sei, denn das Rad habe plötzlich einen Ruck bekommen und sei dadurch auf den Sommerweg hinübergekommen. Diese Angaben unterstützte auch der Freund, der auf dem Soziussitz mitgefahren war. Das Gericht war der Ansicht, daß diese Angaben nicht zu widerlegen seien. Es sprach deshalb den Angeklagten frei. Da er aber bei dem Unfall seinen Führerschein nicht bei sich hatte, den er erst am Tage zuvor bekommen hatte, verurteilte ihn das Gericht deshalb zu 10 Mark Geldstrafe.

Der Schandparagraph.

Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit hatten sich am Montag drei Personen wegen gewerbsmäßiger Abtreibung und Beihilfe dazu vor dem Schwurgericht zu verantworten. Eine vierte Angeklagte hat in der vergangenen Woche Selbstmord verübt. Das Gericht nahm bei der Hauptangeklagten, der 28 Jahre alten Buchhalterin Sch. nicht gewerbsmäßige, sondern einfache Abtreibung in zwei Fällen an und verurteilte sie zu vier Monaten Gefängnis; zwei Wochen wurden ihr auf die Untersuchungshaft angerechnet und der Haftbefehl gegen sie aufgehoben. Der Staatsanwalt hatte zwei Jahre Gefängnis beantragt. Die beiden Mitangeklagten erhielten je zwei Wochen Gefängnis. Die Straftaten waren im Jahre 1926 begangen worden.

Der Sittlichkeitsverein in der Kleinstadt.

Diese ergötzliche Filmkomödie läuft noch einmal an drei Tagen in den Gewerkschaftshaus-Lichtspielen. Gegen 5000 Besucher wohnten vor Wochen der ersten Vorführung bei. Diese ungeheure Besucherzahl vergoß Tränen vor Lachen bei diesem Film. Neu dazu kommen zwei weitere sehr lustige Filme, so daß sie 2½ Stunden aus dem Lachen nicht herauskommen werden. Achten Sie bitte auf das Inserat.

* **Sein 25jähriges Arbeitsjubiläum** feiert heute der Kärrner Ernst Heinrich, ein alter, treuer Leser der „Volkswacht“.

* **Sein 30jähriges Ehejubiläum** feiert heute unser Genosse Konrad Weiner, Bärenstraße 5, mit seiner Ehefrau. Die „Volkswacht“ ist während der ganzen Dauer der Ehe in der Familie, und der Partei gehört Genosse Weiner seit vielen Jahren an. Wir gratulieren herzlich!

* **Die neue Uhr der Regierung** ist heute wohl die schönste Uhr Breslaus. Durch das dreifarbige 24-Stunden-Zifferblatt und die gefälligen Birnzeiger wirkt die Hausuhr im Regierungsgebäude am Lessingplatz jetzt klar ausdrucksvoll und vorbildlich. Diese Erneuerung ist das wohlgelungene Werk des Uhrmachers Albert Mömius jr., Schmiedebrücke, (Eingang nur Kupferschmiedestraße). — Noch manche öffentliche Uhr Breslaus hat eine Modernisierung dieser Art nötig.

* **Von seinem Herrgott abberufen** wurde in Zobten der frühere Pastor Zickermann von der Lutherkirche. Vor annähernd dreißig Jahren führte er auf dem Oswitzer Friedhofe einen grimmen Kampf gegen rote Kranzschleifen. Sein Treiben wurde von unseren Genossen Bruhns und Schütz wiederholt in der Stadtverordnetenversammlung zur Sprache gebracht, doch ohne Erfolg. Gegen die „Volkswacht“, die seine „Zicken“ gehörig kritisierte, stellte Zickermann Strafantrag und erreichte gegen den Redakteur eine ganz empfindliche Freiheitsstrafe. Der beste Verkünder der Nächstenliebe war er jedenfalls nicht.

* **Der Inhaber von Bräuers Festsälen,** Gabitzstraße 22, Paul Bräuer, bittet uns, mitzuteilen, daß auch er dem Bürgerblock gegen die Arbeiterschaft seine Unterschrift nicht geliehen hat.

* **Staatliche Zahntechnikerprüfung.** Unter dem Vorsitz des Oberregierungs- und Medizinalrates Dr. Bräuer fand vom 15. bis 21. April d. J. in Breslau eine Staatliche Zahntechnikerprüfung statt, der sich neun Herren unterzogen. Die Prüfungskommission wurde außer dem Vorsitzenden von dem Direktor der Breslauer Schulzahnklinik Dr. Schnitzer und den Dentisten Franz Puppe sen. und Alfred Hammermüller gebildet. Es bestanden die Prüfung die Dentisten Erich Schindler-Glogau, Theodor Kühnelt-Strehlen, Waldemar Engelmann-Slawentzitz OS., Paul Leitgeb-Penzig OL., Otto Rahn-Bunzlau, Paul Zeuchner-Groß-Mochbern, Karl Pätzold-Brieg, Wilh. Mozeik-Annaberg, Otto Brause-Penzig OL.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36
Telefon: Ohle 5652

Frauenleiterinnen! Maifeierabzeichen zum Verkauf sind bei dem Genossen Blanck im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Gewerkschaftshaus, Neubau, 3. Stock, abzuholen.

Abteilung Innere Stadt (Distrikte 19, 34). Morgen 19 Uhr wichtige SO.- und Funktionärsitzung bei Krause, Neue Weltgasse 42. Sämtliche Funktionäre und Wahlhelfer müssen erscheinen.

Distrikt 7. Morgen abend 8 Uhr Funktionär- und Wahlhelfersitzung bei Arit, Berliner Straße 82. Genossen! Erscheint zu wichtiger Arbeit!

Distrikt 19. Morgen, 20 Uhr, Bastelabend bei Krause, Neue Weltgasse 42.

Distrikt 24. Die Frauenversammlung findet am Donnerstag nicht statt.

Distrikt 29. Sämtliche Funktionäre treffen sich heute abend 6 Uhr bei Krehl, Bahnhof-, Ecke Palmstraße. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung darf keiner fehlen.

Distrikte 30/40. Morgen abend 8 Uhr Bastelabend bei Hartmann, Lehmgrubenstraße 50. Gäste willkommen!

Jungsozialisten.

Gruppe Strehlener Tor-Gräbschen. Mittwoch, pünktlich 20 Uhr, Vortrag des Genossen Krumschmidt über den Bürgerblock.

Sozialistischer Jungordnerdienst.

Abteilung Nord (SAB.) Wir treten heute Dienstag abend, pünktlich 7,15 Uhr, am Wäldchen an.

Abteilung Ost (Liebknecht). Wir treffen uns um 19 Uhr am Mauritiusplatz.

Kapellen. Beide Kapellen treten heute um 7,15 Uhr am Wäldchen an. Das Erscheinen ist für jeden Ehrensache.

Der gemeinsame Abmarsch zum Zentralhallsaal, an dem sich auch die Genossen beteiligen können, erfolgt pünktlich 7½ Uhr vom Wäldchen. Zu diesem Zeitpunkt muß alles unbedingt anwesend sein.

Sozialistische Arbeiterjugend.

Jugendgenossinnen und -genossen von den Heimen 2, 4, 7 und 8. Freitag kommen wir alle um 8 Uhr in der Baracke an den Teichäckern zu einem aktuellen Abend zusammen. Thema: „Fortbildungsschüler im Gefängnis“. Genosse Dark wird uns darüber berichten. Neunundzwanzig Lehrlinge sind im vorigen Jahre ins Gefängnis eingeliefert worden. Dieser Zustand muß endlich ein Ende finden. Jeder muß deshalb am Freitag erscheinen, damit wir in den Fortbildungsschulen alle Schüler aufklären können über diese Erziehungsmethoden.

Obleute. Bis zum 25. April sind die Monatsprogramme für Mai an den Vorsitzenden abzuliefern.

Sprechchor. Heute abend ist jedes Mitglied bestimmt anwesend. Wir halten Disziplin trotz großen Versammlungen. Texte werden ausgegeben. Neuaufnahmen werden noch vorgenommen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Der Ortsverein Breslau nimmt an der Beerdigung des Oberpräsidenten Hermann Zimmer teil. Sämtliche Fahnenabordnungen und alle Kameraden, deren Zeit es erlaubt, stehen am Donnerstag, den 26. April, um 14 Uhr abmarschbereit in der Schuhbrücke, Spitze Albrechtstraße.

Abteilung Nord. Mittwoch, den 25. April, 19.15 Uhr, am Schießwerderplatz, Spitze Rosenthaler Straße. Antreten der Abteilung Nord, sämtlicher Fahnenabordnungen des Ortsvereins und des Spielmannszuges Nord.

Abteilung West. Heute Dienstag Antreten aller Kameraden, die der SPD. angehören, zum SO. 18,30 Uhr bei Graf.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell.

Z.d.A.-Jugend. Heute 19,30 Uhr Heim 1: Treffen aller Jugendmitglieder vor dem Heim, Taschenstraße 31. Heim 2 trifft sich um dieselbe Zeit vor dem Volksschulhause Posener Straße 12 (Auch bei schlechtem Wetter.) Näheres dort. Donnerstag, den 26. April, 20 Uhr, für beide Heime gemeinsam im Heim 1, Taschenstraße 31, Vortrag über das Thema „Antisemitismus und wir“. Referent: Landesrat Tilch. Jugendfreunde, erscheint recht zahlreich zu diesem aktuellen Vortrage und bringt neue Freunde mit. Die Bilder von unserer Osterfahrt sind ebenfalls dort zu haben.

Von den Arbeiterkinderfreunden.

An alle Falken und Kinderfreunde. Rüstet eifrig zum 1. Mai, dem Weltfeiertag der Arbeit. Nur eine Woche trennt uns noch von ihm. Nutzt die Zeit, um den Feiertag zu dem schönsten Erlebnis zu gestalten. Lernt noch fleißig unsere schönen, freudigen Freiheitslieder, sorgt für den Schmuck der Fahnen und Wimpel. Der 1. Mai wird für die Breslauer Kinderfreunde besonders bedeutungsvoll, da wir uns zum 1. Mai den Falkentitel anziehen. Wir wollen an dem Tage bekennen, daß wir zur Arbeiterklasse gehören und willens sind, die Aufgaben der Roten Falken als Kinder der neuen Zeit zu erfüllen.

Helfer. Die Gymnastik muß leider Dienstag ausfallen, da Helfersitzung in der Baracke stattfindet. Thema: „Kinderfreunde und Wahlen“. Wer Kittel und Kleider zu lochen hat, besorgt diese sofort zu Kirschke.

Bund der Freidenkerjugend.

Heute, 20 Uhr, spricht Gesinnungsfreund Tschöpe über: „Wie entstand das Leben auf der Erde“.

Amtlicher Wetterbericht
des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)

Die im Westen und Norden des Erdteils herrschende Zyklonentätigkeit greift zunächst auf die Wetterlage Mitteleuropas noch nicht über. Die Sudetenländer sind gegenwärtig in den Bereich etwas milderer, vom Balkan und Südrußland stammender Luftmassen gelangt; sie geben beim Auftreffen auf die stellenweise noch lagernden kühlen Luftreste zu Niederschlägen von örtlich verschiedener Stärke Anlaß. Die Lage dürfte sich allmählich wieder beruhigen.

Aussichten für das schlesische Flachland und die schlesischen Mittelgebirge:

Wolkiges, nur teilweise aufheiterndes Wetter, vereinzelt leichte Regenfälle, milder.

Aussichten für das schlesische Hochgebirge:

Meist neblig-bewölkt, einzelne Schneefälle, leichter Frost.

Datum: 24. 4. 28	Temperatur			Wetter	Wind	Niederschlag mm	Schneehöhe cm
	heut früh	Maxim. seit 24 Stunden	Min. seit 24 Stunden				
Grünberg	5	14	5	bewölkt	still	gering	
Görlitz	6	11	5	bedeckt	WNW 1	3.0	
Liegnitz	8	13	6	bewölkt	SO 1		
Bad Flinsberg	3	8	2	bedeckt	SW 1	8.0	
Heufuderbaude	9	11	0	heiter	SW 2		2
Oberschreiberhau	6	8	1	bewölkt	SSO 1	10,2	
N.Schles. Baude							
Reifträgerbaude							
Schneekoppe	−2	1	8	heiter	NNO 3	8,0	
Neumarkt	8	14	5	bedeckt	S		
Krietern	8	15	5	bewölkt	still		
Zobten							
Bad Salzbrunn	5	11	4	heiter	NO 1	0,2	
Friedland (Bez. Breslau)	5	11	3	heiter	NO 2		
Reinerz	3	11	1		SW 2	3.1	
Landeck	3	14	1	klar	S 1	4 0	
Reichenstein	7	12	2	„	S 1	5.0	
Festenberg	5	14	4	„	W 1		
Neisse	6	16	4	„	still	3,0	
Proskau							
Kreuzburg	9	15	1	klar	O 1		
Gleiwitz	7	16	4	bewölkt	still		
Beuthen	7	16	4	„	NO 1		

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Stadttheater. Heute Dienstag, 20 Uhr, wird als 18. Abonnements-Vorstellung der Serie A Nicolais komisch-phantastische Oper „Die lustigen Weiber von Windsor“ gegeben. Mittwoch, 20 Uhr, 18. Abonnements-Vorstellung der Serie B: Händels „Josua“. Donnerstag, 20 Uhr, 18. Abonnements-Vorstellung der Serie E: „Die Fledermaus“.

Lobetheater. Täglich 20 Uhr bis einschließlich Freitag Gerhard Menzels Drama „Toboggan“, das Sonnabend bei seiner Erstaufführung starken Eindruck hinterließ. Käthe Gold, die nach ihrem großen Erfolg in „Faust“ auf zwei Jahre an die Vereinigten Theater in Breslau verpflichtet wurde, ist es gelungen, ihre für diese Spielzeit noch laufenden anderweitigen Verpflichtungen zu lösen. Sie spielt in dem von Intendant Barnay zur deutschen Uraufführung erworbenen Lustspiel „Arm wie eine Kirchenmaus“ von Ladislaus Fodor, das inzwischen auch von einer großen Anzahl erster reichsdeutscher Bühnen angenommen wurde, die weibliche Hauptrolle. Die Erstaufführung findet Sonnabend, 20 Uhr, statt. Die Inszenierung liegt in Händen von Paul Barnay.

Thaliatheater. Täglich 20 Uhr der große Komödienerfolg „Schwarz und Weiß“. Inszenierung Rudolf Platte.

Schauspielhaus. Heute Dienstag und Freitag „Der Zarewitsch“. Mittwoch „Eine Frau von Format“. Donnerstag „Drei arme kleine Mädels“.

Liebichtheater. Nur noch diese Woche täglich 20 Uhr das große Varieteé-Aprilprogramm mit zwölf internationalen Attraktionen.

Viktoriatheater. Täglich 8¼ Uhr Lokal-Bendertevue „Jupiter geht fremd“ mit Henry Bender. Sonntag nachmittag 4 Uhr Kinder-Filmvorstellung.

Vereinskalender.

Breslauer Rad-Tourenklub 1928. Vereinslokal Gesellschaftshaus „Hofjäger“, Morgenau, Weidendamm 32-34, Telefon 7123. Jeden Donnerstag, 20 Uhr, Vereinsabend. Damen und Herren sind herzlichst willkommen.

Werbt ständig für unsere Zeitung!

* **Eisen-Brandt.** Die Inhaber dieser Firma (Fritz und Max Brandt) eröffneten kürzlich in der Friedrich-Wilhelm-Straße 89 (zwischen Striegauer Platz und Leuthenstraße) ein Zweiggeschäft, in dem jeder Kunde genau so zuvorkommend und gut bedient wird wie im Hauptgeschäft Nikolaistraße 63a, Ecke Neueweltgasse. Gute Sortimente in allen einschlägigen Artikeln der gesamten Eisenwaren- und Haus- und Küchengeräte-Branche finden Sie in nur soliden Qualitäten hier und dort. Das Sprichwort „Gutes bricht sich Bahn“ hat sich bewährt. (Siehe heutiges Inserat.)

* **Bei einem Zusammenstoß,** der sich am Montag vormittag an der Ecke Gutenberg- und Goethestraße zwischen einem Personenkraftwagen und einem Motorradfahrer ereignete, wurde der Motorradfahrer von seinem Fahrzeug geschleudert und so schwer verletzt, daß er in das Wenzel-Hancke-Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

* **Eine Kindesleiche** wurde am Montag nachmittag von einem Arbeiter in den Vogelschutzanlagen des Stadions aufgefunden. Es handelt sich um ein neugeborenes Mädchen, das in braunes Packpapier eingewickelt war. Die Leiche wurde in die Anatomie geschafft.

* **Dunkle Wege** wollten in der Sonntagnacht fünf junge Burschen gehen, die aus Pöpelwitz kamen. Deshalb fühlten sie sich bemüßigt, auf der Straße an der Viehweide und in der verlängerten Steinauer Straße die Petroleumlaternen auszulöschen. Zu dieser Arbeit nahmen sie Steine zu Hilfe, mit denen sie die Scheiben einwarfen. Ein Zivilist verfolgte die Burschen, die auf diese Art eine ganze Anzahl Laternen beschädigt hatten und machte eine Polizeistreife auf sie aufmerksam. Die Polizei stellte die Personalien der Burschen fest, und erstattete Anzeige wegen Sachbeschädigung.

* **Vermißt** wird seit dem 13. April der Schiffseigner Karl Noak, geb. 16. September 1871 zu Günthersberg, Kreis Krossen an der Oder, dortselbst wohnhaft gewesen, zurzeit mit seinem Frachtkahn in Breslau im Umschlaghafen, 1,66 Meter groß, schmächtig, blondes, in der Mitte gescheiteltes Haar, hellblonden, verschnittenen Schnurrbart, langes, bleiches Gesicht, hohe Stirn, blaugraue Augen, vollständige Zähne, auf einer Hand einen kleinen Anker tätowiert. Bekleidung: blaue Schiffermütze, grüne Joppe, grünliche Weste und Hose, Trikotunterhose, weiß-schwarzgestreiftes Barchenthemd, wollener Vorstecker, schwarze, hohe Schnürschuhe. Hat silberne Taschenuhr, mit breiter silberner Kette, Papiere und ein Bund Schlüssel bei sich. Es wird vermutet, daß Noak, der in der Nacht vom 12. zum 13. April an Land war, auf dem Nachhausewege in die Oder gestürzt und ertrunken ist. Nachrichten über den Aufenthalt des Vermißten erbittet die Kriminalpolizei Breslau, Schuhbrücke 46, Zimmer 10/11.

Die Bücherfolge der letzten Zeit:

Alfred Polgar: „Ich bin Zeuge“ gebunden .... 8.00 M.

Gladkow: „Zement“ brosch. 5.00 M., gebd. 7.00 M.

Galsworthy: „Jenseits“ gebunden .... 2.85 M.

Lewis: „Die Hauptstraße“ gebunden .... 2.85 M.

Hamsun: „Der Landstreicher“ brosch. 7.00 M., gebd. 10.00 M.

Zu beziehen durch
Volkswachtbuchhandlungen
Neue Graupenstr. 5 * Neue Taschenstr. 11.

NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN

Regelmäßige direkte Abfahrten
mit Doppelschrauben - Dampfern
für Reisende u. Auswanderer von Bremen nach

CANADA

Nähere Auskunft über Einreisebedingungen u. Abfahrten erteilt
in Breslau: Norddeutscher Lloyd, General-Agentur
Lloydreisebüro G. m. b. H., Neue Schweidnitzer Straße 6 (Allianz-Haus). 10818

Seid stolz,
Volkswacht-Leser
zu sein!
Sagt es allen, daß Ihr es seid, und sagt es vor allem bei Einkäufen!

Ein junges Mädchen
schreibt über
Rußlands Jugend:
Lydia Seifullina
der Ausreißer
½ Leinen 2.50 ∴ ½ Leinen 3.50
Volkswachtbuchhandlungen
Neue Graupenstraße 5 Neue Taschenstraße 11

Inserate erzielen in der „Volkswacht“ den größten Erfolg

Kleine Anzeigen
sind kompreß gesetzte einspaltige Anzeigen von Verkäufen, Kaufgesuchen u. e. nur von Privaten. Wort 3 Pfennige, fett 4 Pfennige

Spottbillig verkauft eich. Kredenz, 1 eich. Waschtisch, mit Spiegel, 2 Nachttische, auch einzeln. Wodarzek, Kommerstraße 34. 448

1 Kinderwagen, fast neu, preiswert zu verkaufen. Hauschild, Allenstr. 80.

1 gut erhalt. Sofa, 1 Klappwagen mit Verdeck verkauft Kroboth, [illegible]str. 8, 2. Et.

Mitten aus seinem schaffensreichen Leben, das nur der Pflichterfüllung an der großen, von ihm gern übernommenen Aufgabe und seiner Familie galt, entriß der Tod uns meinen teuren Mann, unseren geliebten Vater und Schwiegervater, den

Oberpräsidenten der Provinz Niederschlesien

Hermann Zimmer

im Alter von 60 Jahren.

Breslau, den 22. April 1928.

Frau Auguste Zimmer
im Namen der Hinterbliebenen.

Im Anschluß an die am Donnerstag um 1 Uhr nachmittags, stattfindende amtliche Trauerfeier im Oberpräsidium geht der Trauerzug zum städtischen Friedhof an der Oswitzer Straße.

Beileidsbesuche dankend abgelehnt. 10049

Heute nacht verschied nach schwerem Leiden der Präsident des Provinzial-Schulkollegiums der Provinz Niederschlesien,

Herr Oberpräsident

Zimmer

Hingebende Pflichttreue und große Charakterstärke zeichneten den hochverehrten Leiter unserer Behörde aus, so daß er auch, als die heimtückische Krankheit schon an ihm zehrte, seinem verantwortungsvollen Amte mit Aufbietung aller Kraft in vorbildlicher Treue oblag. Dabei erfüllte ihn edle Menschlichkeit, Herzensgüte und warmer Sinn für die Jugend und befähigten ihn, allen allgemeinen Fragen der Erziehung und des Unterrichts ein persönliches Interesse entgegenzubringen und sie mit klarem Verständnis und sicherem Urteil zu behandeln.

Wir werden sein Andenken in hohen Ehren halten.

Breslau, den 23. April 1928. 5448

Die Mitglieder und Beamten des Provinzial-Schulkollegiums

Von langem, schweren Leiden wurde am 22. April der

Oberpräsident der Provinz Niederschlesien

Herr Hermann Zimmer

erlöst. Seit Juni 1920 an der Spitze der Behörde, hat er in schwerer Zeit mit Umsicht und Selbstaufopferung sein verantwortungsvolles Amt geführt, indem er stets unerschrocken für die von ihm erkannte Wahrheit eingetreten ist. Bis zum letzten Atemzuge ist er uns so ein Beispiel treuester Pflichterfüllung gewesen. Wir haben in ihm den wohlwollenden, stets sozial und gerecht empfindenden Vorgesetzten verehrt, um dessen Verlust wir trauern.

Der Vizepräsident, die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Oberpräsidiums und der Provinzialbauverwaltung.

5446

Sturm schüttet der Sänger!

Nach langer Krankheit entriß uns der Tod unseren lieben Sangesbruder

Hermann Zimmer

Mit unserem Chor Kulturarbeit zu treiben, war sein hohes Ziel. Als Freund und Berater werden wir den so edlen Menschen nie vergessen.

Der Volkschor Breslau

Ein Sohn des Volkes wollt' er sein und bleiben. Er war es stets und ist es auch geblieben, unser treuer Freund und Kollege

Hermann Zimmer

bis ihn der unerbittliche Tod in der Nacht vom 22. zum 23. April von uns genommen hat.

Hermann Zimmer ist durch die Schule des Lebens gegangen. Unter einfachen Verhältnissen aufgewachsen, hat er von frühester Jugend an Not und Sorge kennengelernt und demzufolge sich auch frühzeitig seiner Berufsorganisation angeschlossen. Seinen Fleiß und seine Tatkraft erkennend, wurde er von seinen Kollegen bald nicht nur an die Spitze seiner Berufsorganisation in Schlesien, sondern auch in die Leitung der Zentralkommission der Gewerkschaften für Schlesien berufen.

Aber auch auf sozialpolitischem Gebiete hat Hermann Zimmer Großes geleistet. Viele Jahre war er für uns Führer und Leiter der Krankenkassenbewegung. Nach dem Zusammenschluß der vielen Ortskrankenkassen in Breslau zu einer Allgemeinen Ortskrankenkasse wurde er zum Direktor derselben gewählt.

Seit 1920 war er Oberpräsident von Niederschlesien. Auch in diesem hohen Amte ist er der einfache Mann geblieben. Großes hat der Verstorbene geleistet. Wir haben ihm viel zu verdanken und werden das Andenken dieses Freundes und Kollegen stets in Ehren halten. 5347

Bezirksausschuß für Schlesien des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Am 22. April verschied plötzlich und unerwartet unser Mitglied

Ernst Barnofsky

im blühenden Alter von 21 Jahren 10 Monaten.

Die Fußballabteilung verliert in ihm einen sehr eifrigen Genossen.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

Turnverein Koberwitz.

Beerdigung: Mittwoch, 25 April, nachm. 1/4 4 Uhr, Friedhof Koberwitz. 2358

Antreten des Vereins 3 Uhr Turnhalle.

Am 22. April verschied durch Unglücksfall unser inniggeliebter Sohn und Bruder, der Schmied

Ernst Barnofsky

im blühenden Alter von 21 3/4 Jahren.

Dies zeigen schmerzerfüllt an

Koberwitz, den 24. April 1928

Die tieftrauernden Eltern und Geschwister.

Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause aus. 5447

Deutscher Verkehrsbund
Gau- und Ortsverwaltung Breslau.

Unser Bundesmitglied,

Oberpräsident

Hermann Zimmer

ist in der Nacht vom 22. zum 23. April einem langen, schweren Leiden erlegen.

Hermann Zimmer hat durch jahrzehntelange Arbeit und seltene Hingabe an dem Aufbau unserer Organisation und damit an dem kulturellen Aufstieg der Berufsangehörigen ganz hervorragenden Anteil und sich damit unvergängliche Verdienste um unsere große Sache erworben. Bis in die letzte Zeit hinein nahm er als Mitglied des Gauvorstandes, wann immer die Zeit es ihm gestattete, an den Sitzungen teil und verfolgte die Aufwärtsentwicklung unseres Bundes mit lebhaftem Interesse.

Der Besten einer ist in Hermann Zimmer dahingegangen!

Ein dankbares Gedenken bleibt ihm für alle Zeiten gesichert.

Im Anschluß an die am Donnerstag um 1 Uhr nachmittags stattfindende amtliche Trauerfeier im Oberpräsidium geht der Trauerzug zum städtischen Friedhof an der Oswitzer Straße. 2[illegible]

Dir die Ruhe, uns der Schmerz.
Leb' wohl, Du gutes Herz!

Am 21. April, 2 1/2 Uhr, verschied plötzlich und unerwartet meine liebe, gute Frau, unsere herzensgute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Ida Mandel
geb. Eisner.

Dies zeigen schmerzerfüllt an

Breslau, den 23. April 1928

Die tieftrauernden Hinterbliebenen

Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des St. Heinrich-Friedhofes aus. 446

Am Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, verschied die Ehefrau unseres Kollegen Hermann Mandel,

Ida Mandel

Ein ehrendes Andenken werden ihr bewahren

Die Belegschaft des Bürgerlichen Brauhaus Breslau, A.-G. 450

Heute, den 23. April, starb die Frau unseres lieben Kollegen August Kitsch

Frau Helene Kitsch

im 62. Lebensjahre. 5448

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr

Die Freigewerkschaftlich organisierte Belegschaft der Abteilung K. L. der Linke-Hofmann Werke.

Beerdigung: Donnerstag, 26. April, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle d. St. Hedwigs-Friedhofes, Carl[illegible]

Zahlstellenkartell der Gemeinnützigen Berufsverbände.

Am 22. April verstarb unser Verbandskollege, der Schuhmacher 2350

Konrad Schlombs

von Station Hauptbahnhof, im Alter von 46 Jahren.

Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren

Die Mitglieder der Versicherungsstelle Breslau.

Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Heinrichs-Friedhofes.

Leihweise elegant
Frad- Red. u. Smoking Hüte
A. Palalong
Schneidermeister
Bischofstraße 3
Leihfrack [illegible]
Flurstraße 4/6

Aus aller Welt

Dienstag, 24. April 1928

Schwere Schiffsunglücke.

30 Personen ums Leben gekommen.

Bei einer Kesselexplosion des Fischdampfers „Amancia" wurden nach Meldungen aus Vigo sieben Mann getötet, während 18 ertranken.

Der Fischdampfer „Sobral" lief in der Nähe von San Sebastian auf Grund, wobei fünf Mann der Besatzung ertranken.

Wilkins Nordpolflug.

Der erste Bericht des Nordpolfliegers Kapitän Wilkins liegt jetzt vor. Das Flugzeug hat von Point Barrow in Alaska nach Green Harbour (Spitzbergen) insgesamt 3500 Kilometer zurückgelegt. Wilkins hatte schon beim Start mit seinem Piloten Eyelson Schwierigkeiten zu überstehen. Das Flugzeug versuchte dreimal vergeblich aufzusteigen. Jedesmal zerbrachen die Gleitschienen. Die beim Aufstieg als Hilfsmannschaften tätigen Eskimos mußten immer mehr Schnee beiseite schaffen, um die Anlaufbahn zu verbessern. Schließlich hatte man eine Startbahn von 5000 Fuß Länge fertiggestellt. Von diesem Eiswege aus konnte sich die Maschine endlich in die Luft erheben.

Wilkins war während des Fluges wiederholt gezwungen, den Kurs zu ändern, um den Wolken auszuweichen. Ueberall war offenes Wasser oder Eis. Dreizehn Stunden nach dem Start erblickten die Flieger die Bergspitzen von Grantland. Dann mußten sie noch 900 Meilen fliegen, um ihr Ziel zu erreichen. Die Maschine nahm Kurs direkt auf Spitzbergen. Genau drei Stunden nach der Sichtung von Grantland wurde die Nordküste von Grönland gesichtet. Hinter Grantland mußte sich das Flugzeug bis zu einer Höhe von 2432 Metern erheben, um schweren Wolken auszuweichen.

Benzinmangel zwang die Flieger, schließlich unter die Wolken zu gehen. Sie gerieten dabei in einen schweren Landsturm, der den Schnee gegen die Windscheibe trieb, die Sicht raubte und die Fortsetzung des Fluges auf gut Glück nötig machte. Pilot Eyelson landete schließlich auf einer kleinen Insel. Bis dahin betrug die Flugzeit 26 Stunden und 20 Minuten. Ein dichter Schneesturm hinderte die Piloten, Ausschau zu halten. Sie mußten in ihre Kabine zurückkehren, um klares Wetter abzuwarten. Es vergingen so vier Tage, bis die beiden Männer ihren Flug fortsetzen konnten. Es schien sogar eine Zeitlang, als ob Wilkins zurückbleiben müßte, da der Start nur unter den größten Schwierigkeiten gelingen wollte. In 900 Meter Höhe erkannten sie dann den Radiomast von Green Harbour.

Wilkins hatte mit seinem Flug beabsichtigt, das sogenannte Crockerland zu entdecken, das Peary auf seiner Nordpolexpedition gesichtet zu haben glaubte. In dieser Gegend befindet sich aber kein Festland. Diese Entdeckung ist ein großes Verdienst, das Wilkins und Eyelson sich mit ihrem Fluge errungen haben. Seit Generationen ist bei den Eskimos die Legende lebendig von einem rätselhaften Reiche, von einem geheimnisvollen Kontinent, der sich dort hinter gewaltigen Eisbergen befinden soll. Dieses „Atlantis des Nordens" wollte Wilkins auf seinem Fluge entdecken. Sein Flug ist in dieser Hinsicht ergebnis verlaufen, und der Traum von dem nordischen Atlantis ist damit ausgeträumt. — Die amerikanische Presse feiert das Unternehmen Wilkins als große wissenschaftliche Tat.

Fitzmaurice wieder auf Greenly Island.

Wie aus Greenly Island gemeldet wird, ist dort heute nachmittag das Fordflugzeug, das unter Balchens Führung Duke Schiller und Fitzmaurice nach Greenly Island mit Ersatzteilen und Betriebsstoff zurückbringt, glatt gelandet.

Ein furchtbares Autobusunglück.

bei dem sechs Personen getötet und zehn verletzt wurden, ereignete sich auf einer Landstraße bei Lodz in Polen. Die Schuld an der Katastrophe trägt der Kraftwagenführer, der den Wagen in einen Graben steuerte. Er selbst konnte rechtzeitig abspringen und kam ohne Verletzungen davon. Der Führer wurde verhaftet.

Neue Erdstöße in Italien.

In Nordtoskana und in Foggia wurden heftige Erdstöße verspürt, die unter der Bevölkerung große Bestürzung hervorriefen. Die Bewohner von Castelnuovo verbrachten die Nacht unter freiem Himmel. Mehrere Häuser des Ortes wurden beschädigt und mußten geräumt werden. Meldungen über Menschenopfer liegen bis zur Stunde nicht vor.

Die Zwangsverwaltung über den Berliner Sportpalast

ist am Montag wieder aufgehoben worden. Die Forderungen der „Berek", der das Berliner Plakatwesen untersteht und die die gerichtliche Zwangsmaßnahme erwirkt hatte, sind am Montag beglichen worden. Es handelte sich dabei um eine Rechnung in Höhe von 2500 Mark, für die der Sportpalast selbst haftbar war, und um einen Anspruch im Betrage von 1900 Mark, den ein privater Unternehmer an die „Berek" zahlen mußte. Die Schwierigkeiten des Sportpalastes sollen in erster Linie durch die Höhe der Vergnügungssteuer hervorgerufen sein, die meist im Höchstbetrage von 20 Prozent abzuführen war. Ferner mangelte es an Betriebskapital. Die Londoner Verhandlungen über einen Verkauf des Sportpalastes nehmen angeblich einen befriedigenden Fortgang.

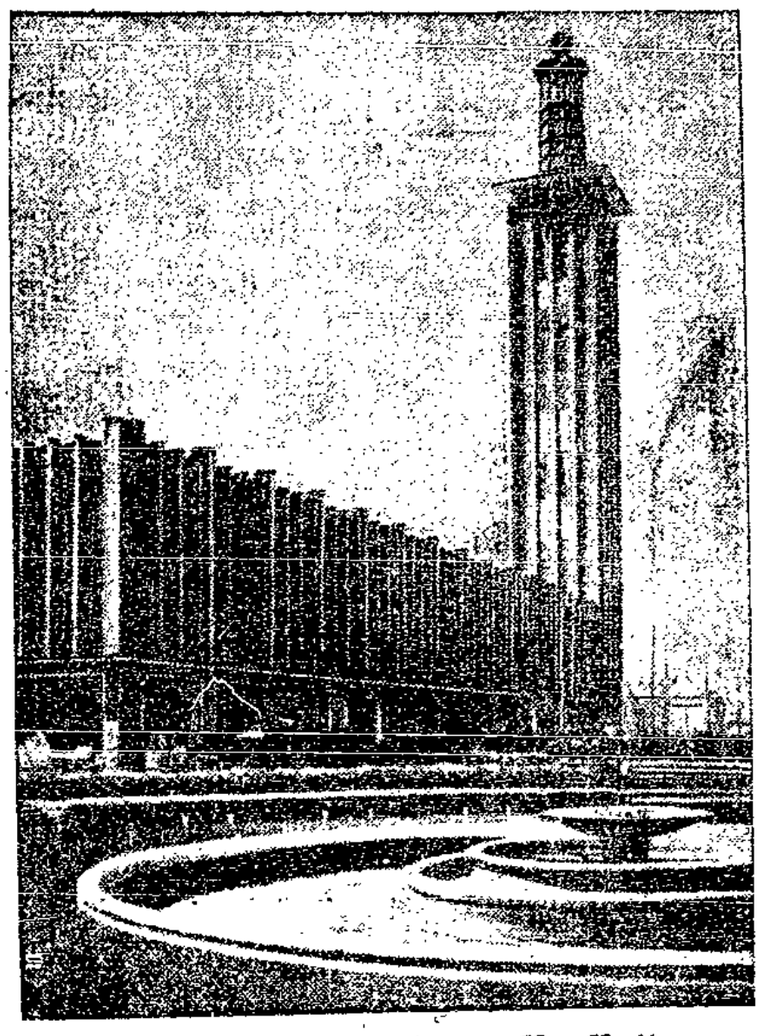
Von einem Personenzuge erfaßt und furchtbar verletzt

wurden auf der Eisenbahnstrecke Duisburg—Oberhausen zwei Arbeiter, die Gleisarbeiten verrichteten.

Die „Bremen" wird repariert.

Die Reparaturen an der „Bremen" sind am Montag sofort nach der Landung des Hilfsflugzeuges begonnen worden. Man hofft, sie im Laufe des heutigen Tages beendigen zu können. Wann jedoch der Start der „Bremen" nach Newyork erfolgen kann, ist einstweilen noch gänzlich ungewiß. Vor Ende der Woche hält man eine Landung in Newyork für unwahrscheinlich.

Der Transozeanflieger Chamberlin ist ebenfalls nach Greenly Island gestartet. Er hofft, die Insel heute zu erreichen.



Zur Eröffnung der „Pressa".

Die große Pressa-Ausstellung in Köln wird am 12. Mai eröffnet. — Im Bilde: das Kongreßhaus der Pressa mit dem 85 Meter hohen Pressa-Turm, der das ganze Ausstellungsgelände beherrscht.

Die Dresdener Spritschiebungen vor Gericht.

Wie bereits berichtet wurde, verhandelt ab Montag das gemeinsame Schöffengericht Dresden in einer größeren Untersuchungssache Lindenborn und Genossen wegen umfangreicher Spritschiebungen, begangen zum Nachteil der Reichsmonopolverwaltung. Es handelt sich hier um Unregelmäßigkeiten, wie solche in diesem Umfange die Gerichte noch nicht beschäftigt haben. Vier Zollbeamte sind in diese Angelegenheit verwickelt. Durch Zusammenwirken des Hauptangeklagten Kaufmann Lindenborn mit diesen Zollbeamten, die sich zum Teil des schwersten Vertrauensbruches und der gröblichsten Pflichtverletzung schuldig gemacht, und anderen Personen wurde der zu verbilligten Preisen für angeblich gewerbliche Zwecke abgegebene Sprit den Beständen der Reichsmonopolverwaltung unvergällt entnommen. Schätzungsweise dürften etwa 300 000 bis 350 000 Liter Sprit erlangt und die Einnahmen des Reiches um mindestens eine Million Mark geschädigt worden sein. Das Hauptzollamt Dresden hat sich dem Verfahren als Nebenkläger angeschlossen. Lindenborn werden Verbrechen und Vergehen, wie Fälschung öffentlicher inländischer Urkunden usw. zur Last gelegt. Fast alle Angeklagten haben sich weiter wegen Hinterziehung der Branntweinmonopolabgabe zu verantworten. Die von Lindenborn hinterzogene Monopolabgabe beträgt für die Zeit vom 1. Januar 1924 bis 9. Januar 1925 schätzungsweise 520 000 Mark und für die mit dem Angeklagten Schwindack getätigten Spritgeschäfte ungefähr 139 000 Mark. In der Zeit vom 22. Januar 1925 bis zum 8. Juli vorigen Jahres hat Lindenborn unter dem Namen der Firma Wollmann Nachfolger zum allgemeinen ermäßigten Preise zur angeblichen Herstellung von Lacken usw. 30 613 Liter unvergällten Sprit entzogen und hierdurch die Monopoleinnahmen um 126 592,35 Mark geschädigt. Durch die Tätigkeit des Angeklagten Janke, der an Lindenborn 125 770 Liter unvergällten Sprit abgefertigt, wurden die Einnahmen des Reiches aus der Monopolabgabe um 465 000 Mark geschädigt, während dies hinsichtlich des Angeklagten Rose in Höhe von 124 272 Mark und Müllers im Gesamtbetrage von 124 475 Mark geschehen ist. Schwindack hat durch seine Mitwirkung die Monopolabgaben in einer Höhe von schätzungsweise 130 000 Mark hinterzogen.

Zugzusammenstoß auf dem Münchener Rangierbahnhof.

Wie die Reichsbahndirektion mitteilt, entgleisten in der vergangenen Nacht im Rangierbahnhof München-Ost zwei leere Personenwagen. Der um die gleiche Zeit abfahrende Personenzug 19 konnte nicht rechtzeitig zum Halten gebracht werden und fuhr auf die entgleisten Wagen auf. Der Lokomotivführer und vier Reisende wurden leicht verletzt. Der Sachschaden ist erheblich. Drei Züge mußten ausfallen.

Sieben Arbeiter durch eine Stichflamme verletzt.

Im Hochofenbetrieb auf der Friedrich-Wilhelm-Hütte entzündete sich durch Wasserstoffgemisch eine Stichflamme, durch die sieben Arbeiter verletzt wurden. Sämtliche Verletzten mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Zwei Arbeiter sind lebensgefährlich verwundet worden.

Starker Schneefall in den bayrischen Bergen.

Vergangene Nacht ist in den bayrischen Bergen Schneefall in einem Ausmaß erfolgt, wie es im diesjährigen Winter selten erlebt wurde. Die Schneedecke in Oberstdorf beträgt zehn, in Bad Tölz elf, in Partenkirchen acht Zentimeter. Auf dem Hirschberg bei Tegernsee sind fünfzehn Zentimeter Neuschnee gefallen.

Ueberfall auf einen Oberlandjäger.

Der Oberlandjäger Denker, der sich Montag in den frühen Morgenstunden auf einem Fahrrad nach Sendenhorst begeben wollte, wurde mit einer schweren Schußverletzung auf der Straße gefunden. Die Kugel ist durch den Rücken in den Bauch eingedrungen und der Zustand Denkers ist ernst. Die Recklinghausener Kriminalpolizei ist am Tatort bereits eingetroffen und hat die Untersuchung aufgenommen.

Familiendrama in Hamburg.

Ein furchtbares Familiendrama spielte sich Montag in einem Hause am Lehmweg in Hamburg ab. Als die von ihrem Mann getrennt lebende 49 Jahre alte Frau Flenker mit ihrer Tochter die Wohnung verlassen wollte, um ihrer Arbeit nachzugehen, trat ihnen im Treppenhaus der frühere Ehemann entgegen und gab einen Schuß auf die Frau ab, die im Rücken getroffen, zu Boden stürzte. Der Mann jagte sich dann selbst eine Kugel in den Kopf. Er starb bald nach der Einlieferung ins Krankenhaus. Auch Frau Flenker ist gestorben.

Die Malerin Käthe Kollwitz

ist vom Preußischen Kultusminister namens des Preußischen Staatsministeriums zur Vorsteherin des Meisterateliers für Graphik an der Preußischen Akademie der Künste zu Berlin ernannt worden. Die Künstlerin tritt zugleich dem Senat der Akademie bei.

Opfer des Kapitalismus.

Der Werkmeister Karl Schalenbach aus Köln, der 43 Jahre hindurch in einem großen Deutzer Werk treu seine Arbeit verrichtet hatte und dann abgebaut wurde, machte aus Gram hierüber seinem Leben freiwillig ein Ende. Er schoß sich eine Kugel in die Brust und stürzte sich in den Rhein. Die Leiche wurde bei Duisburg geborgen.

Eine neue Erfindung.

Der Ingenieur Karl Fischer aus Kaiserswerth (Rheinland) hat den Bau eines neuartigen Gleitbootes beendet, das als Drei-Stufen-Boot konstruiert ist und Luft- sowie Wassersteuerung besitzt. Vor allem ist das Neuartige an diesem Boot, daß es nur einen Tiefgang von vier Zentimetern hat. Die ersten Versuche stimmten den Erbauer äußerst zuversichtlich.

Ueberschwemmungsunglück in Aserbeidschan.

In Aserbeidschan ist der Fluß Kura aus den Ufern getreten. Durch die Ueberschwemmungen sind 17 Dörfer von der Außenwelt abgeschnitten, wobei 350 Bauernwirtschaften vernichtet worden sind.

Tod eines blinden Passagiers.

Eine grausige Entdeckung machte man bei der Ankunft des Pariser Schnellzuges in Cannes. Ein blinder Passagier hatte auf den Puffern eines Wagens Platz genommen, war aber während der Fahrt von seinem gefährlichen Sitz herabgeschleudert worden. Der Körper war in den Achsen hängen geblieben und wurde in entsetzlichster Weise verstümmelt aufgefunden. Nach den vorgefundenen Papieren handelt es sich um einen italienischen Arbeiter.

Ein belgischer Dampfer gesunken.

Von der Nordspitze Sardiniens wird der Untergang des belgischen Frachtdampfers „Count de Flandre" einer Antwerpener Reederei gemeldet. Die 25 Mann starke Besatzung konnte bis auf den dritten Offizier und den Funker gerettet werden.

Ein neuer England-Australien-Flug.

Der Geschwaderführer der Marineluftstreitkräfte Commander Manning ist Montag vormittag ohne Begleitung vom Flugplatz Lympne in einem Eindecker zum Fluge nach Australien aufgestiegen. Er hofft, Mitte Mai in Sydney einzutreffen. Manning erklärte, daß er bereits vor Hincklers Start den Flug beschlossen hatte und nicht beabsichtige, Hincklers Höchstleistung zu brechen.

Unfall des irischen Präsidenten.

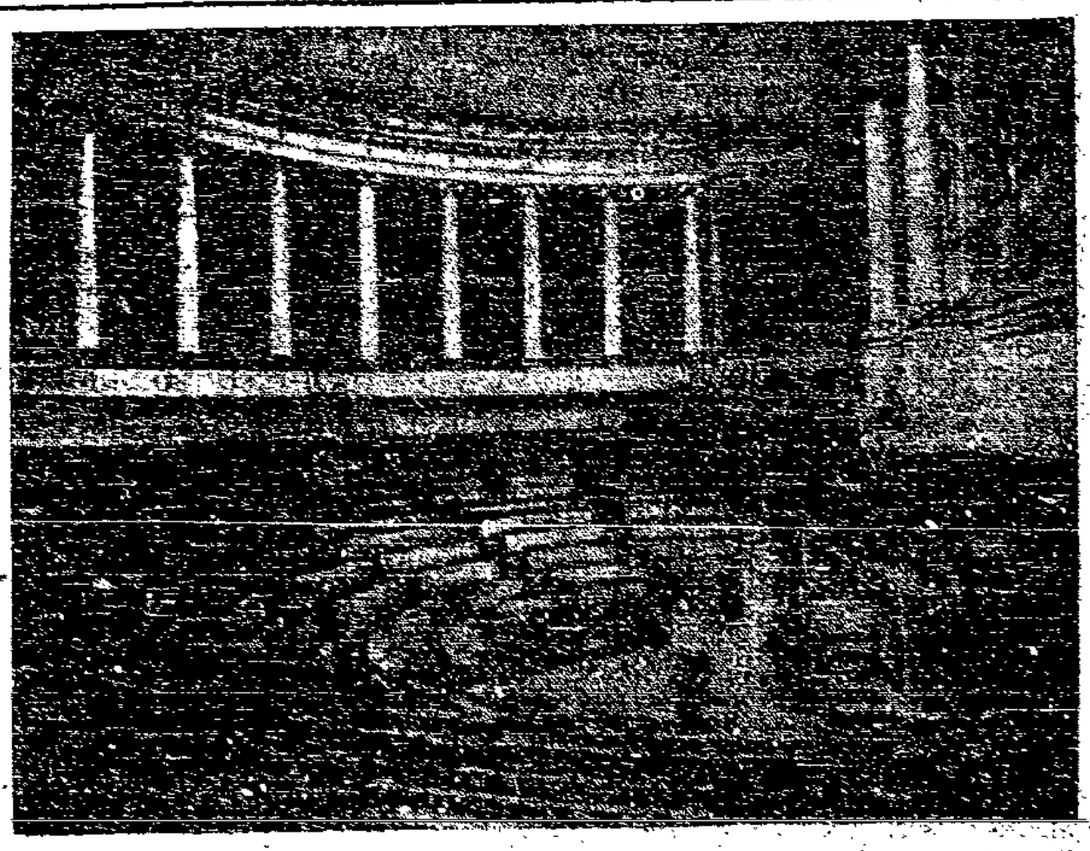
Der Präsident des irischen Freistaates Cosgrave fuhr gestern in Dublin mit seinem Auto in einen Straßengraben. Der Präsident blieb unverletzt, obwohl das Auto völlig zertrümmert wurde. Der Unfall ereignete sich, als das Automobil auf der Straße spielenden Kindern ausweichen wollte.

Ein Anschlag auf einen deutschen Korridor-D-Zug.

Auf der Station Coslerhausen stellten bisher unbekannte Täter die Weiche des Gleises um, auf dem der deutsche Korridor-D-Zug einfahren sollte. Der Zugführer konnte den Zug noch rechtzeitig zum Halten bringen, wodurch ein größeres Unglück verhütet wurde. Die Nachforschungen der Polizei ergaben, daß nur ein Eisenbahner den Anschlag verübt haben kann.

Der Sitzungssaal in der Deputiertenkammer zu Paris

deren Besetzung in den gestrigen französischen Wahlen entschieden wurde.



Die Löhne der Reichsarbeiter.

Die Neuregelung der Reichsarbeiterbezüge ist dieser Tage abgeschlossen worden. Das materielle Ergebnis dieser Neuregelung befriedigt die Organisationen nicht. Die Reichsregierung zeigte herzlich wenig Entgegenkommen. Sie stand völlig unter dem Einfluß der Reichsbahn — immer wieder hat sich das bei den Verhandlungen gezeigt — und sie hatte weder den Mut noch die Energie, sich von diesem Einfluß frei zu machen. Die Organisationsvertreter wiesen bei den Verhandlungen wiederholt auf die Unhaltbarkeit der allmählich zur Gewohnheit gewordenen Methode hin, durch die die Löhne der Reichsarbeiter einfach schematisch an die Löhne der Arbeiter der Reichsbahn angeglichen werden. Die Organisationsvertreter stießen jedoch mit ihren Darlegungen nur auf taube Ohren.

Die Lohnerhöhungen, die rückwirkend ab 1. April eintreten, werden sich ungefähr auf derselben Höhe bewegen wie die Lohnerhöhungen für die Reichsbahnarbeiter; sie werden pro Stunde je nach den einzelnen Orten und Lohngruppen 3—6, in einigen Fällen vielleicht 7 Pf. betragen. Zum besseren Verständnis der Auswirkung der neuen Lohnsätze einige Beispiele: Bei der Reichsbahngesellschaft beziehen zurzeit die Handwerker in den kleinen, oftmals nur 1000 bis 3000 Einwohner zählenden, württembergischen Gemeinde und Kleinstädten einen Stundenlohn von 75 bis 78 Pf., die Arbeiter der Großstädte Magdeburg, Braunschweig, Erfurt, Halle, Hannover und Stettin dagegen 76 bis 78 Pf. In der kleinen etwa 40 000 Einwohner zählenden Stadt Eßlingen in Württemberg erhält der Handwerker bei der Reichsbahn einen Stundenlohn von 97 Pf. In den Ruhrstädten Dortmund, Essen, Bochum, Gelsenkirchen usw. 85 Pf. In dem etwa 3000 Einwohner zählenden kleinen Städtchen Marbach am Neckar erhält der Handwerker bei der Reichsbahn 86 Pf., in der Großstadt Frankfurt a. M. dagegen 89 Pf.

Die Reichsbahngesellschaft regelt ihre Löhne nach den Lohnverhältnissen der für sie vergleichbaren Metallindustrie. Das mag für die Verhältnisse der Reichsbahngesellschaft richtig sein. Daß aber die Reichsregierung schematisch diese Löhne, die den Lohnverhältnissen der in den großen Maschinenfabriken usw. tätigen Metallarbeiter entspringen, einfach auf die Schuhmacher, Schneider, Tischler und alle möglichen anderen Berufskategorien, die im Bereich der Reichsressorts tätig sind, überträgt — das mag für die Reichsregierung sehr bequem sein, ist aber für die Arbeiterschaft absolut untragbar. Niemand, der von Lohnpolitik auch nur eine Ahnung hat, kann dieses Vorgehen der Reichsregierung gutheißen. Die Organisationen mußten in Anbetracht der gegenwärtigen politischen Umstände — Neuwahl des Reichstages usw. — das nunmehr vorliegende Lohnergebnis, der Not gehorchend, hinnehmen; sie haben aber die Regierung keinen Augenblick darüber im Zweifel gelassen, daß der Kampf gegen die jetzt übliche Methode zur Regelung der Löhne der Reichsarbeiter so lange weitergeführt werden wird, bis sie beseitigt ist.

Dank der energischen Bemühungen der Organisationen ist es gelungen, wenigstens in den Mantelbestimmungen und in der Eingruppierungsfrage einige nennenswerte Erfolge zu erzielen. Hier haben die Unterhändler der Regierung zum ersten Mal seit längerer Zeit eine gewisse Großzügigkeit an den Tag gelegt. Ihre Aufraffung zum Besseren war aber auch dringend notwendig; denn die durch die Haltung der Regierungsvertreter bei Beginn der Verhandlungen geschaffene Situation war einfach unerträglich. So wie bisher konnte es in der Frage der Mantelbestimmungen und der Eingruppierung unmöglich weitergehen.

Die Reichsarbeiter sind kurz vor den Wahlen durch die unbefriedigende Regelung ihrer Löhne förmlich mit der Nase darauf gestoßen worden, daß sie von einem Bürgerblock nie durchgreifende Hilfe zu erwarten haben und deshalb alles daran setzen müssen, die Bürgerblockparteien bei den Wahlen zu schlagen. Es gibt in Deutschland nur eine Partei, die sich vorbehaltlos für die Arbeiterinteressen einsetzt, nur eine wirkliche Arbeiterpartei: die Sozialdemokratie. Je mehr Enttäuschung für die Bürgerblockparteien bei den Wahlen, desto weniger Enttäuschungen für die Reichsarbeiter bei künftigen Lohnverhandlungen!

kam es nicht einmal zur Fällung eines Spruches — gegen die von einer oder von beiden Parteien beim Haupttarifamt Einspruch erhoben worden war.

Bei den Verhandlungen vor dem Haupttarifamt zeigte sich, daß Unternehmerorganisationen nach einem bestimmten Plan überall gegen die Tarifamtsprüche Protest eingelegt hatten. Offensichtlich hatten die Unternehmerzentralen generell Anweisung ergehen lassen, unter keinen Umständen sich irgendwie auf Lohnzulagen zu einigen, sondern sogar noch Lohnabzüge zu fordern. Das führte im Haupttarifamt zu harten Auseinandersetzungen. Erfreulicherweise hat das Haupttarifamt, obwohl seine Entscheidungen bei weitem nicht befriedigen, dem Ansinnen der Unternehmerorganisationen nicht stattgegeben. Im allgemeinen wurden die Schiedssprüche der Tarifämter mit ganz geringen Abweichungen bestätigt. Für einige bedeutende Bezirke wurden die Schiedssprüche verbessert, so z. B. für den Freistaat Sachsen, für Niederschlesien (Bezirke Breslau-Görlitz-Grünberg), Provinz Brandenburg und Rheinland-Westmark. Im Durchschnitt wurden für das erste Halbjahr 5 bis 6 Pf., für das zweite Halbjahr 2 bis 3 Pf. Stundenlohnerhöhung in der Spitze bestimmt. Ein großer Teil der Lohnbezirke hat jedoch nicht für das ganze Jahr, sondern nur bis zum 26. September Löhne abgeschlossen. Vor Ablauf dieses Zeitpunktes muß in diesen Bezirken über die Löhne, die bis zum 31. März 1929 gelten sollen, von neuem verhandelt werden.

Die unterschiedlichen Lohnzulagen in der neuen Regelung — im Baugewerbe werden durch das von den Parteien eingesetzte freie Schiedsgericht endgültig bindende Lohnentscheidungen gefällt — spiegeln deutlich die Organisationsstärke der verschiedenen baugewerblichen Arbeitergruppen wieder. Am meisten zu bemängeln wäre die Lohnzulage der Tiefbauarbeiter. Ihre Löhne sind an und für sich die niedrigsten und so kommen sie bei prozentualen Zuschlägen schlechter weg als andere Gruppen. Auch wissen die Unternehmer nur zu gut, daß die Tiefbauarbeiter nicht besonders kräftig organisiert sind. Sie respektieren daher den Tiefbauarbeiter bei den Verhandlungen nicht so wie etwa die Gruppe der Maurer und Zimmerer. Das Ziel des Baugewerksbundes ist daher, die Tiefbauarbeiter fester gewerkschaftlich zusammenzuschließen. Heute sind im Baugewerksbund noch nicht einmal 50 000 Tiefbauarbeiter organisiert. Ein großer Teil steht in anderen freien Gewerkschaften. Auf Seiten des Baugewerksbundes wird betont, es handle sich dabei vielfach um Notstandsarbeiter. Die meisten Tiefbauarbeiter seien daher in ihren alten Verbänden geblieben, weil dort die Beiträge niedriger seien als im Baugewerksbund. Die Bestimmung in der Satzung des ADGB., wonach bei Berufswechsel Uebertritte in die zuständigen Verbände erst nach 13 Wochen Tätigkeit im neuen Berufe vollzogen werden brauchen, sei ein weiteres Hemmnis für die feste gewerkschaftliche Zusammenfassung dieser Arbeiterschichten. Es werde daher eine Aufgabe des nächsten Gewerkschaftskongresses in Hamburg sein müssen, im Interesse der Tiefbauarbeiter diese Uebergangsfrist bedeutend herabzusetzen.

Lettischer Gewerkschaftskongreß. In Riga tagt zurzeit der siebente lettische Gewerkschaftskongreß. Er repräsentiert 22 000 organisierte Arbeiter. Vom Ausland sind Sassenbach vom Amsterdamer Gewerkschaftsbund, Knoll-Deutschland, Bergmann-Schweden, Abg. Kwapinski-Polen sowie verschiedene Gewerkschaftsvertreter der baltischen Nachbarstaaten eingetroffen.

Die Leipziger Metallarbeiter lehnten am Freitag in neun überfüllten Versammlungen den von dem Schlichter Haak gefällten Schiedsspruch mit 14 002 gegen 73 Stimmen ab.

Kühn's Lohnsteuertabelle. Bekanntlich hat der letzte Reichstag beschlossen, die Lohnsteuer ab 1. Januar 1928 zu ermäßigen. Damit ändern sich alle bisher gültigen Berechnungen, die jeder Arbeitgeber einer Tabelle entnahm. Die neuen Abzüge bringt die soeben erschienene, übersichtlich angeordnete Kühn's Lohnsteuertabelle, die es gestattet, mit Leichtigkeit abzulesen, welcher Steuerbetrag für den einzelnen Arbeitnehmer abzuziehen ist. Kühn's Lohnsteuer-Tabelle Nr. 1 ist für wöchentliche, Nr. 2 für vierzehntägige und Nr. 3 für monatliche Auszahlungen eingerichtet und zum Preise von je 1.50 Mark zu haben. Verlag Reinhold Kühn A.G., Berlin SW. 68. Wir kennen die seit Jahren bekannte Tabelle allgemein empfehlen.

Neue Leistungen Schieles.

Er gefährdet die Volksernährung und züchtet die Arbeitslosigkeit.

Die deutschen Roggenpreise haben in den letzten Wochen stark angezogen. Am 12. April 1928 notierte die Tonne Roggen in Berlin noch mit 269 Mark. Augenblicklich muß sie mit ungefähr 290 Mark bezahlt werden. Die Ursache für diese ungewöhnliche Preissteigerung liegt auf der Hand: Die Roggenernte im Jahre 1927 war von einer sehr schlechten Beschaffenheit. Ein großer Teil eignete sich nicht zur menschlichen Ernährung und wanderte in die Futtertröge. Dieselbe Knappheit an Roggen wie in Deutschland besteht aber auch in den östlichen Ländern, und besonders ist es Polen, das gegenwärtig sehr hohe Preise für deutschen Roggen bietet. Die von Polen gezahlten Preise liegen weit über denjenigen, die die deutschen Mühlen zu zahlen in der Lage sind. Die Folge ist, daß seit längerer Zeit große Teile des für die menschliche Ernährung brauchbaren deutschen Roggens nach dem Ausland gehen und daß in Deutschland eine regelrechte Roggennot entstanden ist.

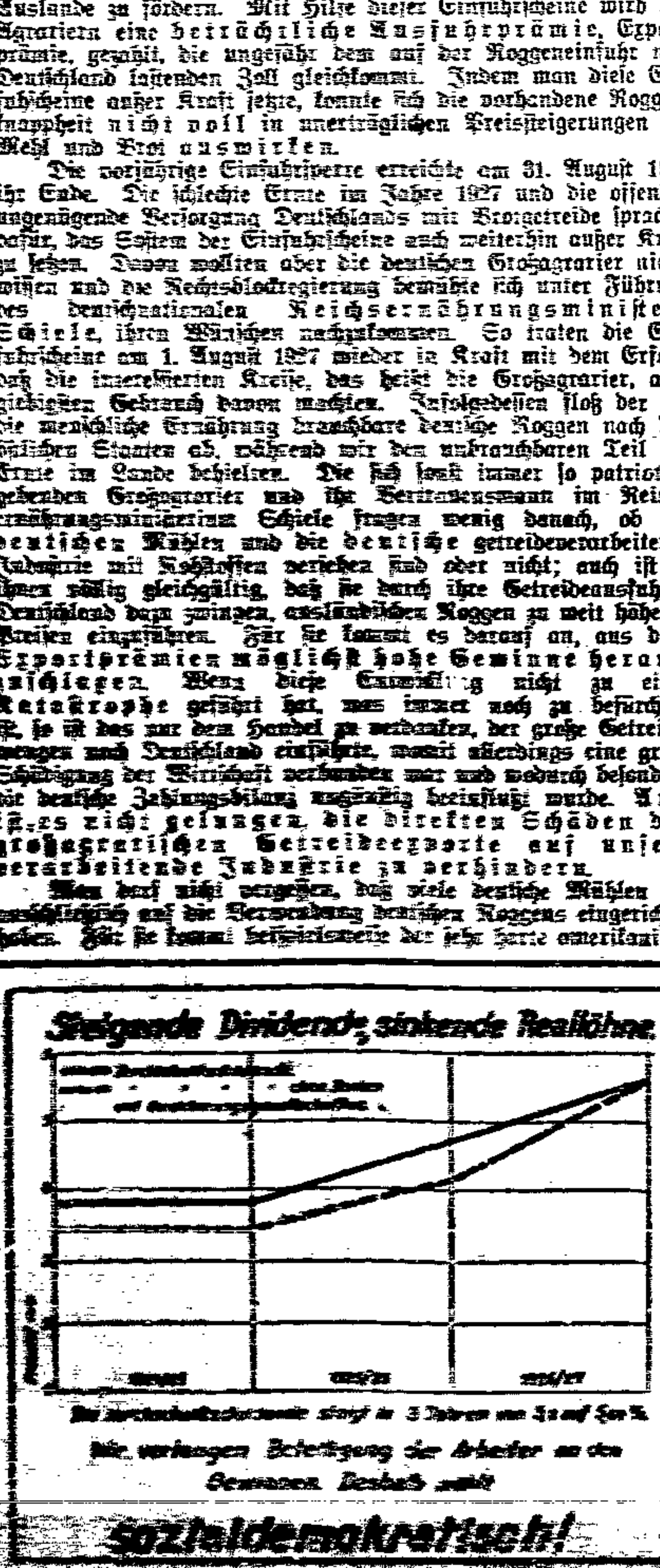
Eine ähnliche Lage hatten wir auch im vorigen Jahre. Damals erreichte die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion angesichts der immer bedrohlicher werdenden Getreidenot, daß das System der Einfuhrscheine suspendiert, vorübergehend aufgehoben wurde. Die Einfuhrscheine sind bekanntlich eine Einrichtung zugunsten der deutschen Großagrarier, um die Getreideausfuhr aus Deutschland nach dem Auslande zu fördern. Mit Hilfe dieser Einfuhrscheine wird den Agrariern eine beträchtliche Ausfuhrprämie, Exportprämie, gezahlt, die ungefähr dem auf der Roggeneinfuhr nach Deutschland lastenden Zoll gleichkommt. Indem man diese Einfuhrscheine außer Kraft setzte, konnte sich die vorhandene Roggenknappheit nicht voll in unerträglichen Preissteigerungen für Mehl und Brot auswirken.

Die vorjährige Einfuhrsperre erreichte am 31. August 1927 ihr Ende. Die schlechte Ernte im Jahre 1927 und die offenbar ungenügende Versorgung Deutschlands mit Brotgetreide sprachen dafür, das System der Einfuhrscheine auch weiterhin außer Kraft zu setzen. Davon wollten aber die deutschen Großagrarier nichts wissen und die Rechtsblockregierung bemühte sich unter Führung des deutschnationalen Reichsernährungsministers Schiele, ihren Wünschen nachzukommen. So traten die Einfuhrscheine am 1. August 1927 wieder in Kraft mit dem Erfolg, daß die interessierten Kreise, das heißt die Großagrarier, ausgiebigsten Gebrauch davon machten. Infolgedessen floß der für die menschliche Ernährung brauchbare deutsche Roggen nach den östlichen Staaten ab, während wir den unbrauchbaren Teil der Ernte im Lande behielten. Die sich sonst immer so patriotisch gebenden Großagrarier und ihr Vertrauensmann im Reichsernährungsministerium Schiele fragen wenig danach, ob die deutschen Mühlen und die deutsche getreideverarbeitende Industrie mit Rohstoffen versehen sind oder nicht; auch ist es ihnen völlig gleichgültig, daß sie durch ihre Getreideausfuhren Deutschland dazu zwingen, ausländischen Roggen zu weit höheren Preisen einzuführen. Für sie kommt es darauf an, aus den Exportprämien möglichst hohe Gewinne herauszuschlagen. Wenn diese Entwicklung nicht zu einer Katastrophe geführt hat, was immer noch zu befürchten ist, so ist das nur dem Handel zu verdanken, der große Getreidemengen nach Deutschland einführte, womit allerdings eine große Schädigung der Wirtschaft verbunden war und wodurch besonders die deutsche Zahlungsbilanz ungünstig beeinflußt wurde. Auch ist es nicht gelungen, die direkten Schäden der großagrarischen Getreideexporte auf unsere verarbeitende Industrie zu verhindern.

Man darf nicht vergessen, daß viele deutsche Mühlen sich ausschließlich auf die Verwendung deutschen Roggens eingerichtet haben. Für sie kommt beispielsweise der sehr harte amerikanische Roggen schon aus technischen Gründen nicht in Frage. Das gilt besonders für die schlesischen Mühlen, die sich unter normalen Verhältnissen mit schlesischem Roggen eindecken. Gerade die schlesischen Großagrarier haben sich jedoch auch in diesem Jahre wieder an den übersetzten Getreideverkäufen nach Polen und der Tschechei beteiligt, ohne danach zu fragen, ob die Mühlen ihres Heimatbezirkes genügend mit Rohmaterialien versehen waren. So verblieben für die schlesischen Mühlen nur geringe Restbestände. In dem Maße, wie die deutschen Roggenausfuhren nach Polen zunehmen, wird die Lage der schlesischen Mühlen schwieriger. Sie können den notwendigen Roggen nicht mehr beitreiben, um ihre Betriebe aufrecht zu erhalten. Das Deutsche Reich zahlt den Großagrariern tatsächlich Prämien, mit dem Erfolg, daß ein wichtiger Teil unserer Mühlenindustrie daniederliegt und die Arbeitslosigkeit im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe zunimmt. Es war schon seit Wochen Pflicht des Reichsernährungsministers, der von der Lage in Schlesien sehr gut unterrichtet ist, durch Aufhebung der Einfuhrscheine einzugreifen. Das hat er nicht getan.

In ihrer Notlage wandten sich die schlesischen Mühlen mehrmals an das Reichsernährungsministerium mit dem Antrag, einer weiteren Ausfuhr deutschen Roggens durch vorübergehende Aufhebung des Einfuhrsystems entgegenzuwirken. Das Reichsernährungsministerium hat auch diesen Antrag unter Berufung auf durchaus nicht stichhaltige Gründe abgelehnt. Man will eben den Großgrundbesitzern das profitable Geschäft nicht verderben.

Gerade in den letzten Tagen scheinen sich die deutschen Roggenausfuhren abermals zu steigern. Darauf deutet die bereits oben erwähnte Roggenpreisentwicklung hin. Der heutige Roggenpreis liegt um 30 bis 35 Mark höher als im Vorjahre und die Notierungen von Roggen für Mailieferungen lauten auf fast 300 Mark. Das beweist, wohin die Reise geht. Tatsache ist, daß das Angebot von Roggenmehl in den letzten Tagen nicht mehr ausreicht, um die Nachfrage zu befriedigen, obwohl die Bäcker bei ihren Käufen größte Vorsicht walten lassen. Sie müssen nämlich befürchten, daß das auf der Grundlage der jetzigen Roggenmehlpreise hergestellte Brot für die Verbraucher zu teuer ist. Wir stecken in unserer Ernährungswirtschaft, soweit die Mehlversorgung in Frage kommt, in einem ausgesprochenen Notstand. Schiele aber, den man mit Recht den Minister gegen die Ernährung nennt, rührt keinen Finger. Ein Erfolg der Sozialdemokratie am 20. Mai muß Schiele und sein System hinwegfegen und den Weg für Sicherung der Volksernährung frei machen. Sozialdemokratisch wählen heißt für billige Brotpreise sorgen.



Weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit im Reich.

Auf Grund der Erhebungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes kann ein weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit festgestellt werden. Ende März waren insgesamt 9,3 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos (Ende Februar 10,5 Prozent), während 3,6 (3,5) in Kurzarbeit standen. Ende März waren 11,8 Prozent arbeitslos und 4,3 Proz. Kurzarbeiter.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit ist ziemlich allgemein. Nur in der Lederindustrie ist eine Versteifung eingetreten. Immerhin ist auch bei den Sattlern, Tapezierern und Portefeuillern ein Rückgang der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Am stärksten ist der Rückgang in den Bauberufen und bei den Gärtnern. Aber auch hier waren noch Ende März 29 Prozent (32,8 Prozent) arbeitslos.

Verbindlicher Schiedsspruch im Ruhrbergbau.

Der Schiedsspruch für den Ruhrbergbau ist am Montag vom Reichsarbeitsminister „im öffentlichen Interesse" für verbindlich erklärt worden.

Diese Entscheidung wird keine der beiden Parteien befriedigen. Vor allem werden die Unternehmer die Verbindlichkeitserklärung dem Reichsarbeitsminister böse ankreiden, obwohl doch zweifellos auch die übrigen Kabinettsmitglieder, das heißt die Repräsentanten der Unternehmerparteien dem Vorschlage des Reichsarbeitsministers zugestimmt haben. Trotz Schmalenbach-Gutachten ist den Grubenherren die Neuaufrollung der Verhandlungen nicht gelungen.

Heute Lohnverhandlungen für die schlesische Textilindustrie.

Zur Neuregelung der Löhne der schlesischen Textilindustrie beginnen am Dienstag in Breslau Parteiverhandlungen. Der Tarifvertrag ist abgelaufen. Der Deutsche Textilarbeiterverband hat Lohnforderungen gestellt, die sich im wesentlichen zwischen [illegible] und [illegible] Prozent bewegen. Die Lohnbewegung umfaßt rund [illegible] Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Arbeitgeber lehnen jede Lohnerhöhung ab. Die Situation ist ernst.

Die Frühjahrs-Lohnkampagne im Baugewerbe

ist abgeschlossen. Die bisherigen Abmachungen, die im Baugewerbe für den Deutschen Baugewerksbund, den Zimmererverband, den Verband der Maschinisten und Heizer und den Christlichen Bauarbeiterverband gelten, liefen [illegible] März 1928 ab. [illegible] in einem Bezirk, in Ostpreußen [illegible] Lohn- [illegible]

Der Stand der preußischen Sparkassen im Februar 1928.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst einer Uebersicht der „Deutschen Sparkassenzeitung" über den Stand der deutschen Sparkassen im Februar 1928 entnimmt, war der Bestand der Sparkassen Preußens Ende Februar 3352,2 Millionen Mark, der Zuwachs betrug im Februar 144,6 Millionen Mark, die Einzahlungen 358,1 und die Auszahlungen 213,5 Millionen Mark. Als Zinszuwachs waren 20,6 Millionen Mark zu verbuchen. Bei den Giro- usw. Einlagen war der Stand am Ende des Vormonats 818,4 Millionen Mark, am Ende des Berichtsmonats 875,1 Millionen Mark.

Kohlenpreiserhöhung zum 1. Mai?

Essen, 23. April. Nachdem der Schiedsspruch für den Ruhrbergbau vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden ist, hat das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat eine Kohlenpreiserhöhung zum 1. Mai dieses Jahres beantragt. Die Sitzung des Reichskohlenverbandes und Reichskohlenrates findet am 2. Mai statt. Inzwischen wird im Syndikat über das zu beantragende Ausmaß der Preiserhöhung und über die sonstigen Maßnahmen beraten werden, die durch die Verbindlichkeitserklärung notwendig werden.

Die russischen Getreidebereitstellungen beliefen sich nach vorläufigen wirtschaftsamtlichen Daten im März 1928 auf insgesamt 1 180 000 Tonnen (gegenüber 712 000 Tonnen im März des Vorjahres). Sie verteilten sich auf die einzelnen Reviere wie folgt: auf die Ukraine 379 280 Tonnen (gegen 108 887 Tonnen im März des Vorjahres), den nördlichen Kaukasus 104 657 Tonnen (51 [illegible] Tonnen), das zentrale landwirtschaftliche Gebiet 184 696 Tonnen (51 086 Tonnen), das Wolgagebiet 125 910 Tonnen, den Ural 81 547 Tonnen (70 239 Tonnen), Sibirien 177 210 Tonnen, Kasakstan 49 922 Tonnen (34 637 Tonnen) und auf die Tatarenrepublik [illegible] Tonnen. Seit Beginn der Getreidekampagne 1927/28 sind bis Ende März 1928 insgesamt 16 260 000 Tonnen bereitgestellt worden, d. h. etwas mehr als in der Vergleichszeit des Vorjahres.

Arbeiter-Sportbewegung

Sport des Sonntags.

Breslau, den 24. April 1928.

Fußball.

Sparta I — Trebnitz I 0:4. Bei schönstem Frühlingswetter standen sich am Schlachthof obige Mannschaften im fälligen Verbandsspiel gegenüber. Der Anstoß von Sparta wird sofort abgefangen und der Gegner zieht sofort vors Spartator, ohne zunächst etwas Zählbares zu erreichen. Trotzdem bleiben sie weiter im Vorteil. In der 27. Minute gehen sie durch Kopfball in Führung. Schwer arbeitet die Hintermannschaft von Sparta, ihr Sturm kommt nur vereinzelt vor, ohne sich aber durchsetzen zu können. In der 39. Minute winkt ihnen der Ausgleich in Form eines Elfmeters, doch derselbe wird trotz mehrmaliger Wiederholung eine Beute des guten Tormanns. Bis zur Pause ändert sich nichts mehr. Nach Wechsel scheint Sparta aufzutauen, doch nicht lange. Tebnitz ist weiter tonangebend und es gelingt ihnen, in regelmäßigen Abständen das Resultat auf 4:0 zu schrauben. Bei einem gut eingeleiteten Angriff seitens Spartas, wird Halbrechts unfair zu Fall gebracht Der gegebene Elfmeter wird aber hoch darüber geschossen. Kurz darauf ist Schluß. Der Sieger stellte eine einheitlich geschlossene Mannschaft ins Feld. Der Sieg war vollauf verdient. Sparta zeigte sehr mangelhafte Leistungen und war gegen den Vorsonntag nicht wiederzuerkennen. Der Schiedsrichter entledigte sich seines Amtes in zufriedenstellender Weise.

Falke I — Silesia-Kickers I 3:2 (2:2). Knapp aber sicher schlug am Sonntag Falke Silesia-Kickers mit obigem Resultat aus dem Felde. Die Zuschauer bekamen gute Kost vorgesetzt. Leider wurde von seiten der Silesen, besonders in der letzten Phase des Spieles ein unnötig scharfer Ton bevorzugt. Dankenswert blieb der Schiedsrichter in seinen Entscheidungen stets gerecht und erkannte so manche Uebeltat der Zimpeler. Auffallend war bei diesem Treffen noch, daß drei Elfmeter auf dem Diktat standen. Zwei dieser Markensachen beanspruchte der Falkesturm, von denen einer als Erfolg verwandt wurde. Auf der Gegenseite blieb der gegebene Elfer eine Beute des Torhüters der Falken.

Weitere Resultate vom 22. April.

V.f.B. I — Spielv. 1921 2:0.
V.f.B. II — Spielv. 1921 2:3.
Freie Sportfreunde III — Silesia-Kickers III 1:0.
Hundsfeld I — Herrmannsdorf I 8:1.
West I — Wratislawia I 2:1.
Falke I — Silesia-Kickers I 3:2.
Falke Jgd. — West Jgd. 2:0.
V.f.L. I — Strehlen I 2:1.
Union I — F.S.V. I 2:2.
Union II — F.S.V. II 4:0.
Union III — Wratislawia III 6:0.
Union 1. Jgd. — Oswitz 1. Jgd. 7:0.
Union 2. Jgd. — Zottwitz 1. Jgd. 6:1.
V.f.L. 1. Schüler — Adler-Flott 1. Schüler 1:0.
Vorwärts I — Oswitz I 3:1.
Vorwärts II — Oswitz II 2:0 (abgebrochen).
Vorwärts 1. Jgd. — Oswitz 1. Jgd. 2:0.
Wacker I — Koberwitz I 3:1.
Wacker II — V.f.L. II 1:4.

Faustball-Resultate vom 22. April.

Erstgenannte Mannschaften, außer unentschiedenen Spielen, sind Gewinner. Es wurde durchweg mit zwei Bällen gespielt, deshalb die hohen Resultate.

Jugend.

3. Abt. — 1. Abt.	109:98
9. Abt. — 5. Abt.	89:85
3. Abt. — 5. Abt.	106:76
1. Abt. — 9 Abt.	96:75

Männer-B-Klasse.

1. Abt. II — 4. Abt. II	80:64
1. Abt. II — 5. Abt. II	60:60
West II — 5. Abt. II	85:78
West II — 7. Abt. Alters II	95:56
5. Abt. Alters — 4. Abt. II	79:65
5. Abt. Alters — 7. Abt. Alters II	93:72

Männer-A-Klasse.

1. Abt. — 3. Abt	62:53
1. Abt. — 5. Abt.	68:58
5. Abt. — 4. Abt.	78:60
West — 3. Abt.	69:35
West — 9. Abt.	kampfl. f. West
4. Abt. — 9. Abt.	kampfl. f. 4. Abt.

1921 I — V.f.B. I 0:2. 1921 war nicht imstande, den Siegeszug der Oltaschiner aufzuhalten. V.f.B., mit Ersatz antretend, ging in der 19. Minute in Führung. Mit diesem Resultat ging es in die Pause. Nach Halbzeit wird zunächst, trotz beiderseitiger Anstrengungen, nicht Zählbares erreicht, bis es dem Mittelstürmer des V.f.B. gelingt, durch ein zweites Tor den Sieg sicherzustellen. Vorher spielten die zweiten Mannschaften. Hier siegte 1921 mit 3:2.

Verhandlungsausschuß, Sitzung für den 30. April. Folgende Sportsgenossen sind geladen: 20 Uhr, in Sachen V.f.L.-Oswitz (Protest). Dazu Spielführer beider Vereine sowie Schiedsrichter Reinert (Sturm). Zeugen stellen die Vereine selbst. 20,15 Uhr: in Sachen Hundsfeld; dazu Vereinsvertreter. 20,30 Uhr: Union; dazu Vereinsvertreter. 20,45 Uhr: Canth; dazu Vereinsvertreter. 21 Uhr: Falke; dazu Vereinsvertreter. 21,15 Uhr: Rapid; dazu Vereinsvertreter. 21,30 Uhr: Freie Sportfreunde; dazu Vereinsvertreter.

Resultate der Faustballspiele der Turnerinnen.

2. Abt. I — 1. Abt. I	kampflos f. 2. Abt.
4. Abt. II — 1. Abt. II	kampflos f. 4. Abt.
1. Abt. Jgd. I — 4. Abt. II	91:68
1. Abt. Jgd. I — 1. Abt. Jgd. II	77:64
4. Abt. I — 1. Abt. I	kampflos f. 4. Abt.
4. Abt. III — 1. Abt. II	kampflos f. 4. Abt.
4. Abt. I — 2. Abt. I	81:73
2. Abt. II — 1. Abt. Jgd. II	91:32
4. Abt. III — 3. Abt. II	73:73

Trommelball.

4. Abt. I — 1. Abt. I	94:76
1. Abt. Jgd. I — 1. Abt. II	kampflos f. Jgd.

Bezirksmeisterschaft im Boxen.

Am 21. April brachte der Bezirk Breslau des Arbeiter-Athleten-Bundes in der Turnhalle der Loheschule die diesjährigen Bezirksmeisterschaften im Boxen zum Austrag. Ein Teil der Kämpfe konnte gefallen, während andere lehrten, daß manche Kämpfer noch sehr viel lernen müssen. Durch nur achtzehn eingegangene Meldungen aus Brieg, Deutsch-Lissa und als einziger Breslauer Verein die Freie Sportvereinigung 1897 kamen in einigen Klassen die Titelkämpfe nicht zum Austrag. Bezirksboxwart Genosse Zajadatz begrüßte die erschienenen Interessenten und übergab dem Ringrichter, Genossen Glatiki, die Leitung der Kämpfe. Es standen sich im Einleitungskampf Hein, Herkules-Brieg, 99 Pfund und Hauschild, Freie Sportv. 1897, 104 Pfund, gegenüber. Der Brieger kann gegen den seinen ersten Kampf liefernden Breslauer einen glatten Erfolg buchen. Im Federgewicht gehen Rüdiger, 109 Pfund, Deutsch-Lissa, und Weinert, 115½ Pfund, Freie Sportv. 1897, nach zahmem Kampf unentschieden aus den drei Runden; ersterer erhält den Titel im Federgewicht, da der 1897er ein halbes Pfund zu schwer war. Leichtgewicht: Im Vorkampf zwischen Scholz, 123 Pfund, Freie Sportv. 1897, und Wolf 123 Pfund, Deutsch-Lissa, siegt Scholz nach hartem Kampf in der dritten Runde durch k. o. Weltergewicht: Rosenberger, 132½ Pfd, Freie Sportv., 1897, hat in seinem Klubgenossen Herrmann, 126 Pfund, nicht viel zu schlagen und siegt durch Linken in der zweiten Runde. Halbschwergewicht: Melzig, Freie Sportvereinigung 1897, 150 Pfd., hat den bekannten Ringer Aßmann, 155 Pfund, als Gegner. In heftigem Schlagwechsel zieht letzterer den kürzeren und muß sich auszählen lassen. Die Endrunde im Leichtgewicht brachte den erbittertsten Kampf des Abends, Zirkert, Deutsch-Lissa, 118 Pfund, kämpfte verbissen in schnellem Tempo gegen den Vorrundensieger Scholz, 1897, nachdem die erste Runde ausgeglichen war, kommt Scholz auf und kann durch gutsitzende Linken in der zweiten Runde seinen Gegner für die Zeit auf die Bretter bringen. Im Schlußkampf siegt Lohr, Freie Sportv. 1897, 145 Pfund, als Sieger im Mittelgewicht im Freundschaftskampf nach hartem Treffen gegen Melzig, 150 Pfund. Die Leitung im Ring hatte Genosse Glatiki, Nordost, Punktrichter waren die Genossen Zajadatz und Pienkny, Zeitnehmer Genosse Reichert. Für den Sanitätsdienst sorgten in freundlicher Weise die Arbeitersamariter. Die Kämpfe brachten folgende Resultate in den einzelnen Klassen:

Fliegengewicht: 1. Hein, Herkules, Brieg.
Bantamgewicht: 1. Hauschild, Freie Sportv. 1897, Breslau.
Federgewicht: 1. Rüdiger, Germania, Deutsch-Lissa.
Leichtgewicht: 1. Scholz, Freie Sportv. 1897.
Weltergewicht: 1. Rosenberger, Freie Sportv. 1897.
Mittelgewicht: 1. Lohr, Freie Sportv. 1897.
Halbschwergewicht: 1. Melzig, Freie Sportv. 1897. Py.

Fußballserienspiele am 29. April.

1. Männer. Platz: Eichenpark. 1. und 7. Männer-Abteilung bauen je zwei Felder.
(Die Reihenfolge bedeutet: Zeit, Mannschaften, Schiedsrichter.)

A-Klasse.

9,45: 1. Abt. — 4. Abt.; Tullatz, 7. Abt.
9,45: 3. Abt. — 5. Abt.; Wittek, West.
9,45: 7. Abt. — West; Tscherake, 1. Abt.
11,15: 1. Abt. — 7. Abt.; Schulz, 5. Abt.
11,15: 3. Abt. — 9. Abt.; Tullatz; 7. Abt.
11,15: 4. Abt. — West; Tscherntke, 1. Abt.

B-Klasse.

9,00: 1. Abt. II — 7. Abt. Alters II; Scholz, 4. Abt.
9,00: 4. Abt. II — 7. Abt. III; Günther, 5. Abt.
9,00: 5. Abt. II — 7. Abt. II; Wittek, West.
9,00: 5. Abt. Alters — 7. Abt. Alters I; Adamek, 3. Abt.
9,45: 5. Abt. Alters — West II; Lindner, 7. Abt.
10,30: 1. Abt. II — West II; Gniesa, 7. Abt.
10,30: 4. Abt. II — 7. Abt. II; Günther, 5. Abt.
10,30: 5. Abt. II — 7. Abt. Alters I; Scholz, 4. Abt.
10,30: 1. Abt. III — 7. Abt Alters II; Adamek, 3. Abt.
11,15: 1. Abt. III — 7. Abt. III; Sabisch, 5. Abt.

II. Jugend Platz: Gröschelwiese.
5. Abteilung baut zwei Felder.

9,30: 1. Abt. — 5. Abt.; Ruzika.
9,30: 3. Abt. — 7. Abt. I; Kothe, 5. Abt.
10,15: 1. Abt. — 7. Abt. II; Kothe, 5. Abt.
10,15: 3. Abt. — 9. Abt.; Ruzika.
11,00: 5. Abt. — 7. Abt. I; Ruzika.
11,00: 9 Abt. — 7. Abt. II; Kothe.

III. Turnerinnen, Haidenheinplatz.

I. und III. Turnerinnen-Abteilung bauen drei Felder.

Schiedsrichter werden auf dem Platz eingeteilt.

2,30: 1. Abt. I — 3. Abt. I.
2,30: 2. Abt. II — 3. Abt. III.
2,30: 3. Abt. II — 4. Abt. II.
3,15: 3. Abt. I — 4. Abt. I.
3,15: 1. Abt. II — 4. Abt. II.
3,15: 1. Abt. 1. Jgd. — 4. Abt. III.
4,00: 1. Abt. 2. Jgd. — 3. Abt. II.
4,00: 3. Abt. III — 4. Abt. III.
4,00: 1. Abt. II — 2. Abt. II.

Trommelball:

5,00: 1 Abt. I — 1. Abt. 1. Jgd.
5,00: 1. Abt. II — 4. Abt. I.

Arbeiter-Radfahrerverein Breslau. Das Rennen, welches für die A-Klasse auf der Strecke Breslau—Trebnitz—Obernigk nach Breslau unter starker Beteiligung und schönem Wetter stattfand, zeitigte ein gutes Resultat. Es belegten folgende Sportgenossen Plätze: 1. Gottwald (Klettendorf) 1:44,10 Std., 2. Auras (Breslau) 1:44,12 Std., 3. Sembale (Breslau) 1:44,15 Std., 4. Schmiotalla (Friedewalde) 1:44,16 Std., 5. R. Langer (Friedewalde) 1:44,18 Std., 6. Klinner (Breslau) 1:46,55 Std. Es folgten die anderen Fahrer mit kurzen Abständen. — In der Jugendklasse belegten auf der Strecke Breslau—Wiese—Schebitz nach Bresau folgende Jugendgenossen einen Platz: 1. Bojewald (Breslau) 1:5,5 Std., 2. Manchen (Klein-Tschansch), eine Radlänge zurück; 3. Schneider (Breslau) 1:5,6 Std., 4. Linke (Breslau) 1:5,7 Std. — In der Altersklasse, die dieselbe Strecke gefahren ist, plazierten sich folgende drei Genossen: 1. Dzial (Klein-Tschansch) 1:6 Std., 2. Lechnik (Breslau) 1:9 Std., 3. Paff (Breslau) 1:16 Std.

Zum Alltag u. zum Feste
bleibt Christ's Brot
doch das Beste!

Notizen.

Freie Turnerschaft Breslau, 1. Männerabteilung. Dienstag, den 24. April, 21 Uhr, findet bei Hanke unsere Quartalsversammlung statt.

Freie Turnerschaft Breslau, 10. Abteilung. Donnerstag, den 26. April, 20 Uhr (8 Uhr), findet bei Wolf, Hedwigstraße 15, die Gründungsversammlung statt. Interessenten sind höflichst eingeladen; Mitglieder werden dort aufgenommen.
J. A.: W. Adler.

Freie Turnerschaft Breslau, 2. Turnerinnen-Abteilung. Heute abend, 8 Uhr, Abteilungs-Funktionärversammlung bei Roschik, Luisenstraße 15.

5. Männer-Abteilung der Freien Turnerschaft Breslau. Sämtliche Waldenburgfahrer, Männer wie Jugend, finden sich zwecks Einübung der Massenfreiübungen jeden Dienstag und Freitag auf der Halle ein.

Schwimmverein „Poseidon". Sonnabend, den 28. April, Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshause. Wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Mitglieder. Vorstandsmitglieder sind bereits um 6,30 Uhr anwesend.

Sportvereinigung Nordost 03, e. V. Der angekündigte Vortrag findet Mittwoch, den 25. April, 20 Uhr, Waterlooschule, statt, wozu die Jugend und alle Mitglieder eingeladen sind.

Jiu-Jitsu-Abteilung. Das Training ist jetzt in zwei Turnhallen, Mittwoch von 20 bis 22 Uhr, Ofener Schule, Freitag, von 20 bis 22 Uhr, Anderssenschule: jeden Dienstag und Freitag von 20 bis 22 Uhr, Schwerathletik.

Arbeiter-Radfahrerverein Breslau. Die fällige Monatsversammlung findet Mittwoch, den 25. April, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 7/8, statt. Die Fahrwarte vergessen nicht die Abteilungsausfahrten, welche am 13. und 17. Mai stattfinden, dem Genossen M. Pittke bekanntzugeben.

Verein für Bewegungsspiele, Brieg, sucht für ersten Pfingstfeiertag, vormittags, sowie zweiten Feiertag, nachmittags für seine ersten und zweiten Mannschaften spielstarke Gegner nach Brieg. Bedingung: ohne Entschädigung gegen Rückspiel. Angebote werden schnellstens erwünscht an Sportgenossen Karl Wilde, Brieg, bei Breslau, Damaschkestraße 1.

Die Peisterwitzer Stadionweihe, verbunden mit Leichtathletik-Mannschaftskämpfen, findet infolge der am 20. Mai stattfindenden Wahlen am 8. Juli statt. Den Abteilungs-Sportleitern zur Kenntnisnahme. Der unter Leitung vom Bundesgenossen Bühren stattfindende Sportleiterkursus ist um acht Tage verschoben, er findet am 17., 18. und 19. Juni statt. Meldeschluß zum Schüler- und Schülerinnen-Anturnen im Volkstümlichen (27. April) pünktlichst einhalten; Kampfrichtermeldungen nicht vergessen.

Schach.

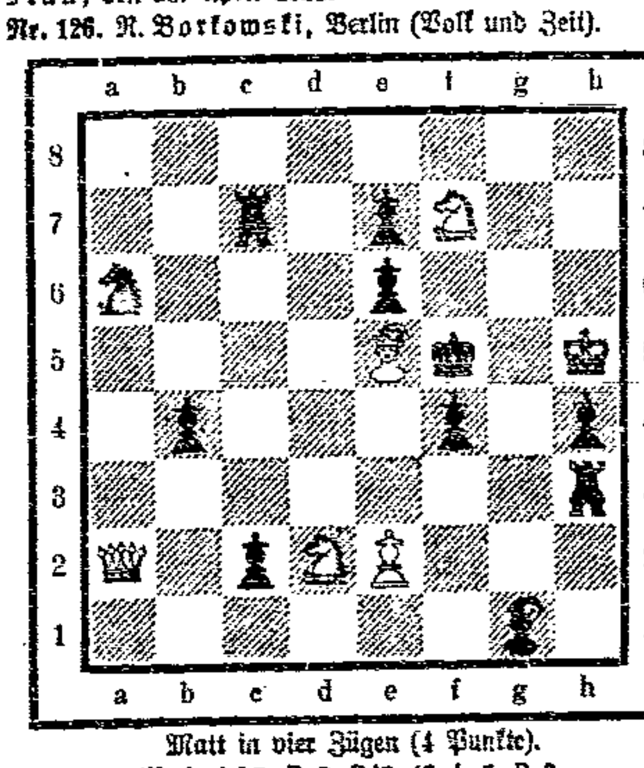
Bearbeitet vom Arbeiter-Schachverein Breslau.

Zuschriften sind zu richten für Problemteil an R. Rittner, Breslau 17, Pöpelwitzstraße 22; für Partienteil und Organisationsfragen an J. Lux, Breslau 6, Weitendstraße 74.

Problemlösungs-Turnier.

Breslau, den 23. April 1928.

Problem Nr. 126. R. Borkowski, Berlin (Volk und Zeit).



Matt in vier Zügen (4 Punkte).
Weiß: Kb5, Da2, Sd2, f7, Le5, Be2.
Schwarz: Kf5, Tc7, h3, Sa6, Lg1, Bb4, c2, e6, e7, f4, h4.

Lösungen.

Problem Nr. 122. P. Fleischauer. 1. Se6–d4! Eine nette Aufgabe mit gutem Schlüssel. Der Inhalt zeigt Schachprovokation und ein fast vollständiges weißes Springerrad durch Abzug des Springers c3. Einige Löser versuchten der Aufgabe mit 1. Kc4–d3 beizukommen. Sie übersahen die Parade Sg5×f3! Was nun?

Partie Nr. 46. Spanisch.
Gespielt beim Städtewettkampf Berlin—Nürnberg.

Weiß: Ibler, Nürnberg.		Schwarz: Heuseler, Berlin.	
1. e2–e4	e7–e5	12. e4–e5!	d6×e5
2. Sg1–f3	Sb8–c6	13. d4×e5	Sf6–e8?[3]
3. Lf1–b5	a7–a6	14. Le3–g5	Dd8–c8[4]
4. Lb5–a4	Lf8–c5[1]	15. Sc3–e5![5]	Kg8–h8
5. 0–0	b7–b5	16. Sd5–e7![6]	Sc6×e7[7]
6. La4–b3	d7–d6	17. Lg5×e7	Tf8–g8
7. c2–c3	Sg8–f6	18. Lb3×f7	Ld7–e6?[8]
8. d2–d4	e5×d4	19. Sf3–g5![9]	Le6–g4
9. c3×d4	Lc5–b6	20. Dd1–b3	Dc8–d7
10. Lc1–e3	Lc8–d7?	21. Lf7×e8[10]	Tg8×e8[11]
11. Sb1–c3	0–0[2]		

[1] Der Textzug kann nicht ganz befriedigen, und zwar deshalb nicht, weil Weiß später mit c2–c3, d2–d4 das Zentrum besetzt und Schwarz durch das Zurücknehmen des Läufers ein wichtiges Tempo verliert.
[2] Beide Spieler haben die Entwickelung beendet. Weiß hat das bessere Spiel und geht energisch zum Angriff über.
[3] Hiernach geht Schwarz zwangsläufig zugrunde. Sf6–g4 ist beachtenswert.
[4] Auf 15. ....., Sf6–g4 hätte jetzt die schwarze Dame das schöne Feld e8 gehabt.
[5] Es droht jetzt Qualitätsverlust durch L oder Se7.
[6] Weiß spielt die Partie im besten Angriffsstil.
[7] Erzwungen, wie leicht ersichtlich. Zieht Schwarz die bedrohte Dame nach b7, so folgt Dd1×d7. Auf Dd8 verliert Schwarz mit Sg6+ die Dame.
[8] Schwarz, welcher seinen Leichtsinn im 13. Zuge (Se8) mit dem Verlust eines Bauern und der Qualität gebüßt hat, hegt immer noch Remishoffnungen, welche sich nach einem Abtausch auf g8 ergeben könnten.
[9] Ein überraschender Zug. Weiß verschmäht die Qualität und geht aufs Ganze.
[10] Diese Partie ist überaus reich an spannenden Momenten.
[11] Nun folgt ersticktes Matt in 4 Zügen. Ein glänzender Schluß.

Gebt Eure Anzeigen der Volkswacht.

Aus Schlesien.

Zum 1. Mai in Polnisch-Schlesien

Gemeinsamer Maiaufruf der Deutschen und Polnischen Partei.

Die Deutsche Sozialistische Arbeiterpartei und die Polnische Sozialistische Partei veröffentlichen einen gemeinsamen Aufruf an die werktätige Bevölkerung der Wojewodschaft Schlesien, der den faschistisierenden Tendenzen der kapitalistischen Kreise Polens die Parole der Demokratie entgegenstellt, die einzelne nächstwichtige Ziele der beiden Parteien umreißt und scharf gegen die Zersplitterungstendenzen der in Polen besonders zahlreichen Auch-Arbeiterparteien, insbesondere die von Biniszkiewicz neubegründete „Schlesischen Sozialisten", Stellung nimmt. Zu der erfreulicherweise sich konsolidierenden Zusammenarbeit der beiden Parteien, in diesen vom Nationalismus so arg verseuchten Gebiet wird in dem Aufruf gesagt:

Diese Idee hat endlich auch in Schlesien einen bedeutenden Fortschritt erzielt. Bei den Wahlen zum Sejm und Senat hat die PPS. mit der DSAP. einen Wahlblock geschlossen. Das Einvernehmen, das bei den Wahlen zwischen den deutschen und polnischen Arbeitern herrschte, hat jetzt **die Form einer ständigen Zusamemnarbeit angenommen.**

Mit aufrichtiger Freude verkünden wir diese Tatsache der ganzen Arbeiterklasse und erklären, daß wir unermüdlich zur Vernichtung jenes Hindernisses, welches die Plebiszitkämpfe und die nationalistische Hetze geschaffen hat, schreiten werden.

Den Genossen, die mit nie erlahmender, selbstloser Arbeit uns zur Eroberung von über 76 000 Stimmen in Schlesien verholfen haben, statten wir nunmehr unseren innigsten Dank ab und fordern sie auf, erneut alle Kräfte in der Aktion für die **Befestigung der solidarischen Zusammenarbeit zwischen polnischen und deutschen Genossen, zum Wohle beider arbeitenden Volksschichten einzusetzen.**

Dieses Bekenntnis zur Einigkeit, dem sich noch die Forderung nach Amnestie der — meist kommunistischen — politischen „Verbrecher" anschließt, ist ein begrüßenswerter weiterer Schritt auf der politischen Marschlinie, die durch den deutsch-polnischen Wahlblock eingeleitet wurde. Mögen auch bürgerliche Blätter deutscher Zunge darin einen „Volksverrat" oder doch zum mindesten eine politische Unklugheit — weil auf den ersten Anhieb nicht der greifbare parlamentarische Erfolg gebucht werden konte — erblicken. Der endgültige Sieg einer auch den nationalen Rechten der Minderheitsvölker in den uns benachbarten Nationalitätenstaaten gerecht werdenden Politik kann nur der gemeinsame Kampf der Sozialisten aller Nationen für Freiheit, Demokratie und für das gemeinsame Ziel aller Sozialisten, die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft bringen.

Eine Riesenkundgebung

des ländlichen Proletariats im Kreise Nimptsch fand am Sonntag in Nimptsch statt. Von weit her waren zu Fuß und per Bahn zweitausend Landproletarier erschienen, um gegen die Landbundhetze zu demonstrieren. Ein ausführlicher Bericht folgt.

Eine saubere Gemeinschaft.

Deutschnationale und Kommunisten verhindern in Waldenburg die Heranziehung der Industrie zur Steuerbelastung.

Der Magistrat der Stadt Waldenburg hat in der letzten Sitzung des Stadtparlaments eine Vorlage eingebracht, wonach in Zukunft die Gewerbesteuer nicht mehr nach dem Kapital, sondern nach der Lohnsumme erhoben werden soll. Begründet wurde diese Maßnahme damit, daß ganz besonders die Industrie bei der bisherigen Veranlagung sehr wenig und zum Teil gar keine Steuern gezahlt hat, weil sie es verstand, die Bilanzen immer so aufzustellen, daß daraus eine Verschuldung der Betriebe zu entnehmen war. Der sozialdemokratische Sprecher wies aber in der betreffenden Stadtverordnetensitzung nach, daß die Behauptung der Industriewerke, sie seien unrentabel und müssen dauernd zusetzen, ein Märchen ist. Von den Betrieben, die angeblich mit Unterbilanz arbeiten, hat noch kein einziger die Pforten geschlossen, sie haben im Gegenteil den Beamtenapparat verstärkt, die Direktorengehälter wesentlich erhöht und außerdem jährlich enorme Dividenden und Tantiemen ausgeschüttet. Durch die Erhebung der Gewerbesteuer nach der Lohnsumme sei eine gerechtere Verteilung der Steuer möglich. Natürlich sprachen sich die Gewerbetreibenden und kleinen Handwerker für die neue Steuerregelung aus, während die Vertreter der Industrie ganz energisch gegen die Erhebung der Gewerbesteuer nach der Lohnsumme protestierten. Aber das hatten sie eigentlich gar nicht nötig, denn bessere Vertreter ihrer Interessen hätten sie gar nicht finden können als in den kommunistischen Stadtverordneten. In einer großangelegten Rede traten diese für die Beibehaltung des bisherigen Steuersystems ein und versuchten darzulegen, daß die Industrie sich in einer außerordentlichen Notlage befände, so daß sie die Steuer nach der Lohnsumme nicht bezahlen könne und sicher die Löhne herunterdrücken würde, wenn die Vorlage zur Annahme gelangt. Trotzdem die sozialdemokratischen Sprecher den Kommunisten klarzumachen versuchten, daß die Industriellen immer mit Ausreden bei der Hand sein würden, wenn Lohnforderungen gestellt werden, aber die Arbeiterschaft wird nicht einen Pfennig mehr Lohn erhalten, wenn man die Industrie vor einer gerechten Besteuerung schützt. Diese Belehrungen hatten den Erfolg, daß die kommunistischen Stadtverordneten sich um so beharrlicher vor die Industrie stellten und jede steuerliche Belastung abzuwehren versuchten. Ein trauriges Schauspiel war es, als bei der Abstimmung die beiden Vertreter der Industrie und die sechs Kommunisten sich erhoben und gegen die neue Steuerregelung stimmten. Unter allgemeiner Heiterkeit rief noch ein Vertreter von der Rechten, wohlgemerkt: „Das ist ja ein herrlicher Anblick, Kommunisten und Großindustrie Arm in Arm, da gehen wir ja noch herrlichen Zeiten entgegen!"

Kommentar überflüssig.

Es bebt schon wieder bei oberschlesischen Grubenherren.

Aus Rybnik wird schon wieder ein Erdbeben gemeldet, das am vorigen Freitag einige Minuten lang andauerte. Häuser und Möbel sollen Schaden genommen haben. Wie schon die T.U. bemerkt, muß erst festgestellt werden, [illegible] nicht auch diese als Erdbeben bezeichnete Erschütterung durch ein abgebautes Grubenfeld zu erklären ist. Wahrscheinlich haben die oberschlesischen Grubenherren von ihren niederschlesischen Kollegen gelernt, wie man [illegible] abwendet.

Bunzlau. Vom Schlachtfeld der Arbeit. Der Monteur Rudolf Kienitz aus Hirschberg wurde, als er am Transformatorenhaus in Mittlau mit dem Oeffnen der Tür beschäftigt war, vom Starkstrom getroffen und sank tot zu Boden.

Ohlau. Todbringende Spielerei. Auf der Chaussee Ohlau—Stannowitz hatten sich drei Knaben an ein Lastauto herangemacht und versuchten, sich an die Anhänger zu hängen. Dabei stürzte einer der Knaben und wurde überfahren. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Jugend heraus!

Alle kommen zum

Waldenburger Jugendtag

Pfingsten 1928
26. bis 28. Mai

Programm:

Sonntag, den 27. Mai: **Morgenfeier**
Jugendfest, Abendkundgebung mit Fackelzug

Montag, den 28. Mai: **Wanderfahrten** ins Waldenburger Bergland

Teilnehmerbeitrag einschließlich Fackelschein und 4 Straßenbahnfahrscheinen 1.50 Mark

Anmeldung bis 20. Mai bei Fritz Ohlig, Breslau 1, Margaretenstr. 17

Waldenburg. Die Höflichkeit ist eine Zier'———. Vor einiger Zeit berichtete die schlesische Presse über die sonderbaren Behandlungen, die der Polizeioberleutnant Knippel von der Waldenburger Schutzpolizei den ihm unterstellten Polizeibeamten angedeihen ließ. So ging er einmal soweit, daß er einige Beamte, in deren Zimmern es angeblich nicht so ausgesehen hat, wie er es wünschte, als „Sauhunde" bezeichnete. Mit aller Entschiedenheit wurde von der Oeffentlichkeit, besonders aber vom Schutzpolizeikommando, die Entlassung dieses Polizeioffiziers gefordert, der sich übrigens schon vorher bei anderer Gelegenheit unrühmlich bemerkbar gemacht hatte. Infolge des Einspruchs, den Knippel erhoben hatte, zog sich die Angelegenheit auf viele Monate hinaus. Jetzt hat der preußische Minister des Innern zwar von einer Entlassung des Knippel abgesehen, dafür aber seine Versetzung nach Cottbus angeordnet unter dem Hinweis, daß, wenn K. sich das Geringste zuschulden kommen läßt, seine Entlassung aus dem Polizeidienst erfolgt.

Rothenbach, Kreis Landeshut. Eine Grubenstrecke zusammengebrochen. Auf der dritten Sohle der Gustavgrube brach im Hauptquerschlag eine ganze Strecke zusammen, die schon vor acht Jahren einmal zu Bruch gegangen war. Ungeheure Gesteinsmassen brachen herunter glücklicherweise zu einer Zeit, als in der Strecke nicht gearbeitet wurde. Trotz intensiver Arbeit wird die Beseitigung der Betriebsstörung zwei bis drei Tage in Anspruch nehmen, bis die Belegschaft ihre Arbeit wieder aufnehmen kann.

Tscherbeney, Kr. Glatz. Ein Krankheitsrätsel. Aus einer ebenso merkwürdigen wie schrecklichen Ursache mußte der 20jährige Sohn des hiesigen Landwirts Witwer einen furchtbaren Tod erleiden. Ein Zahngeschwür, an dem W. seit einiger Zeit litt, bereitete ihm heftige Schmerzen, die bis zum Unterleib ausstrahlten. Die Leiden wurden so furchtbar, daß der junge Mann kurze Zeit nach der Ueberführung ins Krankenhaus starb. Dabei stellte sich heraus, daß die Todesursache eine Bauchfellentzündung gewesen war, von der die Aerzte annehmen, daß sie die Folge einer Blutvergiftung gewesen ist, die ihre ersten Anzeichen in der Zahngeschwulst gefunden hatte.

Zedlitz, Kr. Ottmachau. Nachlässigkeit führt zum Tod. Wie notwendig man auch bei den kleinsten Wunden sein muß, zeigt wieder einmal mit erschreckender Deutlichkeit der Fall des Stellenbesitzers Schäfer aus Zedlitz. Sch. hatte sich einen Dorn in den Fuß getreten, ihn herausgezogen und die kleine Wunde nicht weiter verbunden. Auf diese Weise ist wohl Schmutz hereingekommen, der Fuß schwoll nach kurzer Zeit an und unter qualvollen Schmerzen starb der Unglückliche an Blutvergiftung im Ottmachauer Krankenhaus.

...so, Sie glauben nicht, meine Dame, daß man für wenig Geld etwas sehr Gutes auf den Kaffeetisch bringen kann?
Nun—dann probieren Sie doch mal Kathreiners Malzkaffee!
Das ganze Pfundpaket kostet nur 55 Pfg. und ergibt — 120 Tassen!
Fragen Sie doch auch mal irgendeine andere erfahrene Hausfrau!

Rosenberg O.-S. In die Heugabel gestürzt. Ei[n] junger Landwirtssohn fiel beim Dreschen auf eine Heugabel un[d] zog sich schwere innere Verletzungen zu, die das Schlimmste be[-] fürchten lassen.

Koswitz (Hultschin). Eine zwölfjährige Mutter. Eine zwölfjährige Schülerin der hiesigen tschechischen Schu[le] gebar dieser Tage ein Kind.

Kattowitz. Aufstand politischer Gefangener i[m] Gerichtsgefängnis. In Kattowitz brach am Sonntag ei[n] Aufstand der politischen Gefangenen aus. Die Gefangenen, in de[r] Mehrzahl Kommunisten, verbarrikadierten sich in ihren Zelle[n], sangen kommunistische Lieder, steckten eine rote Fahne zum Fenster hinaus und warfen ihre Brote in den Gefängnisho[f]. Durch den Tumult war eine große Menschenmenge angelockt worden, die von der Polizei durch Schreckschüsse auseinander getrieben wurde. Die rebellierenden Gefangenen wurden schließlich in Einzelzellen untergebracht. — Die kommunistisch[e] Partei ist in Polen bekanntlich illegal und die Zahl ihrer vo[n] der Justiz verfolgten Anhänger daher sehr groß.

Landkreis Breslau/Neumarkt.

Neu-Breslau.

Bezirksämter und Verwaltungsdeputationen in den eingemeindeten Orten.

Die Breslauer Stadtverordnetenversammlung ha[t] am Donnerstag folgende verwaltungstechnische Ein[-] teilung der neuen Stadtbezirke beschlossen:

Bezirksämter und Verwaltungsdeputationen:

1. in **Deutsch-Lissa** gemeinsam für Deutsch-Lissa, Rathen, Klein-Heidau, Goldschmieden, Stabelwitz südlich der Kunststraße Groß-Masselwitz—Marschwitz;
2. in **Neukirch** gemeinsam für Neukirch, Schmiedefeld, Mariahöfchen;
3. in **Masselwitz** gemeinsam für Groß- und Klein-Masselwitz, Herrnprotsch, Pilsnitz und Stabelwitz nördlich der Kunststraße Groß-Masselwitz—Marschwitz sowie die Enklave von Cosel;
4. in **Rosenthal** gemeinsam für Rosenthal, Oswi[tz] rechts der Oder, Lilienthal, Carlowitz westlich der Hundsfelder Kunststraße, Friedewalde, Teil westlich der Hundsfelder Kunststraße, die eingemeindeten Teile von Pohlanowitz und Schottwitz;
5. in **Hundsfeld** gemeinsam für Hundsfeld, Ca[-] wallen nördlich der Breitenbachfahrt, Friedewalde und Carlowitz östlich der Hundsfelder Kunststraße;
6. in **Tschansch** gemeinsam für Klein- und Groß-Tschansch, Pirscham, Ottwitz und den eingemeindeten Teil von Althofnaß;
7. in **Krietern** gemeinsam für Krietern, Hartlieb sowie den eingemeindeten Teil von Kundschütz.

Ferner Verwaltungsdeputationen:

8. gemeinsam für Cosel, Klein-Gandau und Klein-Mochbern;
9. für Grüneiche.

Neumarkt. Drei Handwerksburschen überfahren. Am Sonnabend nachmittag rannte ein Automobil infolge Versagens der Steuerung auf der Chaussee zwischen Parchwitz und Neumarkt in einen Graben, so daß die Vorderräder an der Telegraphenstange zersplitterten. An dieser Stelle aber lagen drei Handwerksburschen, die sich in der Sonne erholen wollten. Alle drei trugen schwere Verletzungen davon, die ihre Ueberführung in das Neumarkter Krankenhaus notwendig machten.

SPD., Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt.

(Hier finden lediglich Mitteilungen Aufnahme, die der Redaktion über das Sekretariat des Unterbezirks Breslau-Land zugehen.)

Breslau-Hundsfeld.

Heute abend um ½8 Uhr findet im Lokal von Menzel eine **öffentliche Wählerversammlung** statt. Redner ist der Reichstagskandidat Genosse Karl Mache-Breslau. Thema der Versammlung: „Kampf der Volksausplünderung." Jeder Wähler komme in unsere Versammlung. Es geht um die Rechte des schaffenden Volkes.

Sonnabend, den 28. April, abends ½8 Uhr, findet im „Gelben Löwen" unsere Mitgliederversammlung statt. Alle Parteigenossen und Genossinnen haben bestimmt zu erscheinen. Als Referent ist einer der besten Kenner in Kommunalfragen, Genosse Dorf-Breslau, gewonnen worden.

Deutsch-Lissa. Mittwoch, den 25. April, abends 7 Uhr, bei Folgner, Zusammenkunft sämtlicher Funktionäre der SPD., der freien Gewerkschaften, sämtlicher Sportvereine und des Reichsbanners. Es wird erwartet, daß sämtliche Funktionäre an der Sitzung teilnehmen.

Soziales.

Kammergerichtsentscheide in Mieterschutzsachen.

Der Amtliche Preußische Pressedienst gibt folgende neuere Rechtsentscheide des Kammergerichts in Mieterschutzsachen bekannt:

Die Genehmigung des Wohnungsamtes zum Wohnungstausch (§ 18 des Wohnungsmangelgesetzes) kann wirksam nur durch Zustellung einer mit schriftlicher tatsächlicher und rechtlicher Begründung versehenen Verfügung versagt werden. (23. 1. 1928; 17. Y. 87.27.)

Das Mieteinigungsamt kann die Erlaubnis des Vermieters zur Untervermietung auch dann ersetzen (§ 29 des Mieterschutzgesetzes), wenn die Erlaubnis zwar erteilt, aber trotzdem ein berechtigtes Interesse des Mieters an ihrer Ersetzung gegeben ist. (23. 1. 1928; 17. Y. 93.27.)

1. Aufsichtsbehörde im Sinne der dritten Preußischen Verordnung über die Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft vom 13. Oktober v. J. ist bei nichtkreisfreien Gemeinden der Landrat.

2. Eine Anordnung auf Grund des § 3 dieser Verordnung ist nur gültig, wenn ihre Veröffentlichung erkennen läßt, daß sie auf Antrag oder nach Anhörung der zuständigen Gemeindebehörde ergangen ist. (23. 1. 1928; 17. Y. 2.28.)

Nimmt der Mieter, der Räume seiner Wohnung untervermietet hat, einen Wohnungstausch nach § 8 des Wohnungsmangelgesetzes vor, so ist bei der Entscheidung über die Ersetzung der Zustimmung des Vermieters zu dem Tausch nach billigem Ermessen zu berücksichtigen, daß das Recht des Untermieters an den ihm bereits überlassenen Räumen durch den Tausch allein nicht berührt wird. (20. 2. 1928; 17. Y. 8.28.)

Für das Rechtsbeschwerdeverfahren sind die Gebühren auch dann zu erheben, wenn es sich an ein Verfahren nach § 2 der Preußischen Verordnung ein Schiedsverfahren vor dem Mieteinigungsamt vom 28. März 1927 anschließt. (20. 2. 1928; 17. Y. 9.28.)